



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Belastete Namen im öffentlichen Raum

Eine kulturwissenschaftlich kontextualisierte linguistische
Analyse der Umbenennung von Wiener Straßennamen

verfasst von / submitted by

Lena Kaiserseder BA BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 818

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Austrian Studies – Cultures,
Literatures, Languages

Betreut von / Supervisor:

PD Mag. Dr. Manfred Glauninger

Danksagung

Einen besonderen Dank möchte ich meinem Betreuer, Mag. Dr. Manfred Glauninger, aussprechen, dessen Unterstützung bei der Erstellung meiner Masterarbeit sehr wertvoll war.

Auch dir, liebe Nelli, möchte ich danken – für die vielen gemeinsamen Masterarbeit-Spaziergänge, die meinen Studienabschluss erheblich erleichtert haben.

Von Herzen bedanken möchte ich mich vor allem bei meiner Familie, die mich stets unterstützt und mir mit Rat und Tat helfend zur Seite steht.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| 1 Einleitung | 1 |
| 1.1 Theoretischer Rahmen, Untersuchungsgegenstand und Forschungsfragen | 1 |
| 1.2 Forschungsdesign und Methoden | 3 |
| 2 Die Stadt als kommunikativer Raum – zum Verhältnis von Sprache, sozialen Räumen und Gesellschaft | 4 |
| 2.1 Funktionen der Sprache im sozialen Raum | 4 |
| 2.1.1 Annäherung über die Semiotik nach Peirce | 4 |
| 2.1.2 Die soziale Dimension des Raumes | 7 |
| 2.2 Raum als Produkt historischer Gesellschaftsformation und Linguistic Landscape | 9 |
| 2.2.1 Raum und Macht – Theorien von Lefebvre | 10 |
| 2.2.2 Linguistic-Landscape-Forschung und ihre Perspektiven | 12 |
| 3 Die Stadt als repräsentativer Raum – Straßennamen erzählen..... | 15 |
| 3.1 Straßennamen | 15 |
| 3.1.1 Lexem <i>Straße</i> und <i>Platz</i> – Konzepte und „kulturelle Einheiten“..... | 15 |
| 3.1.2 Entstehung und Bedeutung von Straßennamen..... | 17 |
| 3.1.3 Benennungsvorschriften und Vergabekriterien für Straßennamen in Wien | 18 |
| 3.2 Straßennamen als Brücken zur Vergangenheit..... | 21 |
| 3.2.1 Gedächtnis nach Jan Assmann | 21 |
| 3.2.2 Erinnerungskultur als „kritisches Geschichtsbewusstsein“ | 23 |
| 3.2.3 Kulturelles Gedächtnis | 25 |
| 3.2.4 Kanon und Stadtbild..... | 27 |
| 3.3 Umbenennungen als Teil der Stadtgeschichte..... | 31 |
| 3.3.1 Umbenennungen in Zeiten von Diktatur und Besatzung | 32 |
| 3.3.2 Umbenennung im 21. Jahrhundert – „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ | 34 |
| 4 Empirischer Teil – Bedeutungswandel und sprachliche Denkmäler im Diskurs..... | 39 |
| 4.1 Forschungsdesign und Methode | 39 |
| 4.2 Analyse des Berichts der Historiker:innen-Kommission | 39 |
| 4.2.1 Analyse des Berichts | 41 |
| 4.2.2 Politische Verantwortung – Aufklären und Erinnern..... | 42 |
| 4.3 Linguistische Diskursanalyse | 44 |
| 4.3.1 Methodik (Spitzmüller / Warnke und Keller) | 44 |
| 4.3.2 Was ist „Diskurs“? | 45 |
| 4.3.3 Überblick: medialer Diskurs und Korpus..... | 46 |
| 4.4 Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse | 49 |
| 4.4.1 Bildung des deduktiven Kategorien-Systems und entsprechende Codierung..... | 49 |
| 4.4.2 Induktive Subkategorien..... | 51 |
| 4.4.3 Auswertung – methodischer Vorgang..... | 53 |
| 4.5 Ergebnisdarstellung..... | 60 |
| 4.5.1 Umbenennungen – ein Aushandlungsprozess..... | 61 |
| 4.5.2 Die Person Karl Lueger..... | 63 |
| 4.5.3 Erinnerungskultur im Umbenennungsdiskurs | 66 |
| 4.6 Interpretation | 68 |
| 5 Résumé und Ausblick..... | 70 |

| | | |
|----------|--|-----------|
| 6 | Quellen, Abbildungen, Korpus..... | 73 |
| 6.1 | <i>Printquellen</i> | 73 |
| 6.2 | <i>Online-Quellen</i> | 75 |
| 6.3 | <i>Abbildungen.....</i> | 78 |
| 6.4 | <i>Textkorpus (Medienberichte).....</i> | 79 |

1 Einleitung

Personenbezogene (Straßen-)Namen sind nicht nur als Orientierungshilfen fest im Stadtbild verankert, sondern sie haben immer auch eine soziolinguistische, historische und kulturwissenschaftliche Bedeutung (vgl. Autengruber / Nemeč 2019: 347 ff.). Denn „in ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere“ (Assmann 1988: 16). Die interdisziplinäre Dimension sowie die alltagsweltliche Verankerung machen dieses Phänomen zu einem faszinierenden Forschungsgegenstand. Hinzu kommt, dass aktuell zunehmend Reflexionsprozesse hinsichtlich der erinnerungskulturellen Aspekte, welche mit personenbezogenen Straßennamen verbunden sind, angestoßen werden und das Thema in gesamtgesellschaftlichen Diskursen Wirksamkeit entfaltet. Dies zeigt sich unter anderem in medial ausgeführten Debatten um die Umbenennung von Straßennamen oder in Form der Forderung nach Umgestaltung von prominenten Denkmälern (vgl. Kronsteiner 2022; vgl. religion.orf.at 2021). Vor diesem Hintergrund wurde im Auftrag der Stadt Wien vor einigen Jahren eine Historiker:innen-Kommission beauftragt, eine Studie durchzuführen, um die Wiener Straßennamen kritisch zu beleuchten. Das Ergebnis zeigt, dass von den 4.379 personenbezogenen Wiener Ortsbezeichnungen 159 einen erheblichen Änderungsbedarf aufgrund historisch belasteter Biografien der Namensgeber:innen aufweisen (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013).

In diesem Zusammenhang stellen sich nicht zuletzt auch Fragen die Erinnerungskultur Österreichs bzw. Wiens betreffend. Wie und an wen wird erinnert und warum? Sehr präsent ist die Thematik damit nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch im gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Damit geht auch eine mediale Berichterstattung einher, welche im Zuge dieser Masterarbeit neben weiteren Aspekten (siehe Kapitel 1.1) untersucht werden soll. Die bisher erinnerungspolitisch-historisch respektive im engeren Sinn kulturwissenschaftlich angelegte Auseinandersetzung mit der Thematik historisch belasteter Straßennamen soll in dieser Masterarbeit somit um a) eine (sozio-)onomastische sowie b) qualitativ-diskurslinguistische Analyse ergänzt werden.

1.1 Theoretischer Rahmen, Untersuchungsgegenstand und Forschungsfragen

Den theoretischen Rahmen dieser Arbeit bilden sprachwissenschaftliche Ansätze aus dem Bereich der (Sozio-)Onomastik und Diskurslinguistik sowie kulturwissenschaftliche Paradigmen der Erforschung des „sozialen Raumes“. Deshalb geht es im ersten Kapitel dieser Arbeit um die Frage, inwiefern die Gesellschaft und der von ihren Individuen geprägte (urbane) Raum

einander beeinflussen. Der urbane Raum kann in diesem Zusammenhang auch als Kommunikationsraum betrachtet werden. Von Interesse ist dabei insbesondere die Rolle der Sprache, ihre Bedeutung und ihr Einfluss auf den durch die Gesellschaft sozial geprägten Raum (s. Kapitel 2).

Ausgehend von einer linguistischen Perspektive auf die Funktion der Sprache im urbanen Raum, spielen in vorliegender Arbeit soziologische Modellierungen des öffentlichen, urbanen und sozialen Raumes und entsprechende zeitgeschichtliche Aspekte eine wichtige Rolle.¹ Orte können als Träger der Erinnerung einer Gesellschaft an die Vergangenheit gesehen werden. So ist auch der öffentliche Raum in der Stadt Wien stark von sogenannten „Erinnerungsorten“ geprägt. Prominente Plätze und personenbezogene Straßennamen als „schriftliche Denkmäler“ bilden nicht zuletzt Komponenten dieses kulturellen Erinnerns. In weiterer Folge konstituiert die Stadt als Lebensraum nicht nur einen Kontext für soziales und damit auch kommunikatives Handeln, sondern stellt auch einen Ort dar, wo Moral- und Wertvorstellungen vermittelt und (re-)produziert werden. Daher soll in der Masterarbeit auch der Frage nachgegangen werden, inwieweit personenbezogene Wiener Straßennamen im „kulturellen Gedächtnis“ der Gesellschaft verankert sind. In diesem Zusammenhang ist besonders aufschlussreich, ob bzw. inwiefern es gegenwärtig zu einer Reflexion und einem Wandel hinsichtlich des kollektiven, kulturellen Denkens und Erinnerns und folglich zu Umbenennungsdiskussionen in Bezug auf Straßennamen kommt (s. Kapitel 3.3). Die Werke von Aleida und Jan Assmann bzw. deren Theorien zum „kollektiven und kulturellen Gedächtnis“ bilden somit eine wichtige Grundlage für das dritte Kapitel der vorliegenden Masterarbeit.

Die mit dieser Thematik aufgeworfene Problemstellung erfordert einen interdisziplinären Zugang. Den konkreten Gegenstand dieser Masterarbeit bilden vor diesem Hintergrund ausgewählte, kulturwissenschaftlich kontextualisierte (sozio-)onomastische bzw. soziolinguistische Aspekte der Umbenennung „historisch belasteter“ Straßennamen in Wien. Im Fokus stehen dabei jene Namen, die im Bericht einer Historiker:innen-Kommission der Gruppe A („Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf“) zugeordnet wurden (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013). Diese Straßennamen werden zunächst im Hinblick auf ihre (sozio-)onomastischen Merkmale analysiert (s. Kapitel 4.2) Anschließend werden diese Namen als Objekte von sich in der medialen

¹ Im Zuge eines Seminars im Masterstudium Austrian Studies an der Universität Wien wurde von mir bereits eine Arbeit mit dem Titel „Die Stadt als Kommunikations- und Repräsentationsraum“ verfasst.

Berichterstattung widerspiegelnden, gesamtgesellschaftlich verankerten Umbenennungs-Diskurse in den Blick genommen und diskursanalytisch untersucht (siehe Kapitel 4.3–4.6).

Folgende Forschungsfragen sollen in der vorliegenden Masterarbeit beantwortet werden:

- Welche Rolle spielen Namen im Allgemeinen und Straßennamen im Besonderen im Zusammenhang mit der sozialen Konstruktion des öffentlichen Raumes?
- Welche (sozio-)onomastischen Merkmale (insbesondere welche „soziale Bedeutung“) weisen die „historisch belasteten“ Wiener Straßennamen auf, die im Bericht einer Historiker:innen-Kommission der Gruppe A zugeordnet worden sind (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013)?
- Welche „Erinnerungskultur“ bzw. welche ideologischen / politischen Positionen reflektiert der gesamtgesellschaftliche Diskurs um die Umbenennung dieser Wiener Straßennamen?

1.2 Forschungsdesign und Methoden

Der theoretische Teil dieser Masterarbeit soll auf Basis einer hermeneutischen Auswertung einschlägiger Fachliteratur erstellt werden. Neben namentheoretischen und soziolinguistischen Ansätzen werden dabei die kulturwissenschaftlichen Theorien zum „Kulturellen Gedächtnis“ von Jan (vgl. Assmann 1988) und Aleida Assmann (vgl. Assmann 2020; Assmann 2016) sowie die soziologisch-philosophischen Konzepte des sozialen Raumes von Henri Lefebvre (vgl. Lefebvre 1974; Lefebvre 2016) eine wichtige Rolle spielen.

Im empirischen Teil der Arbeit erfolgt eine Analyse der im Bericht der Historiker:innen-Kommission (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013) in Gruppe A zusammengefassten Straßennamen nach strukturell-namentheoretischen sowie sozioonomastischen Gesichtspunkten. In der anschließenden diskurslinguistischen Analyse (nach Spitzmüller / Warnke 2011 und Keller 2011) werden auf Basis einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) von ausgewählten einschlägigen, online verfügbaren Medienberichten (s. Textkorpus, 6.4) die Umbenennungsdiskussionen historisch belasteter Straßennamen in Wien in den Blick genommen.

2 Die Stadt als kommunikativer Raum – zum Verhältnis von Sprache, sozialen Räumen und Gesellschaft

In diesem ersten Teil der Masterarbeit soll die Beziehung zwischen Gesellschaft, Raum und Sprache auf Basis semiotischer, soziolinguistischer und soziologischer Theorien analysiert werden. Von Bedeutung wird hierbei die klassische Zeichentheorie von Charles Sanders Peirce sein, der als wichtigster Theoretiker der Semiotik gilt (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2010, *Peirce's Theory of Signs*). In einem weiteren Schritt soll die soziale Dimension von Räumen thematisiert werden. So lassen sich urbane Räume anhand unterschiedlichster Modi der Räumlichkeit beschreiben (vgl. Warnke 2011: 340 ff.). Von besonderem Interesse für vorliegende Arbeit sind Modelle des sozialen Raumes als Kommunikationsraum. Insbesondere das Konzept der *Linguistic Landscape* kommt in diesem Zusammenhang zum Tragen (vgl. Warnke 2011: 356 ff.). Die grundlegende Frage in diesem Kapitel wird also sein, welche Rolle die Sprache im sozialen (urbanen) Raum einnimmt und welche Wirksamkeit sie dabei entfaltet.

2.1 Funktionen der Sprache im sozialen Raum

Im Zuge dieses Kapitels soll vor allem der Raum als Ort sprachlichen Handelns im Zusammenhang mit bestimmten Intentionen bzw. Interventionen thematisiert werden. Konkret soll darauf eingegangen werden, wie und warum Sprache im sozialen Raum eine Bedeutung zukommt. Als theoretische Grundlage wird dabei die Semiotik nach Charles Sanders Peirce herangezogen, was im Folgenden in Bezug auf ausgewählte relevante Aspekte präzisiert wird.

2.1.1 Annäherung über die Semiotik nach Peirce

Peirce beschreibt in seiner komplexen Zeichentheorie unterschiedlichste Dimensionen von Zeichen(prozessen). Die Semiotik nach Peirce ist eine Verknüpfung von Generierung/Konstituierung, Bedeutung, Repräsentation, Referenz und Sinn eines Zeichens. Die Interpretation dieser prozessual ineinandergrifenden Aspekte spielt somit eine zentrale Rolle. Peirce definiert das *Zeichen* folgendermaßen:

I define a sign as anything which is so determined by something else, called its Object, and so determines an effect upon a person, which effect I call its interpretant, that the later is thereby mediately determined by the former (EP2, 478; zit. n. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2010, *Peirce's Theory of Signs*).

Peirces Definition beruht also darauf, dass Zeichen aus der zirkulären Relation zwischen drei unterschiedlichen Komponenten bestehen: einem Zeichen bzw. Zeichenträger, einem Objekt und einem Interpretanten. Das Zeichen (der Zeichenträger) stellt dabei das (sprachliche) Mittel bzw. das bezeichnende Element dar. Beispielsweise kann das ein geschriebenes Wort sein. Das Objekt ist hingegen das, was *bezeichnet* wird. Es ist somit das, worauf das geschriebene Wort Bezug nimmt. Für den Status des Objekts in der *Semiose* sind nur bestimmte Merkmale relevant bzw. erforderlich. Das bedeutet, das Objekt muss bestimmte Eigenschaften aufweisen („vorgeben“), um dem Zeichen(träger) zu ermöglichen, es zu bezeichnen (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2010, *Peirce's Theory of Signs*).

Den dritten – und forschungsgeschichtlich innovativsten – Part in Peirces basalem Strukturmodell des Zeichens nimmt der Interpretant ein. Dieser stellt als eigentliches Konstituens des Zeichens im Bewusstsein des Zeichenbenutzers dessen Verständnis für die zeichenhafte Relation zwischen Zeichenträger und Objekt her, macht somit die Zeichen-Objekt-Relation erst als solche verständlich. Dabei „bestimmt/determiniert“ das Zeichen insofern den Interpretanten, als es das Verständnis des Zeichenbenutzers auf bestimmte Charakteristiken der bezeichnenden Relation zwischen Zeichen und Objekt lenkt. Dies ermöglicht es, das Objekt des Zeichenprozesses besser zu verstehen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass ein Zeichen erst einen Bedeutungsgehalt hat, wenn es *interpretiert* wird. Der Sinngehalt des Zeichens zeigt sich also erst in seiner Auslegung, die es im Bewusstsein des Zeichenbenutzers generiert (vgl. Stanford Encyclopedia of Philosophy 2010, *Peirce's Theory of Signs*).

Daraus ergibt sich, dass Zeichen in ihrer Bedeutung nie starr sind, sondern per se immer in einem (Bedeutungs-)Wandel begriffen sind. Die Zeichentheorie muss daher entsprechend zirkuläre Prozesse mit stetigen Reinterpretationen berücksichtigen, da man keine Zeichenbedeutung *definitiv* und *allgemeingültig* deuten kann. Hinzu kommt, dass es jede Interpretation selbst wieder zu deuten gilt. Zum Beispiel wird jede Rezeption eines literarischen Textes zum Ursprung einer Vielzahl von Denkanstößen, die erneute Interpretationen nach sich ziehen (vgl. Mersch 2001, *Semiotik und Grundlagen der Wissenschaft*).

Peirces Zeichentheorie kann vor diesem Hintergrund die Grundlage entsprechender Erkenntnisprozesse bilden. Legt man sie im Sinne von Sprachzeichen aus, bildet sie auch die Voraussetzung für das semiotische Verständnis jeder Art von (sprachbasierter) Kommunikation.

Begreift man Sprache also als Kommunikation mit Hilfe von (Sprach-)Zeichen, so bedeuten diese stets das, wofür sie im Bewusstsein der Interagierenden stehen. Dieses Bewusstsein, welches sich – konventionell gesehen – je nach sozialer Gruppe/Gesellschaft unterscheidet, liegt in der Sozialisation begründet (vgl. Glauninger 2017: 148). Das zeigt sich zum Beispiel anhand

von Wert- und Normvorstellungen, welche gesellschaftliche Prozesse, soziales Handeln und Denken, prägen und somit (re-)produzieren. Diese Tatsache hat auch zur Folge, dass Semiotik und kulturwissenschaftliche Untersuchungen eng miteinander verknüpft sind. Denn, so Dieter Mersch, „wo Zeichen analysiert werden, wird Kultur erforscht, und wo Kultur erforscht wird, müssen die vielfältigen Formen der Symbolisierung betrachtet und verstanden werden“ (Mersch 2001, *Semiotik und Grundlagen der Wissenschaft*).

Mit diesem Verständnis wird die rein (system-)linguistische Ebene um soziolinguistische und außersprachliche Aspekte erweitert. Soziale Tatsachen können zwar nicht im engeren Sinn sprachwissenschaftlich erklärt werden, soziale und historische Kontexte und Entstehungsprozesse können aber auf eine differenzierte, soziolinguistische Aspekte einbeziehende Art und Weise reflektiert werden. Das heißt, es können jene sozialen Prozesse analysiert werden, die die Voraussetzung des sprachlichen Wissens bilden und sich in jeder Gesellschaft unterschiedlich gestalten (vgl. Glauinger 2017: 148–151). Es ist eben diese Dimension, die im Zuge dieser Masterarbeit untersucht werden soll.

Deshalb soll vorliegend eine Annäherung zwischen sprachlichen Zeichen, ihrer (gesellschaftlich geprägten) Bedeutungszuschreibung und dem sozialen Raum versucht werden. Es stellt sich an dieser Stelle die Frage, welche Bedeutung die Sprache für den durch Individuen und Gruppen sozial geprägten Raum hat. Festhalten lässt sich, dass es dabei zum Interferieren von Ansätzen unterschiedlichster wissenschaftlicher Disziplinen kommt. In erster Linie kann der soziale Raum als Ort, wo Kommunikation stattfindet, im engeren Sinn sprachwissenschaftlich analysiert werden. Die Forschung fokussiert(e) hier vor allem auf die Analyse von sprachlicher Variation im Vergleich zwischen urbanen und ländlichen Räumen (vgl. Mæhlum 2010: 18–19). Von einer rein linguistischen Funktion der Sprache ausgehend, lassen sich auch noch weitere Aspekte beobachten und analysieren. So ermöglicht es ein konstruktivistischer Denkansatz bereits von Städten zu sprechen, bevor diese überhaupt in einer bestimmten Form „tatsächlich“ existieren. Es sind vor allem die Stadtpolitik und Stadtplanung, die auf diese Art und Weise sprachbasiert Raum (er-)schaffen und beeinflussen. Auf Basis verschiedenster Expertisen und Vorgaben werden stadtplanerische Projekte realisiert. Es ist also der kommunikative Austausch zwischen unterschiedlichen Akteuren, der mittels Sprachakt die Planung ermöglicht und Raum kreiert (vgl. Warnke 2011: 351–352).

Sprache kann im (insbesondere) urbanen Raum auch eine intervenierende Funktion haben, indem sprachliche Ausdrücke durch ihre Schriftlichkeit im öffentlichen Raum Platz einnehmen. Beispiele hierfür sind Beschriftungen, Werbekommunikate, Graffiti oder die Benennung von

Straßen oder Plätzen mittels Schilder (vgl. Warnke 2011: 352–353). Forschungen in diesem Bereich beschäftigen sich mit der „Linguistic Landscape“ (siehe auch Kapitel 2.2.2). Auch der Schwerpunkt vorliegender Masterarbeit liegt auf der Analyse des urbanen Raumes im Zusammenhang mit sprachlichen Handlungen und Interaktionen der in diesem Raum lebenden Individuen und sozialen Gruppen. Denn Orte, so wird sich zeigen, sind nie nur physisch vorhanden, sondern stets durch menschliches Tun und damit von politischen, historischen und wirtschaftlichen Prozessen beeinflusst.

2.1.2 Die soziale Dimension des Raumes

Wie bereits angesprochen wurde, können Räume mehr als ein geografisch konstituierter und analysierbarer Ort sein. Dadurch, dass jede Stadt, jeder Platz usw. in seiner Erscheinungsform „lesbar“ ist, also einen bestimmten Sinn ausdrückt, verkörpert er mehr als bloße Architektur (vgl. Hamedinger 1998: 167 f.). Berücksichtigt man die soziale Bedeutung von Räumen, kommt ihnen eine gesellschaftliche Bedeutungsdimension zu. Sie vollziehen demnach auch einen sozialen, politischen und gesellschaftlichen Wandel (vgl. Assmann 2016: 926–929). Im Folgenden wird zum einen dieser interdisziplinäre, sozialkonstruktivistische Ansatz erläutert und zum anderen auf Machtprozesse in sozialen Räumen eingegangen.

Die soziale Geltung von Räumen konstruiert sich über menschliche Absichten und Handlungen. Räume werden dadurch sozial erfahrbar, wodurch ihnen eine sozialkonstruktivistische Bedeutungsdimension verliehen wird. In diesem Zusammenhang gewinnen Räume, die sozial geprägt sind, auch eine zusätzliche zeitliche Dimension. Durch das Wirken von Individuen sind Plätze auch unweigerlich durch einen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wandel geprägt (vgl. Assmann 2016: 926–929). Eben dieser soziale Wandel, der Räumen unterschiedlichste Bedeutungszuschreibungen zukommen lässt, ist auch in vorliegender Arbeit von besonderer Bedeutung.

Allgemein lässt sich sagen, dass die Analyse von Räumen sehr interdisziplinär verlaufen kann und soll. Urbanität kann je nach Disziplin unterschiedlich aufgefasst werden. Für eine soziolinguistische bzw. gesellschaftlich-historische Analyse, wie sie im Zuge der Betrachtung des Bedeutungswandels von Straßennamen Sinn macht, ist aber vor allem eine multimodale Perspektivierung von sozialen (Kommunikations-)Räumen von Interesse. Das Konzept der Raum-Modalitäten von Ingo H. Warnke liefert hierbei einen guten Ansatz und soll im Folgenden thematisiert werden.

Warnke (2011) unterscheidet zunächst zwischen dem *dimensionalen*, dem *aktionalen* und dem *repräsentationalen* Raummodus, wie auch aus der nachstehenden Abbildung erkennbar ist:

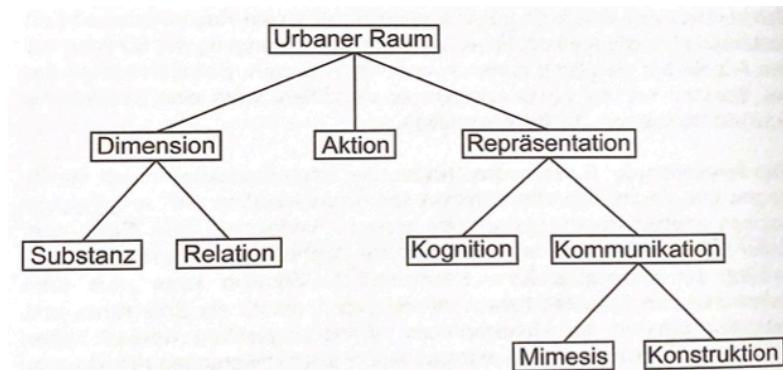


Abbildung 1: Raummodi nach Warnke 2011: 350.

Der *dimensionale* Raummodus begreift den Raum in seiner räumlich-geometrischen Verfasstheit, wie ihn auch die Physik Newtons beschreibt. So lassen sich Plätze zum Beispiel in Quadratmeter „messen“. Bereits Leibniz hinterfragt dieses Verständnis eines abstrakten Raumes ohne „Inhalt“. Denn ihm zufolge sind Räume nur in Abhängigkeit zu anderen Räumen fassbar und niemals „leer“ oder unbeeinflusst. Diese Tatsache zeigt sich auch daran, dass die geometrische Funktion des Raumes beispielsweise in der Politik bedeutend ist. Werden Räume geopolitisch gefasst – als räumliche Dimension von Nationalstaaten zum Beispiel – spielen sehr schnell auch sprachliche und gesellschaftliche Aspekte eine Rolle. Diese werden in diesem Raummodus allerdings nicht semiotisch oder soziolinguistisch untersucht, sondern auf der technischen Ebene im Sinne der Planung und Konstruktion. Der Raum wird also als eine Gestalt messbar und bildet in diesem Zusammenhang eine begrenzte Ausdehnung, wo soziale Praktiken und in weiterer Folge Politik stattfindet (vgl. Warnke 2011: 347 f.).

Betrachtet man allerdings die sozialen Prozesse, die innerhalb eines Raumes und in Wechselwirkung mit anderen Räumen stattfinden, so ist der *aktionale Raummodus* relevant. Durch individuelle und gruppale Praktiken wird sozialer Raum aktiv hergestellt. Der urbane Raum zeichnet sich zum Beispiel durch die Strukturen zwischen Gemeinschaft und Individuum sowie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit aus. Die zuvor dimensional beschriebenen Räume werden also belebt, sei es durch Routinen oder Beziehungen, und damit immer wieder (re-)produziert. In weiterer Folge ist der aktionale Raum als Lebenswelt erfahrbar. Einen wichtigen Stellenwert nimmt dabei kommunikatives Handeln bzw. die Sprache ein, werden zwischenmenschliche Praktiken doch sprachlich kommuniziert (vgl. Warnke 2011: 348 f.).

Auch im *repräsentativen* Raumverständnis nimmt die Sprache eine wichtige Funktion ein, sie ist aber nicht mehr bloß eine zwischenmenschliche Handlung. Vielmehr bringt sie auch noch eine zusätzliche linguistische Dimension mit sich. Sozial verstandene Räume werden demnach durch sprachliche Prozesse konstruiert, reproduziert und *präsentiert*. Die *kognitive* Ebene des *repräsentativen* Raummodus ist eine Raumvorstellung im Sinne von *mental maps*. Sie ist damit rein kognitiv bzw. konzeptionell. Im Gegensatz dazu erschließt sich die *kommunikative* Dimension des Raums durch die Sprache (an sich) selbst. Anders ausgedrückt, Räume werden durch die Sprache konstruiert und erfahrbar (*Mimesis*). Die Sprache ermöglicht aber auch die linguistische *Konstruktion* von Räumen. Durch das Schreiben und Sprechen *über* Räume, beispielsweise mittels Stadtpläne oder Reiseführern, werden diese (sozial) hergestellt (vgl. Warnke 2011: 340–351).

Die Rolle der Sprache ist somit in allen Raummodalitäten von Warnke von Bedeutung. Bei der sozialen Herstellung von Räumen reicht sie aber über die im engeren Sinn linguistische Funktion hinaus. Denn Räume haben auch eine symbolische Dimension. So sind es Plätze, Straßen, Monuments, aber auch Leerflächen, die in gewisser Weise eine Gesellschaft repräsentieren bzw. symbolisieren (vgl. Lefebvre 2016, 102 ff.). Ersichtlich wird das auch, wenn soziale Räume durch Machtprozesse geprägt werden. Der Soziologe Lefebvre beschäftigt sich in seinen soziologischen Theorien mit dieser Thematik, wie im Folgenden dargestellt wird.

2.2 Raum als Produkt historischer Gesellschaftsformation und Linguistic Landscape

Der französische Soziologe Henri Lefebvre definiert in seinem Werk „Das Recht auf Stadt“ (1968) die *Stadt* folgendermaßen:

Ich schlage hier also eine erste Definition der Stadt als *Übertragung der Gesellschaft auf das Terrain* vor, also nicht nur auf den erfahrbaren Standort, sondern auf die durch das Denken erkannte und erfasste besondere Ebene, die die Stadt als das Urbane bestimmt. [...] Die Stadt lässt sich wie eine Musik hören und ebenso wie eine diskursive Schrift lesen (Lefebvre 2016: 94).

Diese Beschreibung impliziert bereits, dass Räume sozial geprägt sind. Darum spielt auch die Kommunikation eine wesentliche Rolle. Wie bereits aus dem vorhergegangenen Kapitel sichtbar wird, ist die Erforschung des urbanen sozialen Raumes komplex, weil es zahlreiche theoretische Ansätze gibt. Der Fokus soll nun aber auf der semiotischen bzw. zeichenhaften Komponente des sozialen Raumes liegen. Das heißt, dass vor allem die sozialen Prozesse und

Strukturen im Sinne ihres Bedeutungsanspruches thematisiert werden sollen. Wesentliche theoretische Grundlagen liefert hier Henri Lefebvre. Ausgehend von dessen theoretischen Überlegungen zu Machtstrukturen im sozialen Raum soll im Anschluss das Forschungsfeld der Linguistic Landscape behandelt werden, steht dieses doch in unmittelbarer Verbindung zur Thematik der historisch belasteten Straßennamen im Wiener Stadtbild.

2.2.1 Raum und Macht – Theorien von Lefebvre

Henri Lefebvre analysiert in seinem Werk „Le droit à la ville“ (1968) den gesellschaftlichen Raum – und dabei vor allem die urbane Lebenswelt. Er unternimmt eine kritische Betrachtung der städtischen Realität und des Alltags der Bewohner:innen von Städten. „Der Alltag und das Urbane, unlösbar miteinander verbunden, gleichzeitig Produkt und Produktion, nehmen in der Tat einen durch sie gesellschaftlich erzeugten Raum ein und umgekehrt“ (Lefebvre 2016: 201). In seinem späteren raumtheoretischen Werk „La production de l'espace“ (1974) führt er diese Theorie weiter aus und merkt an, dass (urbane) Räume nur existieren, weil sie sozial konstruiert sind. Lefebvre stellt eine *triplicité* des Raumes fest, ähnlich wie im Zusammenhang mit der Theorie von Warnke (s. weiter oben) bereits angesprochen. Zu unterscheiden sind folglich erstens die physischen Komponenten von Räumen, also das äußere und materielle Erscheinungsbild wie Straßen, Gebäude oder die Natur. Des Weiteren sind es die sozialen Strukturen, wie beispielsweise die Angaben zur Demographie der im Raum lebenden Bevölkerung, Symbole und Interaktionen, welche (urbane) Räume prägen. Schließlich definiert Lefebvre drittens auch noch das mentale Feld des Raumes, welches die Logik und die Abstraktion des mathematischen und philosophischen Verständnisses von Raum beinhaltet (vgl. Schmid 2010: 203–222). Diese drei Komponenten stehen unweigerlich in einem Interdependenzverhältnis und in einem reflexiven Denken können sie nicht getrennt voneinander analysiert werden. „Manchmal gehen diese ‚Fachgebiete‘ ineinander über und überlagern sich unter der Führung eines privilegierten Akteurs, der Politik“² (Lefebvre 1974: 23 [Hervorhebung im Original]). Lefebvre sieht den Raum folglich als das Ergebnis historischer Gesellschaftsformationen, als von unterschiedlichen Akteuren und damit Interessen geprägt (vgl. Lefebvre 1974: 22 f.). Des Weiteren führt er eine Unterscheidung zwischen der unmittelbar greifbaren und architektonisch erfahrbaren *Stadt* und dem die gesellschaftliche Wirklichkeit fassbaren *Urbanen* an. Es sind die sozialen Gemeinschaften, Praktiken, Kenntnisse und vieles mehr, die Städte als Räume *urban* bzw. die Stadt nicht nur lesbar, sondern zu einer Praxis machen (vgl. Lefebvre 2016: 142 ff.).

² Übersetzung L. K.; im Original: « Tantôt donc ces spécialités rentrent les unes dans les autres, se télescopant sous la férule d'un acteur privilégié, le politique ».

Orte sind demnach (Träger von) Zeichen und Erinnerungen an die Vergangenheit einer Gesellschaft und stellen damit eine Art Verdichtung historischer Ereignisse dar. Der Staat – so argumentiert Lefebvre – belastet Gesellschaften mit „seinem ganzen Gewicht“ (Lefebvre 1974: 31), da er sie rational mithilfe von Wissen und Technik durchstrukturiert. Dieser moderne Staat setzt sich selbst als stabiles Zentrum von Gesellschaften und (nationalen) Räumen fest und überlagert andere Einflüsse. Dennoch verbleiben verschiedenste andere Kräfte und prägen den Raum. Denn diese Rationalität des staatlichen Systems generiert auch Konflikte und Machtstrukturen, wie das beispielsweise im Klassenkampf zu spüren ist (vgl. Lefebvre 1974: 27 ff.). Der Raum ist also schon immer durch soziale Handlungen – praktische wie auch kommunikative – der interagierenden Individuen sowie Gruppen konstruiert und einem ständigen Wandel unterworfen (vgl. Assmann Aleida 2016: 926–929).

Lefebvre bezeichnet dies als soziale Konstruktion von Räumen (vgl. Lefebvre 1974: 25 f.). Demnach transportieren Gebäude, Städte oder Landschaften immer eine bestimmte Bedeutung. Andererseits sind Räume nicht auf Sprache reduzierbar, da sie unabhängig von Diskursen Strukturen und Funktionen schaffen. Räume involvieren immer umfassende Semiosen, seien sie politisch, kulturell oder rein subjektiv. Folglich hängt die Wahrnehmung von sozialen Räumen stets von der bewussten und unbewussten Assoziation mit diesen Räumen ab, welche von den Individuen im Raum erst decodiert werden muss (vgl. Hamedinger 1998: 168 f.).

Es lässt sich somit festhalten, dass räumliche Lebenswelten also auch sprachlich determiniert sind und folgende Phänomene (mit-)konstituieren: „kulturelle Überlieferung“, „soziale Zugehörigkeit“ und „subjektive Identitäten“ (Warnke 2011: 343–344). Die sprachliche Kommunikation im und über den Raum ist dabei Voraussetzung und grundlegender Bestandteil dieser komplexen Prozesse. Denn ausgehend von sprachlichen Elementen (wie z. B. Wörtern), dem Sprachgebrauch und der Reflexion dieser beiden Ebenen kann ein „System des Raumes“ konstruiert werden. Damit wird laut Lefebvre die Produktion des Raums selbst aufgezeigt. Denn man weiß, was gemeint ist, wenn von einem *Zimmer* in einer Wohnung, dem *Platz* auf dem Markt, einem öffentlichen *Ort* usw. die Rede ist (vgl. Lefebvre 1974: 25 f.). „Diese Wörter des Alltagsdiskurses unterscheiden [...] Räume und beschreiben einen sozialen Raum. Sie entsprechen einer Nutzung dieses Raums, also einer räumlichen Praxis, die sie ausdrücken und zusammensetzen“³ (Lefebvre 1974: 25 f.).

³ Übersetzung L. K.; im Original: « Ces mots du discours quotidien discernent, sans les isoler, des espaces et décrivent un espace social. Ils correspondent à un usage de cet espace, donc à une pratique spatiale qu'ils disent et composent ».

Es wurde bereits angemerkt, dass (soziale) Räume durch Machstrukturen geprägt sind. Lefebvre führt in diesem Zusammenhang das Konzept der „Hegemonie“ an, welches ermöglicht, das Handeln der Bourgeoisie (bzw. der im heutigen Verständnis „Mächtigen“) zu analysieren, insbesondere in Bezug auf den Raum. Denn Hegemonie wird über die gesamte Gesellschaft, einschließlich Kultur und Wissen, ausgeübt. Und das meist durch zwischengeschaltete Personen wie Politiker:innen, Persönlichkeiten, Intellektuelle und Wissenschaftler:innen. Heute hält demzufolge die herrschende Klasse ihre Hegemonie mit allen Mitteln aufrecht, auch mithilfe des Wissens. Hegemonie in Bezug auf den Raum ist also nicht außer Acht zu lassen. Vielmehr wird Macht (auch) durch den Raum ausgeübt, indem durch den Einsatz von Wissen und Techniken ein entsprechendes „System“ konstruiert wird (vgl. Lefebvre 1974: 22).

Was aber ist grundlegend, damit soziale Räume durch Machtprozesse geprägt respektive in diese eingebunden sind? Es ist die Sprache bzw. der linguistische Aspekt, der in diesem Zusammenhang eine wichtige Bedeutung hat. Im anschließenden Kapitel wird auf diese (sozio)-linguistische Dimension von Räumen eingegangen und in weiterer Folge die sprachwissenschaftliche Disziplin der Linguistic Landscape genauer erläutert.

2.2.2 Linguistic-Landscape-Forschung und ihre Perspektiven

In den vorhergehenden Kapiteln wurde bereits die Bedeutung der Sprache im urbanen Raum fokussiert und dabei vor allem die sozialkonstruktivistische Dimension beleuchtet. Diese soziale Bedeutung von Räumen, als Dimension der Interaktion des Individuums mit dem Raum und vice versa, entfaltet sich nie ohne eine kommunikative Ebene. Die entsprechende intersubjektive Produktion von „Lebensräumen“, wie es Warnke ausdrückt, hat unterschiedliche Auswirkungen. Sie löst „kulturelle Überlieferung, soziale Zugehörigkeit und subjektive Identitäten aus“ (Warnke 2011: 344). Soziale Räume konstruieren sich also erst durch die kommunikativen Handlungen der Individuen im Raum. So zeigt die Art des Sprechens beispielsweise, welche Wertvorstellungen eine soziale Gruppe teilt, und der Raum gibt vor, welches Verhalten angemessener ist (vgl. Johnstone 2010: 10 f.). Neben der Funktion als Zeichensystem bildet Sprache auch die Basis für soziokulturelle Gemeinsamkeiten einer Gesellschaft und weist auf bestimmte soziokulturelle Merkmale wie historisch gewachsene, sprachliche Praktiken einer Gesellschaft hin. Es handelt sich also um eine Wechselwirkung zwischen Sprache, Raum und Gesellschaft (vgl. Mæhlum 2010: 18 ff.).

Die Betrachtung von Räumen bezieht also auch eine kulturell-kommunikative Ebene mit ein. Im Fokus dieses Abschnitts vorliegender Arbeit steht die Frage, was mit Hilfe sprachlicher Zeichen im Stadtbild kommuniziert werden kann. Von Interesse sind dabei nicht die rein informativen Aspekte der semiotischen Gestaltung sozialer Räume, sondern es interessiert vielmehr der symbolische Gehalt von Beschilderungen. Ist die Analyse des sozialen Raumes in Disziplinen wie der Soziologie, der Stadtforschung oder der Sozial- bzw. Humangeografie bereits länger präsent, so stehen die Entwicklung und Anwendung von Theorien und Konzepten, welche sich explizit mit der kommunikativen Komponente von Räumen beschäftigen, erst am Beginn (vgl. Christmann 2016: 7 f.).

Der entsprechend junge sprachwissenschaftliche Zweig der Erforschung der Linguistic Landscape befasst sich mit eben diesen Fragestellungen, den sozial(politischen) Gehalt und die symbolische Bedeutung von Räumen betreffend (vgl. Warnke 2011: 356 ff.).

Denn Folgendes kann angenommen werden:

Wenn diese Manifestationen der Stadt nun tatsächlich auch Folge kommunikativen bzw. deklarativen Handelns sind, politische Räume also interaktional und in Abhängigkeit von linguistischer Raumkodierung produziert werden, dann ist es auch Sprache bzw. sprachliche Interaktion, die Städte als politische Räume erfahrbar macht (Warnke 2011: 344).

Durch dieses Zusammenspiel von Raum, Gesellschaft und Sprache stellt die Stadt als Lebensraum nicht nur einen Kontext für soziales und kommunikatives Handeln her, sondern sie ist vielmehr auch der Ort, wo Moral- und Wertvorstellungen vermittelt und geteilt werden. An dieser Stelle ist allerdings zu beachten, dass die Sprache selbst ein Ausdruck und konstruierender Aspekt sozialer Schichtung ist (vgl. Mæhlum 2010: 18 ff.). Diese Tatsache schließt unmittelbar an Lefebvres weiter oben referierte Überlegungen an. Damit einher geht demnach ein Verständnis, dass soziale Räume stets aufgrund verschiedenster Interessen umkämpft sind. Denn durch die Manifestation von Macht sind Orte symbolisch geprägt (vgl. Assmann 2016: 926–929).

Damit geht einher, dass sich die soziolinguistische Forschung zur Linguistic Landscape immer auch mit zwischenmenschlichen Interaktionen und infolgedessen mit Politik im Raum beschäftigt. *Politik* wird in diesem Zusammenhang handlungstheoretisch verstanden, also im Sinne von handelnden Akteur:innen mit einem bestimmten Ziel. Im Fokus steht demnach die „deklarative Produktion des Raumes durch Kommunikation“ (Warnke 2010: 344). Anders gesagt bedeutet das, dass der Raum durch kommunikative Interaktionen und Entscheidungen konstruiert wird,

welche die gesamtgesellschaftlichen Interessen bzw. die Interessensmehrheit einer Gesellschaft abbilden (vgl. Warnke 2011: 344). Spätestens ab der Moderne, die eine Reihe von Neuerungen und Herausforderungen mit sich brachte, konzentrierte sich das politische Handeln auf den urbanen Raum. Die Stadt wird damit auch zu einem wichtigen Raum für Politik (vgl. Warnke 2011: 346 f.).

Durch diesen Umriss der *Linguistic Landscape* zeigt sich, dass diese sprachwissenschaftliche Analyse von Multilingualität „an der Oberfläche“ des urbanen Raumes einen wichtigen Forschungsbereich darstellt. Diese Analyse der semiotischen Elemente im urbanen Raum kann auch abseits von Fragen hinsichtlich der Mehrsprachigkeit im Stadtbild stattfinden. Unterschieden wird hier zwischen *top-down* und *bottom-up*-Elementen. Diese Termini meinen eine Differenzierung hinsichtlich der offiziellen und der inoffiziellen Beschriftungen im städtischen Raum. Als Beispiel für Beschriftungen von offizieller Seite können Straßenschilder genannt werden. Inoffizielle Kennzeichnungen erfolgen beispielsweise durch Graffiti (vgl. Warnke 2011: 357 f.).

Im Zuge vorliegender Masterarbeit wird die *top-down*-Perspektive hinsichtlich semiotischer Objekte im urbanen Raum von besonderem Interesse sein. Es zeigt sich allerdings, dass sich diese Perspektive sehr häufig mit *bottom-up*-Ansätzen kreuzt. Eine Analyse von unterschiedlichsten Machtstrukturen und deren Ausdrucksweise im urbanen Raum ist daher essenziell. Alle Auseinandersetzungen mit der sprachwissenschaftlichen Disziplin der Linguistic-Landscape-Forschung machen also deutlich, dass politische Entscheidungen und Praktiken einen starken Einfluss auf das „oberflächliche“ Stadtbild haben. Diese äußern sich beispielsweise in *bottom-up*-Darstellungen im Stadtbild. Auch die Untersuchung von Diskursen muss dabei eine zentrale Rolle spielen. Vor allem am Beispiel der Diskussion um das Erinnern an den ehemaligen Wiener Bürgermeister Karl Lueger wird das deutlich.

Im folgenden Kapitel dieser Masterarbeit werden Zugänge vorgestellt, die der Frage nachgehen, wie es überhaupt zu einer entsprechenden *top-down*-Perspektive kommt, die anerkannt ist und breit mitgetragen wird. Theorien des *Kulturellen Gedächtnisses* kommt in diesem Zusammenhang eine gewichtige Bedeutung zu.

3 Die Stadt als repräsentativer Raum – Straßennamen erzählen

Straßennamen sind nicht nur als Orientierungshilfen fest im Stadtbild verankert, sondern sie haben immer auch eine soziolinguistische, historische und kulturwissenschaftliche Bedeutung. Besonders augenscheinlich wird das dann, wenn es sich um personenbezogene Straßenbenennungen handelt, hinter denen historische Persönlichkeiten stehen (vgl. Autengruber / Nemec 2019: 347 ff.).

Im Folgenden soll zuerst eine Auseinandersetzung mit den allgemeinen Benennungsgrundsätzen in Bezug auf Straßenbenennungen von Seiten der Stadt Wien vorgenommen werden. In einem zweiten Teil dieses Kapitels soll der grundsätzlichen Frage nachgegangen werden, auf welche Art und Weise Straßen zu einem bestimmten Namen kommen und inwiefern das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft hier eine Rolle spielt. Anschließend wird ein Blick auf die Historie geworfen und auf vergangene Umbenennungen von Straßennamen eingegangen. Im Rahmen dieses Kapitels wird also genauer auf die (sozio-)onomastischen und erinnerungskulturellen Aspekte von Straßennamen eingegangen.

3.1 Straßennamen

Das Thema dieser Arbeit ist die Umbenennung von Straßennamen. Für eine genauere Auseinandersetzung ist es aber essenziell zu verstehen, wie Verkehrsflächen überhaupt zu ihrem Namen kommen. Dieser Aspekt wird in den folgenden Abschnitten behandelt.

3.1.1 Lexem *Straße* und *Platz* – Konzepte und „kulturelle Einheiten“

In der deutschen Sprache stellt das Wort *Straße* ein polysemes Lexem dar, was bedeutet, dass ihm verschiedene Verwendungsarten zukommen. Grundsätzlich stellt eine *Straße* einen linearen Verkehrsweg dar. Dabei kann mit der Bezeichnung *Straße* zum einen die bloße Fahrbahn gemeint sein oder zum anderen auch die gesamte Räumlichkeit, die sich beispielsweise zwischen Häuserreihen befindet. Die *Straße* meint damit auch die Baumallee, die Häuserfassaden oder andere sich im damit bezeichneten Raum befindlichen Objekte. Etymologisch leitet sich das deutsche Wort für „Straße“ vom Lateinischen „strata“ ab, was wiederum vom lateinischen Verb „sternere“ für „pflastern“ kommt. Ebenso wie das englische „street“ oder das italienische „strada“ findet *Straße* seinen Bedeutungsursprung in der oberflächlichen Erscheinung des gemeinten Verkehrsweges. Im Gegensatz dazu steht beispielsweise das französische Wort „route“, das vom lateinischen Ausdruck „via rupta“, ein „durch den Wald führenden Pfad“, abstammt und damit die Örtlichkeit bzw. Verlaufsform des Weges beschreibt (vgl. Reblin 2012: 182 f.).

Diese Vielfalt an Straßenformen und ihr sprachlicher Ursprung zeigt sich an den verschiedenen Bedeutungszuschreibungen des Lexems „Straße“. So erstreckt sich das lexikalische Feld für Straßennamen über eine breite Auswahl an Grundwörtern. Neben *Straße* findet sich beispielsweise auch der Gebrauch von *Gasse*, *Weg*, *Promenade*, *Ring* oder *Graben* in Straßenbezeichnungen (vgl. Reblin 2012: 183 f.).

Im Zuge vorliegender Masterarbeit wird der Begriff „Straßename“ als ein Sammelbegriff für alle Benennungen von Verkehrsflächen verwendet. Anfang des Jahres 2019 gab es in Wien eine Anzahl von 6.752 Verkehrsflächen. Darunter fallen Straßen, Gassen, Wege, Plätze, Brücken und so weiter. 65 Prozent dieser Verkehrsflächennamen entfallen auf personenbezogene Straßennamen (vgl. Autengruber/Nemec 2019: 347).

Im Folgenden soll eine kurze Unterscheidung der Lexeme „Straße“ und „Platz“ erfolgen, weil diese von semiotischer Bedeutung sein kann. Während – wie bereits angesprochen – die Straße in ihrer Verlaufsform erfahren wird, ist ein Platz statisch erlebbar. Zentral ist also, dass das „Erleben“ einer Straße in einer dynamischen Erkundung stattfindet. Plätze weisen hingegen eine gewisse Ästhetik auf. Sie können meist von einem Standpunkt aus überblickt werden, ein Zentrum darstellen und Aufmerksamkeit erregen (vgl. Reblin 2012: 192 f.). Hinzu kommt, dass Plätze durch ihre räumliche Beschaffenheit den idealen Ort für Attraktionen bieten. So kommt beispielsweise ein Denkmal in der Mitte eines Platzes besonders gut zur Geltung, weil es weit einsehbar ist. In weiterer Folge stellen Plätze oft auch eine touristische Attraktion dar, weil sie eine spezielle Repräsentationsfunktion innehaben. Das kommt besonders im Zusammenhang mit der Diskussion um den „Dr.-Karl-Lueger-Platz“ und dem dort stehenden Denkmal des eisigen Wiener Bürgermeisters zum Ausdruck.

Es zeigt sich also, dass dem Lexem „Straße“ einerseits eine Bedeutung im Sinne der äußeren Erscheinungsform und andererseits der Gebrauchsfunktion zukommen kann. Im Gegensatz zum „Platz“ ist der „Straße“ eine Dynamik inhärent.

Der Schweizer Sprachwissenschaftler Ferdinand de Saussure entwickelte ein anderes stadtsemiotisches Modell, in welchem er das Verhältnis von Stadt bzw. Straße und Sprache beschreibt. Für ihn baut Sprache zur Gänze auf „Identitäten und Differenzen“ (vgl. Reblin 2012: 175). Das zeigt sich beispielsweise darin, dass eine Straße abgerissen und anschließend wieder aufgebaut wird, sich dabei materiell verändern kann, aber für Menschen immer noch dieselbe Straße sein wird. Die Straße hört also nicht auf, dieselbe zu sein (vgl. Reblin 2012: 175f.).

Das liegt laut Saussure daran, dass

die Größe, die sie darstellt, nicht rein materiell ist; sie ist auf bestimmte Bedingungen gegründet, denen ihre zufällige Materie fremd ist. [...] Jedesmal, wenn dieselben Bedingungen vorhanden sind, erhält man dieselben Größen (Saussure 1916/1967: 129; zit. n. Reblin 2012: 175 f.).

Saussure drückt damit aus, dass die Straße nicht bedingt durch ihre materielle Beschaffenheit ist. Sie kann auch rein semiotisch betrachtet werden und sie ist im Grunde das, was eine soziale Gruppe unter ihr versteht. Solange sie ihre „Identität“ behält, ist eine Straße immer dieselbe, auch wenn sich ihr Aussehen ändert.

Diese Ansicht zeigt, dass Orte zutiefst mit Bedeutungen aufgeladen sind. Es ist die Gesellschaft, die dem sozialen Raum eine Bedeutung zuschreibt. Sehr ausdrucksstark kommt das durch Straßenbezeichnungen – also Straßennamen – zum Ausdruck. Personenbezogene Straßennamen bilden dabei eine besondere Form. Denn hinter jedem Straßennamen steht eine Biografie, eine Person, der durch die Straßenbezeichnung eine Ehre zu Teil wird. Doch nicht nur personenbezogene Straßennamen sind semiotisch aufgeladen. Im folgenden Kapitel zeigt sich, dass Straßenbenennungen meist einen bestimmten Grund aufweisen und gewissen Regeln unterliegen.

3.1.2 Entstehung und Bedeutung von Straßennamen

Betrachtet man die Geschichte der Straßenbenennung, so lassen sich unterschiedliche Benennungspraktiken beschreiben. Bis in die Neuzeit wurden Straßen nicht aktiv benannt bzw. entsprechende Namen nicht *aktiv* verliehen. Folglich richteten sich die Namen von Verkehrsflächen nach deren in der Bevölkerung gebräuchlichen Bezeichnung. Viele Namen sind also historisch gewachsen und tragen deskriptive Merkmale in sich. Erkennbar ist diese Praxis beispielsweise an der Bezeichnung „Kärntner Straße“ im ersten Wiener Gemeindebezirk. Diese Straße wurde im Jahr 1257 als „strata Carinthianorum“ erstmals urkundlich angeführt. 1776 hieß sie erstmals „Kärnthnerstraße“. Den Namen bekam die Straße, weil sie im Mittelalter als Fernstraße über die Steiermark und Kärnten bis ins heutige Italien, nach Triest und schließlich Venedig, führte (vgl. Autengruber 2014: 155). Die Benennung dieser wichtigen Straße erfolgte also aufgrund ihrer Ausrichtung in den Süden Österreichs, nach Kärnten. Ein weiteres Beispiel stellt der „Getreidemarkt“ im ersten und sechsten Wiener Bezirk dar. Dieser verdankt seinen Namen Getreidespeichern, die bis ins zehnte Jahrhundert auf dieser Fläche standen und dem Getreidemarkt, der bis 1864 dort abgehalten wurde. Seit 1866 verweist der Name also auf die einst wichtige Funktion der Verkehrsfläche (vgl. Autengruber 2014: 106). Die „Lange Gasse“

im achten Wiener Bezirk erhielt ihren Namen im Jahr 1910 aufgrund ihrer damals außergewöhnlichen Länge (vgl. Autengruber 2014: 179). Es zeigt sich also, dass die Benennung von Verkehrsflächen unterschiedlichen Ursprung aufweisen, aber auch hauptsächlich deskriptiv sein kann.

Ganz anders gestaltet sich die Situation bei personenbezogenen Straßennamen. Hier ist augenscheinlich, dass hinter den Namen historische Persönlichkeiten mit einer eigenen Geschichte stehen.

Straßennamens sind als vergangenheitspolitische Prozesse darauf ausgelegt, eine spezifische Sichtweise auf vergangene Talente und Taten dauerhaft in die Semiosphäre der Stadt einzuschreiben. Das Bild der Vergangenheit, wie es in Straßennamen konstruiert wird, prägt durch seine Präsenz im urbanen Raum Alltag und Identität von Bürgerinnen und Bürgern (Autengruber / Nemec 2019: 347).

Nicht ohne Grund, kam es durch die – je nach Epoche und den damit einhergehenden Wertvorstellungen – zu Umbenennungen von Straßen. Vor allem in Zeiten von politischen Umwälzungen gilt die Erinnerung an Persönlichkeiten als „angemessen“ oder eben nicht. Eine regelmäßige Überprüfung der Zeitgemäßheit von personenbezogenen Straßennamen findet in der Regel allerdings nicht statt (vgl. Autengruber / Nemec 2019: 347 f.) Es handelt sich bei diesen Diskussionen um Aushandlungsprozesse, denn eine allgemeingültige und universelle Einigung gibt es nur in seltenen Fällen. Ein Beispiel hierfür stellt das Gutachten der Historiker:innen-Kommission dar, welches von der Stadt Wien in Auftrag gegeben wurde. Auch hier zeigt sich: obwohl eine Vielzahl an Straßennamen in Wien als bedenklich eingestuft wurde, wird Jahre nach der Veröffentlichung des Gutachtens immer noch über Umbenennungen einzelner Straßennamen diskutiert.

3.1.3 Benennungsvorschriften und Vergabekriterien für Straßennamen in Wien

Entstehen neue Verkehrsflächen, werden dafür auch neue Namen gesucht. Der Großteil der Wiener Straßennamen fällt auf personenbezogene Straßennamen. Sie nehmen rund 4.600 Verkehrsflächen in Wien ein (vgl. Fink/Kroisleitner 2022, *Geplante Stadt*). Es ist zu beobachten, dass vermehrt personenbezogene Straßennamen vergeben werden. So liegt der Anteil an neuen Verkehrsflächen, die nach historischen Persönlichkeiten benannt sind, mittlerweile bei 90 Prozent (vgl. Autengruber/Nemec 2019: 348). Das Ungleichgewicht zwischen männlichen und weiblichen Straßenbenennungen ist traditionell sehr hoch. So entfielen mit Stand Juni 2022 von

den insgesamt 4.600 personenbezogenen Verkehrsflächen nur 550 Verkehrsflächen auf Benennungen nach weiblichen Persönlichkeiten. Dieses Ungleichgewicht in der Repräsentation hat zur Folge, dass die Stadt Wien in den letzten Jahren vermehrt auf die Verkehrsflächenbenennung nach prominenten Frauen setzt. In Stadtentwicklungsgebieten wie beispielsweise in der Seestadt (vgl. Müller 2015: 2) oder „In der Wiesen“ in Liesing (vgl. Fink/Kroisleitner 2022, *Geplante Stadt*) wurden die Straßen nach berühmten Frauen benannt. Die Bemühungen, der Unterrepräsentationen von Frauen im Stadtbild entgegenzuwirken, zeigen eine leichte Wirkung. Im Jahr 2012 wurden erstmals mehr Straßen nach Frauen als nach Männern benannt (vgl. genderatlas.at, *Straßennamen in Wien*).

Ganz allgemein erfolgt heute die Benennung von neuen Verkehrsflächen in Wien auf Grundlage von Vorschlägen aus der Bevölkerung an die für die Straße zuständige Bezirksvorstehung. Nach ausführlicher Prüfung des Namens – beispielsweise unter Beratung des Wiener Stadt- und Landesarchivs oder des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands – erfolgt ein Antrag der Magistratsabteilung für Kultur (MA 7). Im Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft wird schließlich über die Benennung der neuen Verkehrsfläche abgestimmt (vgl. wien.gv.at, *Neue Straßennamen*). Hinter diesen scheinbar simplen bürokratischen Vorgängen stehen strenge Vergabekriterien und Benennungsvorschriften. Wie viele der Straßennamennamen selbst, sind auch die Benennungsgrundsätze historisch gewachsen.

So wurden im Jahr 1862 erstmals Benennungsgrundsätze für Verkehrsflächennamen schriftlich festgelegt. Beispielsweise mussten Doppelnamen vermieden werden. 1872 wurde durch den Stadtarchivar Karl Weiß die Idee aufgebracht, besonderen Ereignissen und berühmten Persönlichkeiten durch Straßennamen zu gedenken (vgl. Autengruber 2013: 17 f.). Im Jahr 1894 wurden durch den Gemeinderat strengere Regeln aufgestellt:

Die Benennung der Straßen, Gassen und Plätze hat zu erfolgen: a) nach topographischen Bezeichnungen; b) wenn hierzu kein Anhaltspunkt vorhanden ist, nach wichtigen localen Begebenheiten; c) falls auch letztere fehlen, nach Personen, die sich durch ihr Wirken einer öffentlichen Ehrung verdient gemacht haben. Eine Benennung der Straßen, Gassen und Plätze nach lebenden Personen findet nicht statt (Csendes / Mayer 1987: 9; zit. n. Autengruber 2013: 18).

Mit diesen Grundsätzen wurden wesentliche Richtlinien zur Benennung von Verkehrsflächen in Wien festgelegt, welche im Grunde noch heute gültig sind: die Interkalarfrist, Vermeidung von Doppelbenennungen und der Wien-Bezug des Namens.

Die Interkalarfrist legt fest, dass eine Vergabe eines personenbezogenen Straßennamens erst ein Jahr ab dem Tod der Persönlichkeit erfolgen darf. Sogenannte „Lebendbenennungen“ wurden mit dem Grund aufgehoben, dass die Ehrung einer Person durch einen Straßennamen aufgrund ihres Lebenswerkes erfolgen sollte, noch lebende Personen könnten sich im Laufe des Lebens verändern und so auch ihr Schaffen und Wirken. Die Interkalarfrist wurde allerdings zur Zeit der Diktaturen und der Besetzungszeit in Österreich nicht eingehalten (s. Kapitel 3.3.1). Die Eingemeindung der Vororte und Vorstadtgemeinden in die Stadt Wien im 19. Jahrhundert führte anfangs zu einigen Doppelnamen in der Stadt. Denn bei Neubenennungen wurden die Straßennamen in Nachbarorten nicht beachtet, was später zu Doppelnamen führte. Diese wurden allerdings im Zuge der Eingemeindung in das Stadtgebiet Wiens durch Umbenennungen beseitigt. Um Doppelnamen aufgrund von Namensvettern zu vermeiden, gibt es auch Verkehrsflächen, die mehreren Persönlichkeiten mit demselben Namen gewidmet sind (vgl. Autengruber 2013: 19).

Des Weiteren ist es üblich, dass sich die durch den Straßennamen geehrte Persönlichkeit und der Ort ihrer Wirkungsstätte ortsnahe befinden. So ist beispielsweise der Platz an der Rückseite des Wiener Rathauses nach dessen Architekten Friedrich Schmidt benannt (vgl. geschichtewiki.wien.gv.at, *Friedrich-Schmidt-Platz*). Auch die Anbindung der Persönlichkeit an den Wohnort bzw. Bezirk ist üblich. Bei der Widmung einer Verkehrsfläche wird auch darauf geachtet, dass damit das Gedenken um das Wirken im Vordergrund steht. Das hat zur Folge, dass es keine Benennungen aufgrund wirtschaftlicher Interessen gibt, also beispielsweise Straßen nach großen Unternehmen benannt sind. Sehr wohl gibt es allerdings Namen, die wichtige Firmengründer, vor allem mit Wien-Bezug, ehren. Ein Beispiel wäre die Johann-Ströck-Gasse, welche den Gründer einer Wiener Bäckerei ehrt (vgl. Autengruber 2013: 21).

Es zeigt sich also, dass Straßen auf ganz unterschiedliche Art und Weise zu ihrem Namen kommen. Meist steht allerdings eine kulturgeschichtliche und je nach Epoche auch politische Absichten dahinter.

Unter dem Wiener Bürgermeister Helmut Zilk wurden erstmals verpflichtende Erläuterungstafeln für personenbezogene Straßennamen eingeführt (vgl. Autengruber 2019: 22). Im Jahr 1993 war in der Rathaus-Korrespondenz folgende Begründung für die Zusatztafeln für Verkehrsflächen zu lesen: „Die Beziehung der Wienerinnen und Wiener zu ihrer Stadt und besonders zu ihrem unmittelbaren Lebensbereich soll damit vertieft, das Interesse an der historischen Entwicklung gefördert werden“ (Wiener Rathaus-Korrespondenz, 16.09.1993; zit. n. Autengruber 2013, 22).

Mit dieser Aktion reagierte man von politischer bzw. offizieller Seite auf die Tatsache, dass nicht jeder Name Teil des allgemeinen Gedächtnisses ist. Inwiefern Straßennamen zugleich Medium und Archiv des kulturellen Gedächtnisses darstellen, soll in den folgenden Abschnitten erläutert werden.

3.2 Straßennamen als Brücken zur Vergangenheit

Individuen, welche einer bestimmten sozialen Gruppe angehören, zeichnen sich durch die Gemeinsamkeit ihrer soziokulturellen Prägungen aus. Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft beruht also auf geteilten Werten, Moral- und Wertvorstellungen, welche im Zuge der Sozialisation angenommen werden (vgl. Keller 2016: 58 f.).

3.2.1 Gedächtnis nach Jan Assmann

Dieses Phänomen fasst der Kulturwissenschaftler Jan Assmann im Begriff des *Kulturellen Gedächtnisses* zusammen. Er versteht darunter einen

Sammelbegriff für alles Wissen, das im spezifischen Interaktionsrahmen einer Gesellschaft Handeln und Erleben steuert und von Generation zu Generation zur wiederholten Einübung und Einweisung ansteht (Assmann 1988: 9).

Hierbei nimmt die kommunikative Komponente eine wichtige Funktion ein. Denn im sogenannten kommunikativen Gedächtnis sammeln sich alle Rahmenbedingungen und Optionen, welche die Alltagskommunikation regeln. Demnach charakterisiert sich eine alltägliche Sprechsituation durch Unstrukturiertheit, Rollenerwartungen bzw. einen sozialen Rahmen, in welchem eine bestimmte Kommunikation erwartet oder angemessen ist. Entscheidend ist hierbei, dass sich jedes „individuelle Gedächtnis“ durch die sprachliche Interaktion mit „anderen“ entwickelt. Diese verschiedenen Kommunikationspartner gründen ihre Eigenheiten allerdings auf der gemeinsamen Geschichte ihrer Gesellschaft, in welcher sie interagieren. Als Teil der Oral History ist das kommunikative Gedächtnis allerdings an einen zeitlichen Horizont gebunden. So hält sich das nicht-schriftliche Kulturgedächtnis meist nicht länger als achtzig bis hundert Jahre (vgl. Assmann 1988: 9–11).

Im Gegensatz dazu verspricht die „objektive Kultur“ eine feste Verankerung von Wert- und Moralvorstellungen in der Gesellschaft. Das heißt, wenn sich das kommunikative Gedächtnis in objektiven kulturellen Praktiken wie Bräuchen, Traditionen, urbanen Räumen oder

Denkmälern niederschlägt, ist es nicht mehr nur Teil der unmittelbaren Gegenwart, sondern eines kollektiven Gedächtnisses, welches auch als die Geschichte einer Gesellschaft wahrgenommen wird (vgl. Assmann 1988: 11 f.). Eben diese objektive Kultur wird von den Individuen und sozialen Gruppen als „identitätsstiftend“ wahrgenommen. Das heißt, dass die gemeinsame Vergangenheit und die bereits festgesetzten Traditionen einer Gemeinschaft immer wieder herangezogen werden, um die eigene Identität zu reproduzieren. Sie erfüllt aber auch eine Orientierungsfunktion bzw. stellt eine Art „Wirklichkeitsordnung“ in einer von unzähligen zwischenmenschlichen Interaktionen geprägten Welt dar (vgl. Keller 2016: 59 f.).

Für Assmann gleicht damit die objektive Kultur ebenfalls einem „Gedächtnis“, weil das individuelle Handeln stets mit den Wert- und Moralverständnissen abgeglichen und damit an ein gemeinsames Kulturverständnis erinnert wird (vgl. Assmann 1988: 11 f.). Im Gegensatz zum kommunikativen Gedächtnis, welches durch die Nähe zum Alltag charakterisiert ist, stellt das kollektive Gedächtnis stets eine Replik auf bereits Vergangenes dar. Denn wie bereits erwähnt, bildet das kollektive Gedächtnis die Geschichte einer Gesellschaft. Das heißt, es konstituiert sich aufgrund einschneidender, erinnerungswürdiger und schicksalhafter Ereignisse aus der Vergangenheit. Erst durch „kulturelle Formungen“, wie gelebte Traditionen oder Denkmäler, und durch „institutionalisierte Kommunikation“, wie Rezitationen, wird das kulturelle Gedächtnis in die unmittelbare Alltagssituation der Gegenwart eingebunden (vgl. Assmann 1988: 12–13).

Nach Jan Assmann gestaltet sich das kulturelle Gedächtnis folgendermaßen:

Unter dem Begriff des kulturellen Gedächtnisses fassen wir den jeder Gesellschaft und jeder Epoche eigentümlichen Bestand an Wiedergebrauchs-Texten, -Bildern und -Riten zusammen, in deren ‚Pflege‘ sie ihr Selbstbild stabilisiert und vermittelt, ein kollektiv geteiltes Wissen vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt (Assmann 1988: 15).

Assmann stellt also fest, dass sich dieses kollektive Erinnern einer Gemeinschaft von einer Kultur zur anderen, wie auch von einer Epoche zur anderen unterscheidet. Zudem gestaltet sich auch die Institutionalisierung des kulturellen Gedächtnisses je nach Kultur unterschiedlich. Entscheidend ist aber vor allem die Grundeinstellung zur Vergangenheit und zur eigenen Geschichte, was sich in der Erinnerungskultur einer Gesellschaft zeigt (vgl. Assmann 1988: 15–

16). Denn „in ihrer kulturellen Überlieferung wird eine Gesellschaft sichtbar: für sich und für andere“ (Assmann 1988: 16).

Welchen Weg Österreich diesbezüglich hinsichtlich der Benennung von Straßennamen und Plätzen, welche eine sehr stark institutionalisierte Form des kollektiven Gedächtnisses einnehmen, wählt, wird in einem späteren Abschnitt dieser Masterarbeit (s. Pkt. 3.3 und folgende) thematisiert.

In ihrem Werk „Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention“ aus dem Jahr 2020 setzt sich die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann intensiv mit dem gesellschaftlichen Vergessen, *Beschweigen* und Erinnern auseinander. Sie knüpft dabei an das von Jan Assmann (1988) geprägte Konzept der *Erinnerungskultur* an.

3.2.2 *Erinnerungskultur* als „kritisches Geschichtsbewusstsein“

Der Begriff der *Erinnerungskultur* findet je nach Fachrichtung sehr unterschiedliche Verwendung. Er steht zunächst ganz allgemein für die „Pluralisierung und Intensivierung“ interdisziplinärer Perspektiven auf die Vergangenheit. Durch die „Aneignung der Vergangenheit“ (Assmann 2020: 32) durch eine Gruppe können Erinnerungen allerdings auch unreflektiert übernommen und in weiterer Folge auch (politisch) manipuliert werden (vgl. Assmann 2020: 32). Aleida Assmann betont die Wichtigkeit einer „ethischen“ Erinnerungskultur und orientiert sich in ihren Betrachtungen an der Definition von Volkhard Knigge (2010), welcher *Erinnerungskultur* als ein „kritisches Geschichtsbewusstsein“ (Assmann 2020: 33) auffasst. Mit diesem kritischen Blick geht oftmals auch ein Unbehagen einher. Denn Erinnerungen sind moralisch aufgeladen und lösen Emotionen aus (vgl. Assmann 2020: 30 f.). Erkennbar wird das beispielsweise auch am Umgang Österreichs mit der problematischen Vergangenheit, welcher vom oft kritisierten, aber wenig diskutierten *Opfermythos* geprägt ist. Hier ist eine Diskrepanz zwischen Erinnern und Vergessen ersichtlich.

Darum betont Assmann, dass Erinnerungen nicht einheitlich oder homogen gesehen werden dürfen. Sie wehrt sich also dezidiert gegen eine Art „Einheitsmythos“ (Assmann 2020: 31), welcher eine problematische Alternative zu einem kritischen Geschichtsbewusstsein darstellen und in der „Aneignung der Vergangenheit durch eine Gruppe“ (Assmann 2020: 32) münden kann.

Für Assmann ist ein Erinnern unter einem reflektierten und ethischen Zugang zur Vergangenheit zentral. Das heißt, ein Erinnern, welches mit Reflexionsprozessen verbunden ist (vgl. Assmann 2020: 31).

Dieses Hinterfragen der eigenen Vergangenheit ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in Österreich zu spüren, auch wenn es keine breite Akzeptanz erfährt. Getragen werden diese ersten Reflexionsprozesse in Österreich vor allem durch die Kunst und Literatur. So thematisiert beispielsweise Elfriede Jelinek in ihrem gesellschaftskritischen Werk „Burgtheater“ die fehlende Auseinandersetzung österreichischer Schauspieler:innen der Nachkriegszeit mit der Nazi-Propaganda.⁴ Die Autorin stößt dabei auf gesellschaftliche Kritik und große mediale Präsenz. Auch der Schriftsteller Thomas Bernhard thematisiert das Nicht-Aufarbeiten der problematischen Vergangenheit Österreichs in seinen kritischen Werken.

Um es mit den Worten von Volkhard Knigge (2010) auszudrücken, *Erinnerungskultur* kann als eine „kritische Auseinandersetzung mit Staats- und Gesellschaftsverbrechen – gerade aus Sicht der Opfer“ (Knigge 2010; zit. n. Assmann 2020: 33) verstanden werden. Durch die Erinnerungskultur wird also eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart gebaut, welche von kritischen Reflexionsprozessen getragen werden soll.

Anhand dieser unterschiedlichsten Aspekte erläutert Assmann den Begriff der „Erinnerungskultur“, welcher zentral für ihr Werk ist und in den angeführten Beispielen auch der Alltagspraxis immanent ist.

Straßennamen sind in das Stadtbild Wiens eingeschrieben. Sie dienen nicht nur der bloßen Orientierung, sondern transportieren immer auch eine symbolische Ebene. Aufgrund der Personenbezüge ist stets auch die jeweilige Biografie zu hinterfragen. Setzen Reflexionsprozesse ein, die die Gegenwart von historisch belasteten Straßennamen hinterfragen, so ist die Frage des kollektiven Erinnerns im Spiel. Warum wird manchen Persönlichkeiten durch einen Straßennamen gedacht und anderen nicht? Damit einhergehend ist auch Österreichs Umgang mit der problematischen Vergangenheit und dem „Opfermythos“ unabdingbar.

Für Aleida Assmann ist zentral, wie Individuen durch das persönliche Erinnern auf die Gesellschaft einwirken. Gleichzeitig zeigt sie, dass das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft eine Auswirkung auf jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft hat. Zudem betont sie die Relevanz von historischen Gegebenheiten und Ereignissen auf die Gegenwart eines jeden Einzelnen. Sie

⁴ Jelinek, Elfriede (1985): *Burgtheater*.

baut also eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart auf, welche immer einen Blick zurück auf geschichtliche Momente ermöglicht und ermöglichen muss. Denn Erinnern benötigt *Wissen*. Das heißt, ein Gedenken darf nicht bloß von Gefühlen getragen werden, sondern muss immer auch begründet sein, um nicht in „politischer Manipulation“ zu münden (vgl. Assmann 2020: 31). „Erinnerungskultur“ kann nach Assmann auch als eine Aneignung der Vergangenheit durch eine Gruppe gesehen werden. Das bringt Vorteile und Nachteile mit sich: Es bringt Nacheifern und Manipulieren hervor und kann unreflektiert eine revolutionäre Kraft auf Gruppen auswirken. Dadurch bildet sich ihre Identität, Werte und damit auch Handlungsfähigkeit (vgl. Assmann 2020: 31 ff.).

Als Beispiel führt Assmann Gedenkstätten an. Diese repräsentieren nicht eine einzige, sondern viele unterschiedliche Erinnerungen (vgl. Assmann 2020: 31). Hier stellt sich nun die Frage, ob das auch für Denkmäler gelten kann. Eines der wohl umstrittensten Denkmäler in Wien ist jenes des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Karl Lueger an der Ringstraße. Lueger brachte viele Neuerungen der städtischen Infrastruktur voran. Gleichzeitig verbreitete er aber auch antisemitisches Gedankengut. Da diese höchst problematischen Aspekte aus dem Denkmal nicht hervorgehen, dieses also nur ein Erinnern an seine Person ist, wird an einer Umgestaltung des Denkmals gearbeitet. Derzeit (März 2023) ist eine temporäre Kunstinstallation um die Statue aufgebaut, die Luegers Vergangenheit kritisch beleuchten soll. Bis ins Jahr 2024 soll eine dauerhafte Umgestaltung des Denkmals vorgenommen werden (vgl. Schrenk 2023).

3.2.3 Kulturelles Gedächtnis

Auch Aleida Assmann beschäftigt sich mit dem Begriff des „kulturellen Gedächtnisses“. Kann man überhaupt von einem kollektiven Gruppengedächtnis sprechen? Unter dem Begriff wird wohl weniger ein Gedächtnis, wie es Einzelorganismen mit sich bringen, verstanden, sondern eine Ansammlung an Riten, Bräuchen, Traditionen aber vor allem von Historien, welche einer sozialen Gruppe immanent sind. Es handelt sich also nicht um eine einzelne Erinnerung an Vergangenes, sondern um eine bunte Mischung an gemeinsam als soziale Gruppe Erlebtem, in der sich Einzelpersonen mit ihren individuellen Erinnerungen wiederfinden. Aleida Assmann fasst den Begriff des „kollektiven Gedächtnisses“ folgendermaßen zusammen:

Das kollektive Gedächtnis ist im doppelten Sinn repräsentativ: Es repräsentiert einen als zentral bewerteten Ausschnitt der Vergangenheit und ist repräsentativ für Einzelschicksale. [...] Was wollen wir erinnern, was können wir vergessen? (Assmann 2020: 17).

Da dieses Kollektiv an Erinnerungen stark von der sozialen Gruppe und den Individuen abhängig ist, kann man auch nicht von einem fixen „Topf“ an Erinnerungen sprechen. Das heißt, die Erinnerungen werden je nach Zeit, Einstellung und Wertvorstellungen unterschiedlich bewertet. Im Erinnern ist also stets eine Dynamik erkennbar, was das kollektive Gedächtnis schließlich zu einem sich ständig wandelnden Prozess macht (vgl. Assmann 2020: 16 f.).

Das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft kann auch aktiv „gefördert“ werden. Augenscheinlich wird das – wie bereits angesprochen wurde – beispielsweise durch Erläuterungstafeln.

Das Phänomen des kollektiven Gedächtnisses lebt also davon, dass die Mehrheit einer sozialen Gruppe es für notwendig hält, gemeinsam an bestimmten Bezugspunkten zur Vergangenheit festzuhalten. Dargestellt werden diese gemeinsam als Gesellschaft geteilten Bezugspunkte zur Vergangenheit in Denkmälern, gelebt in Traditionen, erinnert und daran festgehalten im Bildungskanon. Anzumerken ist hierbei, dass die Grenzen zwischen individuellen Erinnerungen und dem kollektiven Erinnern verschwimmen (vgl. Assmann 2020: 18 f.). Eine Trennung der beiden „Gedächtnisse“ scheint unmöglich, da persönliche Erinnerungen und Erfahrungen immer auch im Austausch mit der sozialen Umwelt stehen. Das heißt, durch die Sozialisation und im Kontakt mit anderen wird immer wieder auf die gemeinsame Historie Bezug genommen. Es mag also als eine Art Kompromiss gelten zu sagen, dass die persönlichen Erinnerungen eines jeden Individuums einen gemeinsamen „Bezugsrahmen“ kreieren, welcher das kollektive Gedächtnis absteckt. Diese Theorie würde auch die Veränderungsbedingungen eines kollektiven Erinnerns erklären. Das heißt, es kommt durch ein Übermaß an individuellen Erinnerungen zu einem Wandel im kollektiven Erinnern. Somit ist das kollektive Gedächtnis als Prozess, als ein Wechselwirken zwischen Individuen und Gesellschaft zu verstehen.

Es kommt sogar so weit, dass sich soziale Gruppen über dieses kollektive Gedächtnis, welches Traditionen, kulturelle Bräuche und gemeinsame Erinnerungen inkorporiert, als soziale Gemeinschaft verstehen. Das kollektive Gedächtnis formt also die gemeinsame Identität. Kritisch anzumerken ist hier, dass Machtinteressen hinter diesen historischen Konstrukten stehen können. Das kollektive Gedächtnis könnte sich über die Einzelerinnerungen legen und somit eine Art Ideologie oder Mythos kreieren. Wichtig bleibt also zu hinterfragen, wer hinter der bestimmten Gedächtniskonstruktion steht. Assmann erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Theorie des Historikers Koselleck, der als die sogenannten „*sieben großen Ps*“ als Chef-Ideologen und Mythenfabrikanten für die Gedächtniskonstruktionen [...] die Professoren, die Priester,

die Pfarrer, die PR-Spezialisten, die Presseleute, die Poeten und die Politiker“ benennt (Assmann 2020: 21[Hervorhebung im Original]). Hinzu kommt bei der Beobachtung einer sozialen Gesellschaft mit einem gemeinsamen kulturellen Gedächtnis, dass diese immer im Austausch mit „symbolischen Praktiken und emotionalen Investitionen“ (Assmann 2020: 21) stehen. Das heißt, sieht sich das Kollektiv mit unangenehmen oder negativen Episoden der Vergangenheit belastet, so kann es auch zu einer Mythos-Bildung kommen. Die historische Wahrheit wird also durch ein anderes Konstrukt verklärt. Die Verdrängung der Vergangenheit bewirkt die Bildung eines gesellschaftlichen Konstrukts, welches der eigentlichen Geschichte gegenübersteht. Für die Forschung ist die Betrachtung dieses geschaffenen Konstrukts von besonderem Interesse. Es ist wichtig zu klären, warum es zu diesem Konstrukt kam, wer es aufrechterhält und wie es kritisch betrachtet werden kann (vgl. Assmann 2020: 21 ff.). Unter diesem Bemühen steht auch die Thematik vorliegender Masterarbeit.

Somit sollte Erinnerungskultur, welche durch das kollektive Gedächtnis einer sozialen Gruppe geprägt ist, jederzeit kritisch in den Blick genommen werden. Man könnte auch sagen, erheben sich immer mehr Stimmen gegen ein bestimmtes Erinnerungsmoment, also empfinden sie es nicht mehr als angebracht, ist es an der Zeit, es kritisch zu hinterfragen. Aleida Assmann beschreibt diese Umgangsform mit dem Erinnern als *ethische Erinnerungskultur*, mit den Begrifflichkeiten von Knigge ausgedrückt, als ein kritischer Umgang mit der „eigenen“ Geschichte (vgl. Assmann 2020: 33).

3.2.4 Kanon und Stadtbild

Straßennamen erzählen also in gewisser Weise die Geschichte der Stadt, in der wir uns bewegen. Sie erfüllen darum auch eine identitätsstiftende Funktion, welche erinnerungspolitisch untersucht werden muss. Denn jedes politische System versucht sich in diese Gedächtnisorte einzuschreiben. Die Benennung von Verkehrsflächen wie Straßen, Plätze, Brücken, Gassen und so weiter trägt also mehr als nur einen informativen Gehalt. Genauso wie andere Straßenschilder, haben Straßennamen eine Orientierungsfunktion, aber in Form von personenbezogenen Straßenbezeichnungen auch einen symbolisch aufgeladenen Aspekt (vgl. Autengruber 2016: 860). Es zeigt sich also, dass Geschichte, Erinnerung und Raum interagieren. Die Frage ist nun, auf welche Art und Weise sich die Vergangenheit im urbanen Raum integriert, einschreibt und bemerkbar macht (vgl. Assmann Aleida 2016: 926–929).

Jan Assmanns Theorie des kollektiven Gedächtnisses (s. dazu Pkt. 3.2.1) könnte in diesem Zusammenhang einen Erklärungsansatz darstellen. Bezieht man die Theorie auf die Straßennamen-Thematik, so ist das Merkmal der „Identitätskonkretheit“ wohl das bedeutendste. Demnach bildet das kulturelle Wissen die Vergangenheit einer bestimmten sozialen Gruppe ab, wodurch sie sich von anderen abgrenzt (vgl. Assmann 1988: 13). Auch in vielen anderen kulturwissenschaftlichen Theorien ist das Hauptmerkmal einer Kultur bzw. Identität, dass sie sich von anderen abgrenzen lässt. Anders gesagt, erst durch die Unterscheidbarkeit von anderen findet sie Existenz. Es ist daher wenig verwunderlich, dass Straßen oder Plätze in Österreich nach Menschen benannt sind, welche für die österreichische Identität eine Rolle spielen. Auch in den Wiener Benennungsvorschriften für Straßennamen ist dieser Bezug zur regionalen Identität als Kriterium vermerkt (s. dazu Pkt. 3.1.3).

Des Weiteren führt Jan Assmann das Merkmal der „Rekonstruktivität“ an. Dieses meint, dass sich das kollektive Gedächtnis immer auf bereits Vergangenes bezieht. Dabei ist nie die Historie in ihrer Gesamtheit gemeint, sondern nur das, was in der Gegenwart von der Vergangenheit noch sichtbar ist. Ebenso, wie sich die Gesellschaft im Laufe der Zeit wandelt, tut es auch der Rückbezug auf die Vergangenheit. Das kollektive Gedächtnis – und damit die Erinnerungen an vergangene Ereignisse – steht also stets in Relation zur Gegenwart (vgl. Assmann 1988: 13). Ersichtlich wird das in Bezug auf die Benennung von Straßen dadurch, dass historische Persönlichkeiten durch ihre Ehrungen im heutigen Stadtbild immer noch präsent sind. Die Auswahl dieser Namen spiegelt einen gewissen Kanon wider. Mit einem Wertewandel in der Gesellschaft sollte dieser Kanon aktualisiert werden, wodurch der Bezug von der Vergangenheit zur Gegenwart hergestellt wird.

Diese Tatsache geht mit dem Merkmal der „Geformtheit“ einher. Denn, damit das kulturelle Gedächtnis reproduzierbar ist bzw. darauf zurückgegriffen werden kann, muss es in irgendeiner Art und Weise „haltbar“ gemacht werden. Meist konstituiert sich Geschichtliches durch Schriftliches, Bildliches oder Rituellles (vgl. Assmann 1988: 14). Im Falle von Straßenbezeichnungen passiert das durch Straßenschilder, welche die Stadt einerseits strukturieren, andererseits auf vergangene Momente oder historische Persönlichkeiten referieren.

Doch ohne eine gewisse „Organisiertheit“ – ein weiteres Merkmal in Jan Assmanns Theorie – würde sich das System der Straßenbenennungen nicht aufrechterhalten. Um das kulturelle Gedächtnis zu bewahren, ist also beispielsweise eine Institutionalisierung notwendig (vgl. Assmann 1988: 14). Das erfolgt bei Verkehrsflächenbenennungen durch das zuständige Magistrat

für Kultur der Stadt Wien. Daraus folgt, dass letztlich die Behörde dafür zuständig ist, die Namen auf ihre Angemessenheit bzw. Aktualität zu überprüfen.

Die Institutionalisierung setzt zudem voraus, dass eine Art „Verbindlichkeit“ des kollektiven Gedächtnisses besteht. Das heißt, der Rückbezug auf genormte Wert- und Moralverständnisse verlangt nach einer „Wertperspektive“ und einem „Relevanzgefälle“. Das kulturelle Gedächtnis wirkt durch den erzieherischen Charakter formend und durch die normative Komponente routinierend (vgl. Assmann 1988: 14 f.).

Im Zusammenhang mit der Benennung von öffentlichen Orten verweist das darauf, dass dieses „Ordnungssystem“, was Straßennamen in ihrer grundlegenden Funktion innehaben, grundsätzlich nicht hinterfragt wird. Es zeigt sich allerdings, dass Assmanns Merkmal der „Reflexivität“ eine wichtige Rolle zukommt. Denn das kulturelle Gedächtnis ist einerseits „praxis-reflexiv“, indem Traditionen, Redewendungen und Praktiken immer wieder reproduziert werden. Des Weiteren ist es selbst-reflexiv, weil es sich immer wieder auf sich selbst bezieht, im Sinne von Kritik, Neuauslegung und Kontrolle. Darüber hinaus wird im Regelfall das Selbstbild der Gemeinschaft immer wieder aufs Neue überdacht (vgl. Assmann 1988: 15). Hier wird also ersichtlich, dass trotz der routinierenden und normierenden Wirkung des kollektiven Gedächtnisses stets ein Prozess der Reflexion eintritt bzw. eintreten soll. Das heißt, Straßen werden nach schicksalhaften Persönlichkeiten benannt, im Laufe der Zeit ändert sich allerdings der Blick auf eben diese Menschen der Vergangenheit. Diese Tatsache spielt im Zusammenhang mit der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung der Verbrechen während des nationalsozialistischen Regimes in Österreich eine sehr wichtige Rolle, wie auch Aleida Assmann anmerkt. Diese Reflexivität zeigt sich in Umbenennungen von Straßennamen, welche im anschließenden Kapitel 3.3 genauer betrachtet werden.

In westlichen Gesellschaften, so Aleida Assmann (2020), wird die kollektive Vergangenheit durch verschiedene Institutionen wie Museen und Bibliotheken verwaltet und durch Bildungsinstitutionen oder künstlerische Auseinandersetzung vermittelt und aufbereitet. „Persönliches Erinnern und Vergessen sind deshalb immer schon in diese größeren Zusammenhänge kulturellen Erinnerns und Vergessens integriert“ (Assmann 2020: 25). Das bedeutet, dass die Erinnerung an die Vergangenheit zwar auch persönliche Souvenirs eines jeden Einzelnen beinhaltet, aber immer auch von einem Kollektiv entscheidend mitgeprägt wird. Es kommt also durch kollektive Entscheidungen zu einem kollektiven Erinnern (vgl. Assmann 2020: 25 ff.).

Daraus entwickelt sich in weiterer Folge ein Kanon. Eine Analyse der personenbezogenen Straßennamen in Wien erfolgte im Zuge eines Berichts einer Historiker:innen-Kommission (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013), die im Auftrag der Kulturabteilung der Stadt Wien die Straßennamen untersuchte. Die Auswertung der personenbezogenen Verkehrsflächen nach Berufsgruppenkategorien lässt einen bestimmten Benennungskanon erkennen (siehe dazu die nachfolgende Grafik).

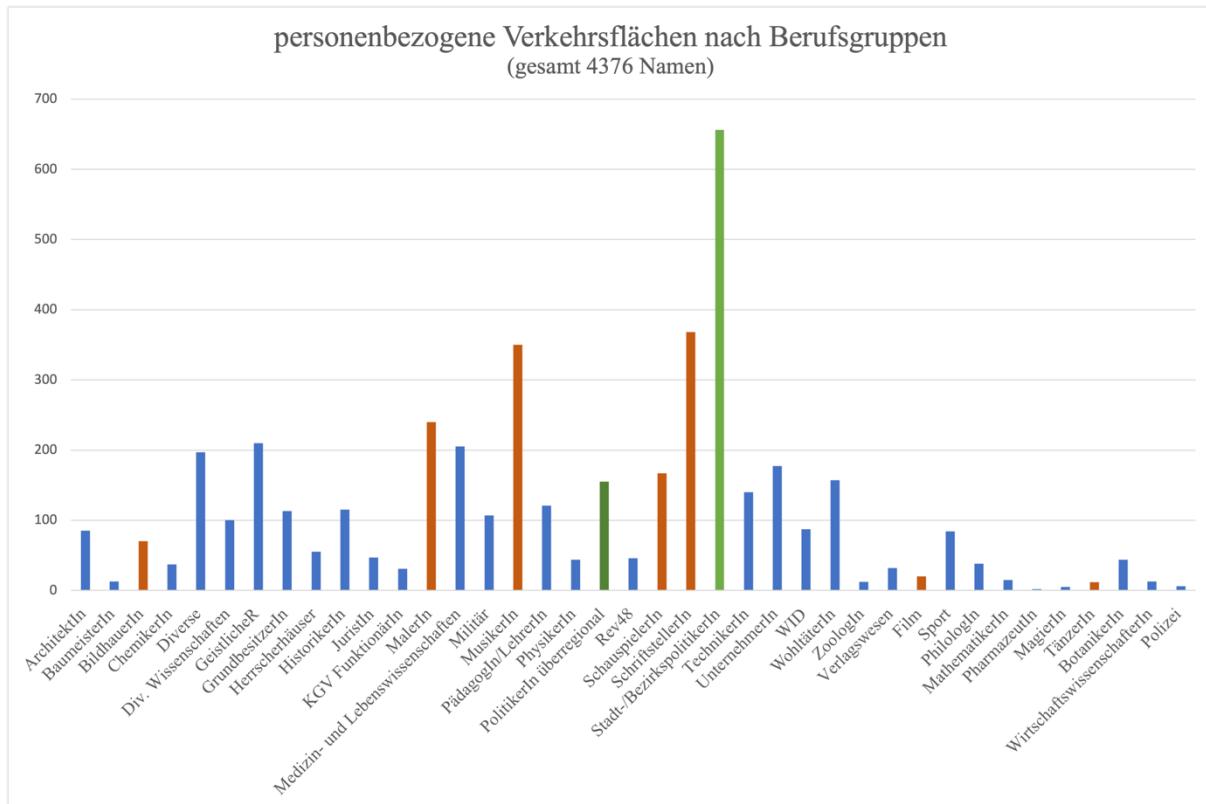


Abbildung 2: personenbezogene Verkehrsflächen nach Berufsgruppen, eigene Grafik.

Mit 656 Namen, die auf Stadt- oder Bezirkspolitiker fallen bzw. 155 Namen von überregionalen Politikern, ist diese Berufsgruppe am stärksten vertreten. Auffällig ist auch, dass die Gruppe der Künstler:innen einen hohen Anteil der Verkehrsflächenbenennungen einnehmen. So entfallen beispielsweise 368 Namen auf Schriftsteller:innen, 350 auf Musiker:innen, 240 auf Maler:innen und 167 auf Schauspieler:innen. Frauennamen sind vergleichsweise selten vertreten. Aus der Analyse geht allerdings hervor, dass vor allem in den Berufskategorien der Schauspieler:innen (31%), Filmschaffenden (20%) und Tänzer:innen (50%) sowie in der Kategorie „Herrsscherhäuser“ (36%) der Frauenanteil höher ausfällt (vgl. Tacha 2013: 23 f.).

Es zeigt sich also, dass die Kultur einer Gesellschaft maßgeblich zur Benennung von Verkehrsflächen beiträgt. Gleichzeitig stellen diese schriftlichen „Denkmäler“ einen wichtigen

Bestandteil des gemeinsamen kulturellen Gedächtnisses dar. Dieses unterliegt – wie vor allem in der Theorie von Aleida Assmann deutlich wird – dem gesellschaftlichen Wandel. Reflexionsprozesse über die eigene Vergangenheit lassen die Angemessenheit bzw. *Zeitgemäßheit* von personenbezogenen Straßennamen neu bewerten. Immer wieder kommt es daher auch zu Umbenennungen von Verkehrsflächen. Im Folgenden soll auf diesen Teil der Geschichte eingegangen werden.

3.3 Umbenennungen als Teil der Stadtgeschichte

Grundsätzlich kommt es heute nur in Ausnahmefällen zu Umbenennungen von Straßennamen. Grund dafür ist, dass der Bezirk die Kosten übernehmen muss bzw. Steuergeld dafür aufgewendet wird. Eine Umbenennung bringt auch großen Aufwand mit sich. So müssen neben dem Austauschen von Straßentafeln auch Dokumentenänderungen der Anrainer:innen vorgenommen werden (vgl. Autengruber 2013: 21). Zur genaueren Erläuterung von Namen oder bei historisch belasteten Straßennamen – wie sie im Katalog der Historiker:innen-Kommission aufscheinen – werden in Wien Zusatztafeln angebracht. Bisher wurden für 28 der kritischen Straßennamen Zusatztafeln erarbeitet (vgl. wien.gv.at, *Zusatztafeln für historisch belastete Straßennamen*).

Folgende Abbildung zeigt die von Brigit Nemec (2013) – Mitglied der Historiker:innen-Kommission – erfassten Umbenennungen von Wiener Straßennamen.

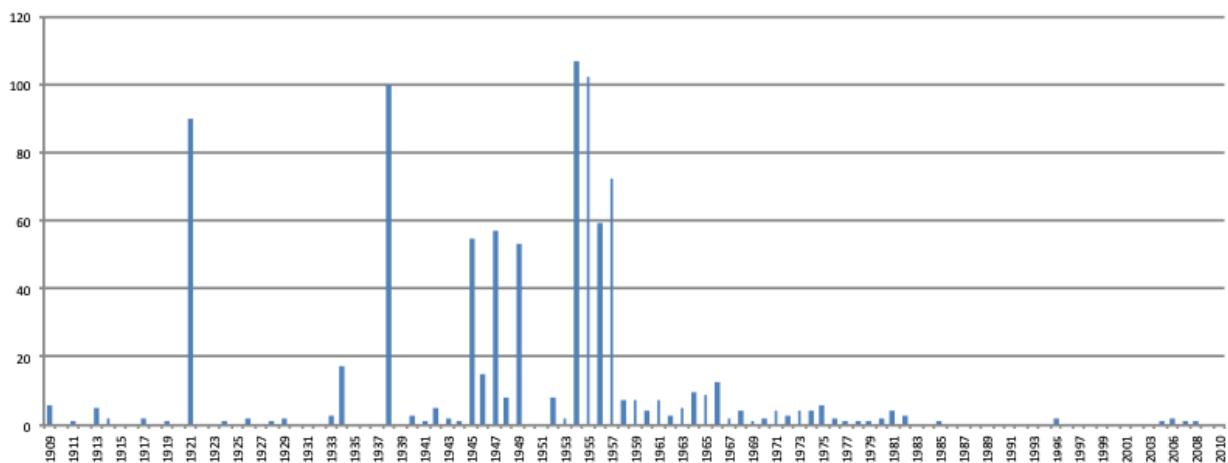


Abbildung 3: Anzahl der Umbenennungen, Rathkolb [u. a.] 2013: 30.

Erfasst wurden bisher 901 Fälle (Stand 2013) im Zeitraum von 1909 bis 2010. Deutlich erkennbar sind „Umbenennungsperioden“, das Jahr 1921 (nach Zerfall der Monarchie), 1934 bis 1938 (Zeit des Austrofaschismus und „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche

Reich), 1945 bis 1949 (Besetzungszeit) und die Jahre von 1954 bis 1957 (Beginn der Zweiten Republik). Umbenennungen betrafen hier vor allem personenbezogene Straßennamen. Die Be trachtung der Biografien dieser Persönlichkeiten lassen Rückschlüsse auf die politischen Werte und Paradigmen der jeweiligen Zeit zu. Festzustellen ist, dass Frauen unterrepräsentiert waren und immer noch sind (vgl. Nemec 2013: 27 f.).

Birgit Nemec, Historikerin, Kulturwissenschaftlerin und Mitarbeiterin am Historiker:innen-Bericht, untersuchte die Argumentationen zu den Umbenennungen von Verkehrsflächen qualitativ. Die Quellenlage ist vor allem bei privaten Korrespondenzen schlecht. Sie band Akten der Magistratsabteilungen, des städtischen Verwaltungsberichts, des Amtsblatts der Stadt Wien, der Wiener Rathaus-Korrespondenz und Medienberichte in ihre Analyse mit ein (vgl. Nemec 2013: 27).

Folgende Argumentationslinien betrafen die Umbenennungen in der Vergangenheit: Umbenennungen sollten zur „Beseitigung eines ideologisch nicht mehr tragbaren Erinnerungsinhaltes“ (Nemec 2013: 28) verhelfen und politische Instrumentalisierung vermeiden. Zu allen Zeiten nahmen politische Parteien kontroversielle Positionen dazu ein. Auch unterschiedlichste Organisationen beteiligten sich am Diskurs und wollten ihre Interessen vertreten wissen. Zudem kam es zum lukrativen „Verkauf“ von Verkehrsflächenbenennungen an Unternehmen. Lokale inhaltliche Einflüsse sowie Bezugnahmen auf andere Bundesländer oder Staaten flossen in die Benennungen ein. Des Weiteren kam es zur vermehrten Demokratisierung der Straßenbenennungspolitik, indem vermehrt Minderheiten oder Frauen bei der Benennung berücksichtigt wurden. Einen wichtiger Benennungsgrundsatz, unabhängig von inhaltlicher Bedeutung, stellt die Interkalarfrist (s. dazu Pkt. 3.1.3) dar (vgl. Nemec 2013: 28 f.). Vor allem in Zeiten politischer Umbrüche oder zerrütteter Gesellschaften wurden einige dieser eben angeführten Argumentationen ignoriert und Straßennamen-Umbenennungen häuften sich.

3.3.1 Umbenennungen in Zeiten von Diktatur und Besatzung

Die Jahre zwischen 1919 und 1921 waren von Straßenumbenennungen geprägt, die Namen des habsburgischen Herrscherhauses betrafen (vgl. Nemec 2013: 31). Auch zu Beginn des Austrofaschismus im Jahr 1934 wurden einige Straßen umbenannt, um keine Sozialdemokraten oder Persönlichkeiten der Ersten Republik zu ehren. Hierfür wurde eine eigene Kommission eingesetzt. Die Dokumentationslage für diese Zeit ist allerdings schlecht (vgl. Nemec 2013: 32). Mit dem „Anschluss“ Österreichs 1938 an das NS-Regime kam es zu einer Welle von Umbenennungen in Wien. Die Interkalarfrist wurde vor allem in Zeiten der Diktatur und der

Besetzungszeit nicht eingehalten, wodurch es zu sehr vielen Umbenennungen kam (vgl. Autengruber 2013: 18). Ideologisch geprägte Namen sollten führende Personen des Regimes ehren. So wurde beispielsweise der „Rathausplatz“ im Jahr 1938 in „Adolf-Hitler-Platz“ umbenannt. Hitler selbst sprach sich allerdings in einer Rede kritisch gegenüber diesen Ehrungen aus. Er wollte nur durch das NS-Regime neu errichtete Bauten und Verkehrsflächen mit „führenden Männern der Zeit“ verbinden. Es kam in Wien zu weiteren über hundert Umbenennungen in dieser Zeit (vgl. Nemeč 2013: 34). In der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945 bis 1949) wollte man die ideologisch geprägten Straßennamen des NS-Regimes aus dem Stadtbild entfernen. Auch in diesem Bereich der Alltagswelt versuchte man somit eine Neudefinition Österreichs. Es folgten Benennungen, die Österreich als Kulturnation etablieren sollten und Widerstandskämpfer:innen ehrten. Deutlich ist aber, dass die Nachkriegszeit vor allem durch die Besatzungsmächte geprägt war, was sich auch im Stadtbild niederschlug und infolgedessen eine Reihe von Umbenennungen mit sich brachte. Oberstes Ziel war die Entnazifizierung der Stadt, wobei Straßennamen vor allem von russischer Seite als Medium der Politik fungierten (vgl. Nemeč 2013: 37). Als „prominente“ Umbenennung aus der Besetzungszeit ist beispielsweise der Schwarzenbergplatz zu nennen. Dieser hieß von 1946 bis 1956 „Stalinplatz“. Auch das sowjetische Befreiungsdenkmal wurde 1946 auf diesem Platz errichtet (vgl. geschichtewiki.wien.gv.at, *Schwarzenbergplatz*). Die Reichsbrücke wurde während der Besetzungszeit in „Brücke der Roten Armee“ umbenannt. Umbenennungen aus der Besetzungszeit wurden im Jahr 1956 schließlich wieder rückgängig gemacht (vgl. Autengruber 2013: 18). Man entschied sich in weiterer Folge für weniger politisch aufgeladene Straßennamen und ehrte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur (vgl. Nemeč 2013: 42 f.).

Eine lange Umbenennungsgeschichte birgt auch der Platz vor der Votivkirche. Bevor der heutige „Rooseveltplatz“ 1946 nach dem US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt benannt wurde, machte er fünf Umbenennungen durch. Bis 1919 hieß der Platz nach Kaiser Maximilian „Maximilianplatz“, von 1919 bis 1934 „Freiheitsplatz“, in der Zeit des Austrofaschismus „Dollfußplatz“ (1934–1938), in der Zeit des Zweiten Weltkriegs (1938–1945) „Hermann-Göring-Platz“ und schließlich bis zur letzten Umbenennung im Jahr 1946 wieder „Freiheitsplatz“ (vgl. geschichtewiki.wien.gv.at, *Rooseveltplatz*).

Am Beispiel des „Rooseveltplatzes“ wird also erkenntlich, dass sich Geschichte auch in Straßennamen einschreibt. Je nach politischer Gesinnung und System erhielt der Platz einen entsprechenden Namen. Der gesellschaftliche und politische Wandel und damit einhergehend die

Veränderung der Wertvorstellungen zogen Umbenennungen des Platzes nach sich. Damit schreibt sich das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft in die Semiosphäre einer Stadt ein und Ehrungen begleiten als schriftliche Denkmäler den Alltag. Als geschichtspolitische Gegenstände lädt die Betrachtung von personenbezogenen Straßennamen stets zur kritischen Reflexion der Vergangenheit ein. Denn diese schriftlichen Ehrungen transportierten Vergangenheitspolitik in unseren Alltag (vgl. Autengruber/Nemec 2019: 379). Folgendes Schild, angebracht am Soziologischen Institut mit Sitz am Rooseveltplatz 2, erinnert heute an die Umbenennungs-Geschichte des Platzes.



Abbildung 4: Roosevelt Platz im Laufe der Zeit, eigene Aufnahme.

Stimmen Wertvorstellungen von damals mit dem heutigen Geschichtsverständnis nicht mehr überein, kommt es zu Reflexionsprozessen:

Varieren Bedeutung und Bewertung der als erinnerungswürdig befundenen Inhalte, kann es zu Umbenennungsforderungen kommen; der Gedächtnisspeicher der Stadt erfährt eine inhaltliche Veränderung (Nemec 2013: 25).

Bezieht man diesen Aspekt auf die Benennungen von Verkehrsflächen, so drückt sich dieser Wertewandel auch in der Umbenennung von Straßennamen aus.

3.3.2 Umbenennung im 21. Jahrhundert – „Dr.-Karl-Lueger-Ring“

In den letzten Jahrzehnten wurden nur mehr sehr wenige Umbenennungen von Straßennamen vorgenommen. Die wohl meist diskutierte und damit prominteste Umbenennung der letzten Jahre stellt der „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ dar. Die Benennung von sehr bedeutenden Plätzen und Straßen in Wien nach der Person Karl Lueger erregt darum schon lange Zeit die Gemüter.

Die Umbenennungs-Geschichte des Ringabschnitts, der ab dem Rathauspark bis zur Schotten-gasse verläuft, ist eine sehr entscheidende. Historiker Autengruber merkt allerdings an, dass darauf in den Umbenennungsdiskussionen weitgehend vergessen wurde. Ab dem Jahr 1919 hieß der Ringabschnitt zunächst „Ring des 12. November“ und sollte die Ausrufung der Ersten Republik symbolisch abbilden. Mit dem Austrofaschismus sollte die Erste Republik und sozialdemokratische Politik aus dem Gedächtnis gelöscht werden. Somit wurde ein Teil des Rings in „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ umbenannt. Als ab 1945 zahlreiche Straßenumbenennungen bzw. Rückbenennungen ideologisch behafteter Personenehrungen erfolgten, wurde dabei auf den „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ vergessen (vgl. Autengruber 2016: 860 f.).

So wurde der „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ erst im Jahr 2012 auf Grundlage eines Beschlusses des Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft nach langer Diskussion schließlich in „Universitätsring“ umbenannt (vgl. [wien.orf.at](#), *Dr.-Karl-Lueger-Ring wird umbenannt*). Von-seiten der Stadt Wien begründete man die Umbenennung damit, ein „Zeichen für ein differenziertes Lueger-Bild“ ([wien.orf.at](#), *Dr.-Karl-Lueger-Ring wird umbenannt*) setzen zu wollen. Seitens der Universität Wien befürwortete man die Umbenennung des Ringabschnitts schon länger, lag sie doch an der Adresse „Dr.-Karl-Lueger-Ring“. Auch prominente Persönlichkeiten aus dem Bereich der Wissenschaft und Kultur machten sich für die Umbenennung stark ([wien.orf.at](#), *Dr.-Karl-Lueger-Ring wird umbenannt*).

Gemischte Reaktionen gab es hingegen von politischen Akteur:innen. Die damalige Vizebürgermeisterin der Stadt, Maria Vassilakou (Grüne), wies in ihrer Begründung darauf hin, dass mit Orts- und Straßenbenennungen Menschen geehrt werden. im Fall des Ringabschnitts drückte die Straßenbezeichnung die Ehrung eines Menschen aus, „der einen wesentlichen Teil seines politischen Erfolgs auf seiner antisemitischen Propaganda gründete“ ([wien.orf.at](#), *Umbenennung Lueger-Ring: Gemischte Reaktionen*). Die ÖVP sah die rot-grüne Stadtregierung, die die Umbenennung im Kulturausschuss fixierte, als sich aufspielende „moralische Instanz“. Für die FPÖ stellte die Umbenennung einen Skandal dar, weil damit ein „herausragender Bürgermeister“ aus dem Stadtbild verdrängt werden würde ([wien.orf.at](#), *Umbenennung Lueger-Ring: Gemischte Reaktionen*)

Die Benennung von Straßen und Plätzen nach öffentlichkeitswirksamen Persönlichkeiten stellt eine Art schriftliches Denkmal dar. Als Teil des Stadtbilds repräsentieren sie aber teils unberichtet auch das Image einer Stadt und die Wertvorstellungen seiner Bürger:innen. Das zeigt sich auch an den Reaktionen über die Umbenennung dieses Ringabschnitts: „Umgekehrt zeigt

die Benennung eines Teils des Rings nach der Universität die Bedeutung, die die Universität für die Stadt hat“ (wien.orf.at, *Umbenennung Lueger-Ring: Gemischte Reaktionen*), so der damalige Rektor der Universität Wien, Heinz Engl.

Genauso wie Reflexionsprozesse über das kollektive Gedächtnis Teil des gesellschaftlichen Wandels sind, so sind es auch Diskussionen über die Umbenennungen, wie am Beispiel Lueger klar ersichtlich ist.

Während Straßennamen aber auf den ersten Blick lediglich eine Orientierungsfunktion erfüllen, ist das bei Denkmälern anders. Diese werden ausschließlich zu Ehren wichtiger Personen errichtet, sie gehören also nicht primär zur Verkehrs-Infrastruktur der Stadt. Darum gestaltet sich auch die Diskussion um problematische Denkmäler auf eine andere Art und Weise.

Deutlich zeigt sich das an der jahrelangen Diskussion um das Karl-Lueger-Denkmal am gleichnamigen Platz in der Wiener Innenstadt. Seit Jahren ist das überlebensgroße Denkmal, welches den einstigen Wiener Bürgermeister Lueger ehrt, umstritten. Das politische Selbstverständnis, mit welchem Lueger zu Beginn des 20. Jahrhunderts regierte, wird heute von vielen Seiten nicht mehr toleriert. Diese Auseinandersetzung zeigt sich sehr augenscheinlich durch die regelmäßige Beschmutzung der Statue. Anhand dieses Beispiels wird ersichtlich, dass die Auseinandersetzung mit plastischen Denkmälern emotionaler und von einer *bottom-up* Perspektive aus verläuft.

Sehr lange wurde über eine Umgestaltung des Lueger-Denkmales diskutiert. Im Oktober 2022 wurde eine temporäre Kunstinstallation rund um die Statue eröffnet. Die Künstler Nicole Six und Paul Petritsch wollen mit ihrer Installation „LuegerTemporär“ die Diskussion über den umstrittenen Bürgermeister erweitern (koer.or.at, *LuegerTemporär*).

So wurden alle in der Stadt auffindbaren Erinnerungen und Ehrungen an Lueger abgemessen und dokumentiert. Enthalten sind Büsten, Tafeln und vieles mehr. Die Installation gibt die Umrisse dieser Ehrungen in Originalgröße wieder und soll somit ein öffentlich zugängliches und augenscheinliches Archiv repräsentieren. „Es ist eine Art temporärer Erinnerungsspeicher, der uns vor Augen führt, wie sich Karl Lueger an vielen Orten ins Gedächtnis der Stadt Wien eingeschrieben hat“ (koer.or.at, *LuegerTemporär*). Diese Ausstellung der Ehrungen Luegers soll einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über die Thematik anregen. Die Darstellung rund um das Lueger-Denkmal soll dabei die „Basis der Meinungsbildung“ liefern. Die Frage: „Wie wollen und sollen wir heute als Gesellschaft mit unserem historisch belasteten Erbe umgehen?“ (koer.or.at, *LuegerTemporär*) soll dabei zentral sein.



Abbildung 5 „LuegerTemporär“ Kunstinstallation 2023.

Ende Mai 2023 wurde bekanntgegeben, dass eine dauerhafte Umgestaltung des Karl-Lueger-Denkmals am gleichnamigen Platz erfolgen wird. Ausgehend von einem Wettbewerb zur künstlerischen Umgestaltung des Platzes konnte sich der Entwurf von Künstler Klemens Wihlidal durchsetzen.

Zuvor diskutierte eine Jury unter der Leitung von „Kunst im Öffentlichen Raum“ eingereichte Ideen zur Umgestaltung. Im Kreis der Expert:innen befanden sich unter anderem Aleida Assmann, der Direktor des Jüdischen Museums Hohenems, Hanno Loewy und auch Vertreter:innen der Politik, darunter Bezirksvorsteher Markus Figl. Zehn Jahre nach dem Einreichen des Gestaltungsentwurfs von Wihlidal wird dieser nun umgesetzt. Er habe „nichts an Aktualität eingebüßt“ und werde „die öffentliche Debatte lebendig halten“ (Weiss 2023, *Karl-Lueger-Denkmal wird um 3,5 Grad nach rechts gekippt*), so die Begründung der Jury zur Entscheidung.

Die nachstehende Abbildung zeigt eine Fotomontage des künstlerischen Entwurfs, der bis 2024 umgesetzt werden soll (vgl. Weiss 2023, *Karl-Lueger-Denkmal wird um 3,5 Grad nach rechts gekippt*).



Abbildung 6: Montage des Entwurfs zur Umgestaltung.

Die Idee lautet, das Denkmal frontal betrachtet um 3,5 Grad nach rechts zu neigen. Ab diesem Grad des Kippunktes sei das menschliche Auge in der Lage, eine Irritation wahrzunehmen. Von Seiten des Denkmalamts ist eine Umgestaltung nun durchführbar. Diese wird sich auf 500.000 Euro belaufen (vgl. Weiss 2023, *Karl-Lueger-Denkmal wird um 3,5 Grad nach rechts gekippt*). Kritik an der Umgestaltung wurde von Seiten der Israelitische Kultusgemeinde und der Jüdischen Hochschüler:innen geäußert, die eine Entfernung des Denkmals fordern (vgl. Schrenk 2023, *Rechtsruck am Dr.-Karl-Lueger-Platz*).

Ob nach der Umbenennung des Ringabschnitts und der temporären Installation eines „öffentlichen Lueger-Archivs“ eine weitere Änderung der nach Karl Lueger benannten Verkehrsflächen folgt, bleibt weiterhin Stoff regelmäßiger geführter Debatten. Die Person Karl Lueger wird auch im empirischen Teil dieser Arbeit eine Rolle spielen. Im Kapitel 4.5.2 wird genauer auf die Person und ihr Nachwirken im Wiener Stadtbild und gesellschaftlichen sowie politischen Diskurs eingegangen.

Wie sich der mediale Diskurs hinsichtlich historisch belasteter Straßennamen in Wien gestaltet, soll im folgenden empirischen Teil dieser Masterarbeit genauer analysiert werden.

4 Empirischer Teil – Bedeutungswandel und sprachliche Denkmäler im Diskurs

Im ersten Kapitel dieser Arbeit lag der Fokus auf einer sehr theoretischen Perspektive hinsichtlich der untersuchten Thematik. Die Interaktion bzw. die Interdependenzen zwischen sozialem Raum, Gesellschaft und Sprache standen im Mittelpunkt. In einem zweiten Abschnitt wurde speziell auf die Stadt als repräsentativen Raum eingegangen. Im Zentrum der Betrachtung stand hierbei die Genese von Straßennamen im Allgemeinen und ihre Verbindung mit dem kollektiven Gedächtnis. Die zuvor erarbeitete, sehr theoretische Basis wurde auf die Straßennamen-Situation der Stadt Wien bezogen. In diesem dritten – empirischen – Teil der Arbeit sollen sehr konkret historisch belastete Wiener Straßennamen thematisiert werden. Basis hierfür bildet ein Bericht einer Historiker:innen-Kommission, die von der Stadt Wien mit einer Analyse beauftragt wurde. Mit Hilfe der linguistischen Diskursanalyse und der inhaltsanalytischen Auswertung (nach Kuckartz / Rädiker 2022) von ausgewählten Medienberichten soll in weiterer Folge der fokussierte Diskurs über die Umbenennung von Straßennamen analysiert werden. In einem ersten Abschnitt werden die Methoden näher erläutert, anschließend erfolgt die Analyse und in einem abschließenden Teil die Auswertung und Interpretation.

4.1 Forschungsdesign und Methode

Der empirische Teil dieser Arbeit gliedert sich in zwei Abschnitte bzw. Methoden. Es erfolgt zum einen eine Analyse der im Bericht der Historiker:innen-Kommission (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013) in Gruppe A zusammengefassten Straßennamen nach strukturell-namentheoretischen sowie sozioonomastischen Gesichtspunkten.

In der anschließenden qualitativen diskurslinguistischen Analyse (nach Spitzmüller / Warnke 2011 und Keller 2011) von ausgewählten einschlägigen, online verfügbaren Medienberichten werden die Umbenennungsdiskussionen historisch belasteter Straßennamen in Wien untersucht.

4.2 Analyse des Berichts der Historiker:innen-Kommission

In den letzten Jahren begann eine verstärkte Auseinandersetzung mit personenbezogenen Straßennamen in Wien. Eine erste intensive Debatte wurde, wie bereits erwähnt, um den „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ geführt und endete im Jahr 2012 schließlich in der Umbenennung dieses Ringabschnitts in „Universitätsring“. In ähnlicher Weise beschäftigte sich die Stadt Wien in weiterer Folge mit der Aufarbeitung weiterer Straßennamen und beauftragte 2011 eine Historiker:innen-

Kommission am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien unter der Leitung von Oliver Rathkolb mit einer entsprechenden Studie. Das Ziel war „die kritische Analyse und zeithistorische Kontextualisierung der Benennung von Verkehrsflächen und Parks im gesamten Stadtgebiet nach in- und ausländischen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (aus Politik, Kultur, Sport, Wirtschaft und Wissenschaft etc.) sowie nach historischen Ereignissen“ (Rathkolb [u. a.] 2013: 11). Der Fokus der Analyse lag auf der biografischen Aufarbeitung und Rekonstruktion von Wirkungsbereichen umstrittener Persönlichkeiten, die heute durch Straßennamen geehrt werden. Diese kritische Bewertung der Biografien konzentrierte sich überwiegend auf die zeithistorische Dimension. Fragen nach rassistischen, antisemitischen, faschistischen Handlungen oder Aussagen der entsprechenden Persönlichkeiten sollten untersucht werden. Eine besonders sorgfältige Analyse wurde dabei auf die NS-Zeit zwischen 1938 und 1945 gelegt, aber auch bereits im Vorfeld stattfindende Äußerungen, dem Nationalsozialismus oder Antisemitismus zuordenbar, wurden einer genauen Betrachtung unterzogen (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013: 11 f.).

Untersucht wurden nach einer Eingrenzung der 4.379 Namen (Stand 2013) schließlich rund 400 personenbezogene Ortsbezeichnungen und die dazugehörenden Biografien. Bei der genaueren Analyse wurden die kritischen Namen in drei Gruppen unterteilt: Diese umfassen „Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf [,] Fälle mit Diskussionsbedarf [und] Fälle mit demokratiepolitisch relevanten biographischen Lücken“ (wien.gv.at, *Historiker:innen-Bericht über Wiens Straßennamen*). Das Ergebnis des Forschungsberichts mit dem Titel „Straßennamen Wiens seit 1860 als *Politische Erinnerungsorte*“ ergab, dass 159 der untersuchten Straßennamen einen „erheblichen Änderungsbedarf“ aufweisen. Das ergibt einen Anteil von 3,6 Prozent aller personenbezogenen Namen von Straßen, Parks und Plätzen in Wien. Es zeigt sich des Weiteren, dass nur eine Frau in dieser Liste aufscheint (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013: 12 f.).

In vorliegender Masterarbeit wird eine Analyse der im Bericht der Historiker:innen-Kommision (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013) in Gruppe A zusammengefassten Straßennamen erfolgen. Fokussiert wird dabei vor allem auf strukturell-namentheoretisch sowie sozioonomastische Aspekte. Die Forschungsgruppe um Oliver Rathkolb definiert in ihrem Bericht die Gruppe A – „Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf“ – folgendermaßen: In diese Kategorie fallen Personen, die in ihrer Funktion Antisemitismus und Rassismus inkorporiert und kommuniziert haben und in weiterer Folge indirekt für Gewaltanwendung verantwortlich sind. Hinzu kommt eine nach 1918 aktiv antidemokratische Haltung und (indirekte) Unterstützung des NS-Regimes.

Dabei muss es sich nicht um eine klare politische Befürwortung der entsprechenden Ideologien, aber sehr wohl um eine derartige Haltung handeln, welche durch das Wirken der betreffenden Personen zum Ausdruck kommt. Etwas eindeutiger zeigt sich die Zuordnung zu dieser Gruppe A aufgrund der Nähe der Personen zu Vertretern des NS-Regimes bzw. durch das öffentlich politische Vertreten des NS-Gedankengutes (vgl. Rathkolb 2013: 14).

4.2.1 Analyse des Berichts

Die Forschungsgruppe kam zum Ziel, dass 28 Personennamen in die Gruppe A fallen. Es handelt sich bei den entsprechenden Personen um Geistliche, eine Person des Militärs, Musiker, einen Pädagogen, Politiker, Schriftsteller:innen, Sportler, Unternehmer und Wissenschaftler. Unter diesen Personen befindet sich lediglich eine Frau, Maria Grengg, die seit 1967 Namensgeberin für die Maria-Grengg-Gasse ist. Weiters zeigt sich, dass die als kritisch eingestuften Namen nahezu über das ganze Stadtgebiet Wiens verteilt sind, wobei sich nur fünf Orte innerhalb des Gürtels befinden. Die Auswertung via Google Maps zeigt, dass es sich überwiegend um „kleine“ Gassen bzw. Wege handelt. An prominentester Stelle befindet sich wohl der bereits mehrfach erwähnte „Dr.-Karl-Lueger-Platz“ im ersten Wiener Gemeindebezirk. Auch die „Engerthstraße“ im zweiten Bezirk ist eine der bedeutenderen Straßen in der Liste. Folgende Ansicht soll die Lage und Prominenz – im Sinne von Bedeutung und Lage der bezeichneten Orte – der als kritisch eingestuften Straßennamen veranschaulichen.

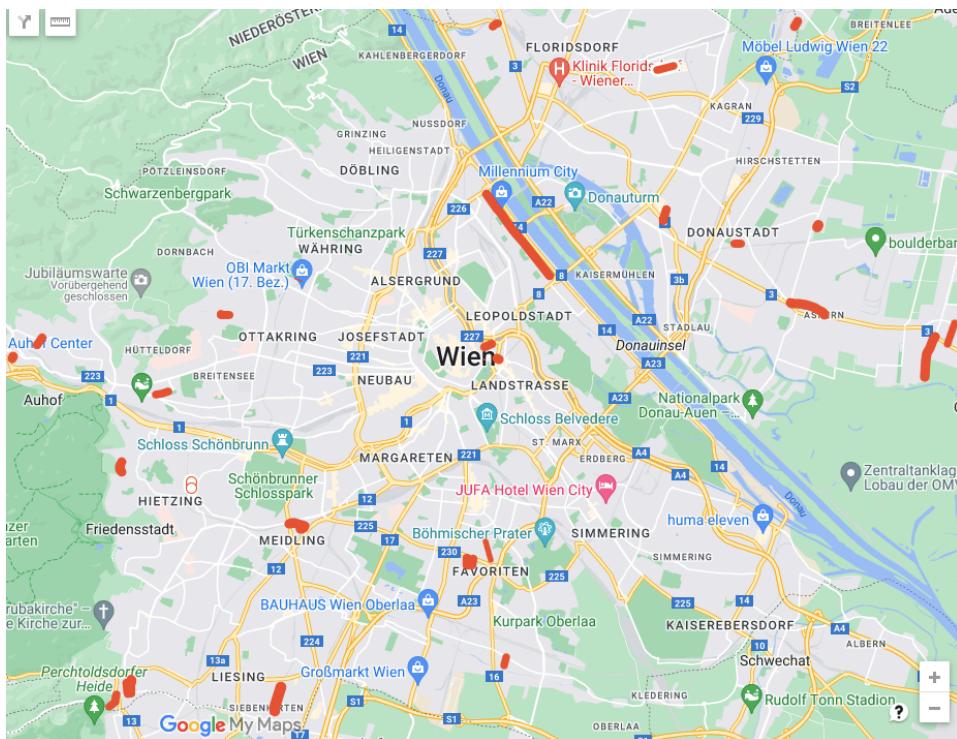


Abbildung 7: Kritische Straßennamen in Wien, Karte erstellt mit Google Maps.

Die früheste Benennung in der Liste der kritischen Namen erfolgte im Jahr 1869 nach Franz Ludwig Freiherr von Welden. Nach ihm wurde die „Weldengasse“ im 10. Wiener Gemeindebezirk benannt. Die jüngste personenbezogene Straßenbezeichnung der Gruppe A stellt der „Wilhelm-Neusser-Park“, benannt seit 2001 nach Wilhelm Neusser, dar. Diese Parkanlage wurde allerdings im Jahr 2018 nach Veröffentlichung des Historiker:innen-Berichts und mit dem Beschluss des Gemeinderatsausschuss umbenannt und heißt heute „Wanda-Lanzer-Park“ nach Wanda Lanzer (vgl. geschichtewiki, *Wilhelm-Neusser-Park*). Ebenfalls im Jahr 2018 wurde der Richard-Kuhn-Weg in „Stadt-des-Kindes-Weg“ umbenannt (vgl. geschichtewiki, *Richard-Kuhn-Weg*).

4.2.2 Politische Verantwortung – Aufklären und Erinnern

Als Reaktion auf den Bericht der Historiker:innen-Kommission im Jahr 2013 wurden bereits zwei Straßen mit Namen der Gruppe A mit Beschluss des Gemeinderates 2018 umbenannt. Auch im Online-Lexikon der Stadt Wien (geschichtewiki.wien.gv.at) wurden die als kritisch eingestuften Ortsbezeichnungen als solche vermerkt. Die Anbringung von Informationstafeln an kritischen Straßennamen wurde ebenfalls von der Stadt Wien teilweise bereits vorgenommen (vgl. wien.gv.at, *HistorikerInnen-Bericht über Wiens Straßennamen*). In der nachfolgenden Abbildung ist die Zusatztafel, die das Straßenschild des „Dr.-Karl-Lueger-Platz“ ergänzt, ersichtlich. Hingewiesen wird auf sein Schaffen, wobei die kritische Einordnung seiner Person und Wirkungsweise betont wird.



Abbildung 8: Zusatztafeln kritische Straßennamen.

Neben diesen kritischen Ergänzungen, wird zudem die Liste der problematischen Straßennamen in Wien seit der Präsentation des Historiker:innen-Berichts im Jahr 2013 laufend erweitert. So wurden bis 2021 weitere zwanzig Namen ergänzt. Grund dafür ist, dass in einer weiteren Betrachtung der Wiener Straßennamen beispielsweise auch die Zeit des Kolonialismus kritisch beleuchtet wird (vgl. die Presse 2021, *Weitere Wiener Straßennamen als kritisch eingestuft*). Diese wichtige Offenheit in der Forschung wird auch von der Historiker:innen-Kommission in ihrem Bericht 2013 betont. So verlange es die Forschungsthematik, dass die historischen Hintergründe von personenbezogenen Straßenbezeichnungen immer wieder hinterfragt und durch die Wissenschaft beleuchtet werden. Mit folgender Aussage begründen die Wissenschaftler:innen ihre Rolle in der Diskussion bezüglich der kritischen Beleuchtung von Straßennamen:

Unsere Funktion sehen wir als WissenschaftlerInnen mangels demokratischer Legitimation nicht darin, konkrete politische Entscheidungen zu fällen, sondern vielmehr darin, durch eine kommentierte Datenbasis einen strukturierten Entscheidungsprozess zu ermöglichen, wobei unser Bericht nur einen ersten Impuls leisten kann und soll (Rathkolb [u. a.] 2013: 13).

Die Forschenden merken also an, dass durch die Wissenschaft eine fundierte Grundlage für den politischen und in weiterer Folge für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs geschaffen werden soll und kann. Daraus erschließt sich, dass die kritische Auseinandersetzung mit Österreichs Vergangenheit ein laufender Prozess ist, welcher zu keinem Zeitpunkt abgeschlossen sein wird. Grund dafür ist der soziale und gesellschaftliche Wandel und damit einhergehend der Wandel in Moral- und Wertvorstellungen, der eine ständige Neubewertung historischer Aspekte bedingt, so auch die Betrachtung von personenbezogenen Straßennamen. Infolgedessen muss immer dann, wenn (Namen für) Denkmäler der Vergangenheit nicht mehr mit dem gegenwärtigen Selbstverständnis einer Gesellschaft einhergehen, eine kritische Auseinandersetzung stattfinden. Aleida Assmann formuliert dieses Verständnis folgendermaßen: „Silence meant not only toleration of what the monument stands for but indeed also its approval and complicit continuation“ (Assmann Aleida 2016: 935 f.).

Die Diskussion bezüglich historisch belasteter Straßennamen findet allerdings nicht nur auf einer politischen oder wissenschaftlichen Ebene statt. Diese Tatsache zeigt sich am gesamtgesellschaftlichen Interesse hinsichtlich der Thematik, welches sich vor allem auch im medialen Diskurs äußert und von unterschiedlichsten Akteur:innen artikuliert wird. Im Folgenden empirischen Teil dieser Masterarbeit wird darum auf Basis einer linguistische Diskursanalyse die mediale Präsenz der untersuchten Thematik in ausgewählten Medien analysiert.

4.3 Linguistische Diskursanalyse

Die sprachwissenschaftliche Diskursanalyse ist eine eher junge Disziplin innerhalb der Linguistik, konnte sich aber in den letzten Jahren immer mehr behaupten. Somit ist der Diskurs als sprachwissenschaftlicher Gegenstand Teil vieler Forschungen. Es sind vor allem drei Aspekte, welche die linguistische Diskursanalyse für die Forschung attraktiv machen: Durch die Analyse von Diskursen kann sehr nahe an aktuellen, gesellschaftspolitischen Fragestellungen angeknüpft werden, erkenntnistheoretische Fragen werden damit aufgegriffen und sie sind „wissenschaftspolitisch lukrativ“ (Spitzmüller/ Warnke 2011: 1).

4.3.1 Methodik (Spitzmüller / Warnke und Keller)

Aus dieser kurzen Einleitung wird bereits ersichtlich, dass Diskursanalysen nicht rein linguistisch erschließbar sind, sondern vielmehr eine interdisziplinäre Forschungsperspektive beanspruchen. Denn, so die Linguisten Spitzmüller und Warnke (2011), „Interdisziplinarität [der Diskursanalyse bedeutet] Zusammenarbeit, Austausch und Arbeitsteilung“ (Spitzmüller/ Warnke 2011: 4) innerhalb eines Verbundes von Disziplinen. Damit soll das Vorhaben, „menschliche Erkenntnis und Erkenntnisfähigkeit, und das Verhältnis von Sprache, Gesellschaft und ‚Wirklichkeit‘ grundlegend neu zu denken“ (Spitzmüller/ Warnke 2011: 1 [Hervorhebung im Original]), erreicht werden. Mit diesem interdisziplinären Ansatz entwickelt sich die Diskursanalyse zu einer poststrukturalistischen Theorie, sie bleibt also nicht in ihrer linguistischen Dimension begrenzt, sondern wird im Sinne der Erkenntnisgewinnung offengehalten. Dabei soll aber die sprachwissenschaftliche Komponente keinesfalls aus dem Fokus geraten. Vielmehr soll die Disziplinenvielfalt Möglichkeiten des Weiterdenkens bieten, die Sprachwissenschaft muss sich dabei aber behaupten. Dieser poststrukturalistische Ansatz geht auf Michel Foucault zurück. In dieser Masterarbeit soll vor diesem Hintergrund die Diskursanalyse nach Spitzmüller und Warnke angewandt werden. Die beiden Linguisten nehmen zentrale Merkmale von Foucaults Theorie in ihre Konzepte auf, erweitern diese aber. Klar ist, dass die Methode der linguistischen Diskursanalyse durch die Charakteristik der Entgrenzung eine gewisse Offenheit bietet, gleichzeitig aber immer noch die Sprachwissenschaft als Disziplin im Zentrum steht, mit anderen Wissenschaften aber ein Austausch möglich bleiben soll (vgl. Spitzmüller/ Warnke 2011: 1–5).

Ausgehend von dieser theoretischen Reflexion zur linguistischen Diskursanalyse nach Spitzmüller und Warnke (2011) soll in weiterer Folge noch kurz auf die für den empirischen Teil dieser Masterarbeit relevanten Fragestellungen eingegangen werden. Der Soziologe Reiner

Keller (2011) liefert hier einen sozialwissenschaftlichen Ansatz zur Diskursanalyse, welcher die linguistische Perspektive von Spitzmüller und Warnke ergänzen soll. Im Zentrum von Kellers Theorie stehen die verschiedensten Akteur:innen, die den gesellschaftlichen Diskurs prägen. In diesem Diskurs werden gesellschaftliches Wissen und Machtstrukturen verarbeitet, welches mittels Diskursanalyse analysiert werden soll (vgl. Keller 2011: 116 ff.).

Diese per se soziolinguistischen Ergänzungen zum Forschungsinteresse der Diskursanalyse bringen uns der Frage näher, wie Diskurs überhaupt definiert werden kann. Im Folgenden wird diese Fragestellung näher beleuchtet.

4.3.2 Was ist „Diskurs“?

Nach dieser Disziplinen-Verortung der vorliegend angewandten Methode muss in weiterer Folge das Konzept „Diskurs“ genauer diskutiert bzw. definiert werden. Je nach fachlicher Fokussierung wird Diskurs anders aufgefasst. Selbst innerhalb der Linguistik gibt es verschiedene Interpretationen. So wird bildungssprachlich darunter ein Synonym für *Diskussion* oder *Gespräch* verstanden. Die „kommunikative Ethik“ nach Jürgen Habermas drückt mit dem Diskurs einen herrschaftsfreien, gleichberechtigten und „konsensorientierten Meinungsaustausch“ aus (vgl. Spitzmüller/ Warnke 2011: 7). Ausgehend von der angloamerikanischen Forschung im Bereich der *discourse analysis* entstand eine andere Auffassung von *Diskurs*. Dieser meint hier eine „größere Äußerungseinheit“, die vor allem auch durch Interaktivität gestaltet ist. Die Untersuchung der Herausbildung von Diskursmustern ist gemäß dieser Auffassung die zentrale Forschungsaufgabe. Diese Variante der linguistischen Diskursanalyse steht der Diskurslinguistik nach Michel Foucault sehr nahe. Betont wird im Rahmen Letzterer im Sinne des französischen Historikers und Philosophen allerdings das System, welches „hinter“ dem mündlichen oder schriftlichen Diskurs steht. Das gemeinsame Wissen einer Gesellschaft oder sozialen Gruppe wirkt sich leitend auf das Denken und Handeln ihrer Mitglieder aus und schafft somit ein kollektives Formationssystem, das den Diskurs entscheidend prägt. Der Diskurs wird also maßgeblich durch Kultur und Kollektive geprägt und geleitet (vgl. Spitzmüller/ Warnke 2011: 5 ff.).

Es wird also ersichtlich, dass auch für das Konzept des Diskurses keine allgemeingültige Definition gefunden werden kann. Selbst innerhalb der Linguistik lassen sich unterschiedliche Auffassungen unterscheiden. In vorliegender Arbeit soll der Vielfalt des Diskurses (und seiner Konzipierungen) durch eine Betrachtung aus unterschiedlichsten Perspektiven entsprochen werden – das legt auch die Thematik der Arbeit nahe. Zentral ist – und das ist im theoretischen

Teil bereits ersichtlich geworden – der Einfluss von Kultur und kollektivem Verständnis bzw. von entsprechenden Prägungen *auf* den Diskurs. Bis zu einem gewissen Grad wird also die Diskurs-Auffassung nach Foucault eine Rolle spielen. Zum anderen soll auch der Diskurs „an sich“ – also im Sinne von *Debatte* bzw. *Meinungsaustausch* – analysiert werden. Zentrale Fragen werden also sein, welche Akteur:innen die Debatte um die umstrittenen Straßennamen in Wien führen, wie diskutiert wird und welche Machtstrukturen sich dabei herauslesen lassen.

4.3.3 Überblick: medialer Diskurs und Korpus

Das Korpus für die Diskursanalyse wurde im Laufe des Verfassens des theoretischen Teils dieser Arbeit erstellt. Immer wieder wurde die Nachrichtenlage überprüft und erfolgte eine laufende Ergänzung der Texte. Als deren Veröffentlichungs-Zeitraum stand sehr schnell die Zeit zwischen 2012 und Anfang 2023 fest. Die Begründung für diesen Zeitraum ist die Umbenennungsdiskussion um den „Dr.-Karl-Lueger-Ring“. Dieser wurde nach langen Debatten 2012 umbenannt. Damit wurde die Diskussion um die Umbenennung historisch belasteter Straßennamen in Wien gestartet. Die Stadt Wien beauftragte zu dieser Zeit auch die besagte Historiker:innen-Kommission zur Erstellung eines Straßennamenberichts (s. Kapitel 4.2). Seither erscheinen eigenen Recherchen zur Folge regelmäßig Medienberichte zur Thematik.

Für die Recherche wurde die Online-Datenbank „APA Online Manager“ der Austria Presse Agentur verwendet (s. Abbildungen). Mithilfe eines adäquaten Suchstrings sollte die Suche durchgeführt, gleichzeitig aber auch eingeschränkt werden. Um einen Überblick über Texte in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen zur Thematik zu bekommen, wurde zunächst der Zeitraum von Anfang 2010 bis 7. Juni 2023 festgelegt. Der Zeitraum ab dem Jahr 2010 wurde gewählt, um die Annahme, dass der Umbenennungsdiskurs tatsächlich ab dem Jahr 2012 zunahm, zu überprüfen. Tatsächlich wird sich zeigen, dass ab dem Jahr 2012 ein Anstieg der Berichte erfolgen wird (s. Abbildung 10). Als Quellen wurden zehn Medien ausgewählt. Es handelt sich überwiegend um sogenannte „Qualitätszeitungen“, die bundesweit oder in einzelnen Bundesländern erscheinen. Zudem wurde die als „Boulevardzeitung“ geltende Kronen Zeitung miteinbezogen, da sie mit rund 30 Prozent die höchste Reichweite in Österreich hat (vgl. Statistik Austria 2023, *Bücher und Presse*). Demnach ergaben sich folgende Sucheinstellungen:

| Quellen | |
|--|--|
| Suchbegriff: (Umbenennung* OR umbenennen OR umbenannt) AND (Straßennamen* OR Straßen* OR Ring*) AND (Wien* OR Ring*) NOT (Linz* OR Graz* OR Salzburg* OR Ukraine* OR Kiew* OR Dollfuß* OR Lauda*) | |
| Quellen: | Der Standard, Die Presse, Kleine Zeitung, Kronen Zeitung, Kurier, OÖ Nachrichten, Salzburger Nachrichten, Tiroler Tageszeitung, Vorarlberger Nachrichten, Wiener Zeitung |
| Ressortauswahl: | Keine Ressort einschränkung |

Abbildung 9: Sucheinstellungen, AOM.

Diese Suche wurde durchgeführt, um einen groben Überblick zur Thematik der Umbenennung von Straßennamen in Wien zu bekommen. Obwohl in dieser Arbeit qualitative Methoden – genauer gesagt, die qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz / Rädiker (2022) durchgeführt wird – sollen die folgenden Abbildungen aufzeigen, dass die Thematik auch quantifiziert dargestellt werden kann. Die Suche ergab schließlich 770 Treffer. Hinsichtlich der zeitlichen Verteilung ergibt sich folgendes Bild:

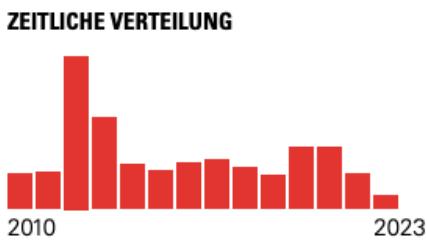


Abbildung 10: Zeitliche Verteilung, AOM.

Erkennbar ist, dass es einen deutlichen Anstieg der Zahl einschlägiger Texte in den Medien seit dem Jahr 2012 gibt. Wie bereits erwähnt, wurde zu dieser Zeit der „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ umbenannt. Die Thematik blieb anschließend im medialen Diskurs präsent. Einen erneuten Anstieg an Berichten gab es ab dem Jahr 2019 (vgl. Abbildung 10, *Zeitliche Verteilung*, AOM).

Die Verteilung von Texten auf die ausgewählten Medien zeigt sich folgendermaßen:



Abbildung 11: Quellen, AOM.

Zu sehen ist, dass im Kurier, in der Presse und der Wiener Zeitung annähernd gleich viele (rund 150–160) Artikel zur Thematik erschienen sind. Im Standard wird die Thematik mit 110 Artikeln ebenfalls stark behandelt. Die Kronen Zeitung ist als bundesweite Tageszeitung mit 88 Meldungen weniger stark vertreten. Die restlichen Tageszeitungen erscheinen nur regional und zeigen daher wohl eine weniger starke Präsenz hinsichtlich der untersuchten Thematik, ist diese doch auf Wien bezogen (vgl. Abbildung 11, *Quellen*, AOM).

Interessant gestaltet sich die Bildung der Themengruppen gemäß der Anwendung des oben angeführten Suchtstrings. Die Thematik der Benennungen nach „Karl Lueger“ sind wie erwartet sehr präsent im medialen Diskurs. Auch der Straßennamen-Bericht im Auftrag der Stadt Wien findet reges Interesse.

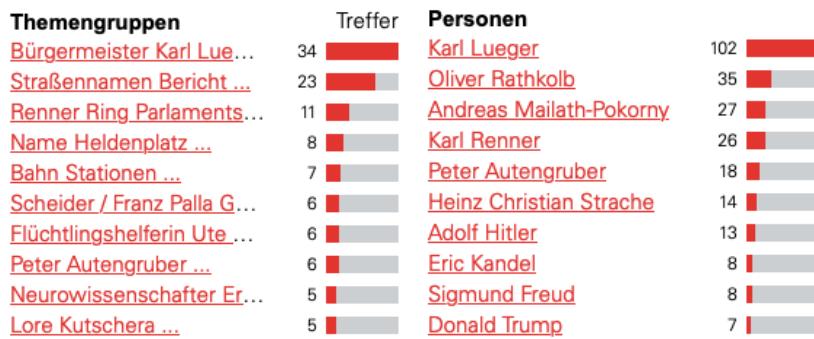


Abbildung 12: Themengruppen, AOM.

Abbildung 13: Personen, AOM.

Die Auswertung nach Personen zeigt, dass Karl Lueger mit über hundert Erwähnungen am stärksten präsent ist. Der Historiker Oliver Rathkolb – Leiter der Historiker:innen-Kommission – folgt mit 35 Nennungen. Auch sein Kollege Peter Autengruber wird regelmäßig erwähnt. Im Zusammenhang mit historisch belasteten Namen in Wien ist zudem auch Karl Renner zu nennen (vgl. Abbildung 12, *Themengruppen*, AOM; vgl. Abbildung 13, *Personen*, AOM).

Das der vorliegenden Analyse zugrunde gelegte Korpus wurde auf Basis dieser ausführlichen Recherche in der erwähnten Online-Datenbank anschließend mittels Google-Medien-Suche erstellt. Eine große Anzahl an Zeitungsartikeln mit Bezug zur entsprechenden Thematik wurde gesichtet und schließlich eine mit Blick auf die qualitative Inhaltsanalyse zielführende Auswahl für das Korpus getroffen. Diese Auswahl der Medienberichte für die Diskursanalyse wurde auch unter Einbeziehung von Online-Formaten der entsprechenden Tageszeitungen vorgenommen. Zusätzlich wurden orf.at als sehr hoch frequentierte Online-Quelle und die Wochenzeitung „Falter“ als relevantes Medium insbesondere in Wien berücksichtigt. Die endgültige Auswahl ergab schließlich eine Anzahl von zehn Zeitungsberichten. Die Auswahl verteilt sich auf die Medien Vorarlberger Nachrichten (1), Falter (1), Kurier (2), Standard (3), orf.at (2) und Wiener Zeitung (1). Der Erscheinungs-Zeitraum dieser Texte erstreckt sich von 2013 bis 2023 und damit über zehn Jahre.

Die Auswertung des gesichteten Korpus bzw. die entsprechende Diskursanalyse wird im folgenden Abschnitt thematisiert respektive dokumentiert.

4.4 Inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse

Nachdem in einem ersten Schritt des empirischen Verfahrens ein Korpus erstellt wurde, erfolgte anschließend die Auswertung des Materials. In dieser Masterarbeit wurde auf die Auswertungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz / Rädiker (2022) zurückgegriffen. Es handelt sich um eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse, die auf Basis eines *a-priori*-Kategorien-Systems, anschließender Codierung des Materials und möglicher Bildung induktiver Kategorien und abschließender Auswertung mittels Computer-Programms MAXQDA erfolgte (vgl. Kuckartz / Rädiker 2022). Der genaue Ablauf wird im folgenden Abschnitt erläutert.

4.4.1 Bildung des deduktiven Kategorien-Systems und entsprechende Codierung

Die in der Einleitung dieser Masterarbeit angeführten Forschungsfragen bilden den Ausgangspunkt für die Bildung des Kategorie-Systems, welches wiederum die Basis für die qualitative Inhaltsanalyse sein wird. Hierbei ist zu beachten, dass es deduktive und induktive Verfahren gibt. In dieser Arbeit wird mit der Bildung von sogenannten (deduktiven) *a-priori*-Kategorien gestartet. Das heißt, ausgehend von den Forschungsfragen, dem Theorie-Teil dieser Arbeit und dem zusammengetragenen Material, werden Hauptkategorien gebildet. Es handelt sich insofern um ein deduktives Verfahren, als ermöglicht wird, ausgehend von der Theorie hin zur Praxis zu arbeiten (vgl. Kuckartz / Rädiker 2022: 71 ff.). Alles, was inhaltlich zur Thematik zusammengetragen wurde, fließt in die Bildung dieser Kategorien ein und sorgt für die inhaltliche Ausrichtung der Kategorien gemäß den Forschungsfragen. Damit ergeben sich Hauptkategorien auf Basis der Forschungsfragen (s. Kapitel 1.2). Das Textkorpus (s. Kapitel 4.3.3) wurde anschließend mit Hilfe des Computer-Programms MAXQDA auf Basis dieser festgelegten Kategorien codiert.

Einen zentralen Part nehmen die in den Medienberichten angesprochenen Umbenennungen ein. Entsprechende Textpassagen wurden in die Kategorie „Thema Umbenennung“ eingeordnet. Welche Straßenbezeichnungen werden in den ausgewählten Medienberichten im Zusammenhang mit Umbenennungen erwähnt und gibt es Namen, die in mehreren Artikeln fallen? Folgendes Zitat wurde beispielsweise der Kategorie „Thema Umbenennungen“ zugeordnet: „Auch die Abraham-a-Sancta-Clara-Straße in Wien-Penzing findet sich auf der Problemliste, sie wurde nach einem judenfeindlichen Geistlichen aus dem 17. Jahrhundert benannt.“ (Narodoslawsky, Falter 2013). Zum einen wird hier der Name der Straße genannt. Zum anderen erfolgt auch sogleich die Begründung, warum dies problematisch sei.

Durch die Kategorie „Erinnerungskultur“ soll der Frage nachgegangen werden, auf welche Art und Weise sich Namen in die Geschichte und Erinnerungskultur einer Gesellschaft einschreiben können und welches Image dadurch heute vermittelt wird. Wie bereits im Kapitel 3.2 sehr ausführlich erläutert wurde, transportieren Ehrungen, die beispielsweise durch Straßenbezeichnungen oder Denkmäler im Stadtbild eingeschrieben sind, eine bestimmte Form der Erinnerung. Sie lassen die Person, welcher die Verkehrsfläche gewidmet ist, und ihr Lebenswerk nicht vergessen. Handelt es sich dabei um eine aus heutiger Sicht als problematisch einzustufende Persönlichkeit, so müssen Reflexionsprozesse einsetzen. Diese schreiben sich sehr häufig in den medialen Diskurs ein und sollen durch die vorliegende Diskursanalyse herausgearbeitet werden. Momente der Erinnerungskultur in Medienberichten wurden demnach entsprechend codiert. Folgendes Beispiel aus der Tageszeitung Der Standard findet sich in der Auswahl wieder:

„Die Entscheidung, wer mit einem Straßennamen oder Denkmal geehrt werden und wem diese Ehre entzogen werden soll, ist immer das Ergebnis eines oft mühsamen gesellschaftlichen Ausverhandlungsprozesses“, betont Heidemarie Uhl, Expertin für Gedächtniskultur und Geschichtspolitik der Akademie der Wissenschaften. „Ein Denkmal kann nie für die gesamte Gesellschaft sprechen.“ Zudem müsse man in diesem Feld auch Ambivalenzen aushalten, denn „die Geschichte ist meistens nicht schwarz oder weiß“ (Giesser, der Standard 2020: 24).

Diese Kategorisierung hängt in weiterer Folge mit der Frage zusammen, welche Akteur:innen und damit Sprecherpositionen und Interessen im Zusammenhang mit der Umbenennung von historisch belasteten Straßennamen eine Rolle spielen. Im Fokus der vorliegenden Diskursanalyse stehen unweigerlich die verschiedensten „Akteur:innen“, die den Diskurs um die Umbenennung von Straßennamen in Wien prägen. Es kann sich dabei um Personen aus der Politik, dem Kultur-Bereich oder um Expert:innen handeln, die in Medienberichten zu Wort kommen. Der Kategorie „Interessen / Akteure / Sprecherpositionen“ wurde beispielsweise folgendes Zitat, erschienen auf orf.at am 09. November 2021, zugeordnet:

Am Dienstag haben jüdische Aktivistinnen und Aktivisten in Wien 23 nach Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten sowie Antisemiten benannte Straßenschilder mit Namen von Menschen im Widerstand überklebt – sie fordern eine Umbenennung (orf.at 2021)

Nachdem das Datenmaterial auf Basis der oben angeführten Kategorien codiert wurde, erfolgte in einem weiteren Schritt eine induktive Subkategorisierung.

4.4.2 Induktive Subkategorien

Subkategorien, die sich im Laufe der Codierung oder nach nochmaliger Sichtung der Hauptkategorien ergaben, wurden hinzugefügt. Es wurde demnach die Entscheidung getroffen, dass auch induktive Verfahren für die Auswertung des Materials herangezogen werden. Darum wurde im Anschluss an die erste Codier-Runde mittels deduktiver (a-priori-)Kategorien ein induktiver Prozess angeschlossen. Induktive Kategorien werden aus dem Material heraus erstellt. Das heißt, erst nach Sichtung des Textkorpus und aus einer offenen Forschungshaltung heraus werden für die Thematik relevante Kategorien gebildet und in die Analyse miteinbezogen. In der induktiven Praxis erschließen sich also aus dem Material heraus neue Erkenntnisse, die zur Theoriebildung beitragen können (vgl. Kuckartz / Rädiker 2022: 82 ff.). Kurzum, neue Aspekte können erschlossen werden, die durch den theoretischen Teil dieser Arbeit noch nicht abgedeckt worden sind. Im Zuge dieser nochmaligen Feinkategorisierung wurde das Kategoriengestü induktiv ausdifferenziert. So wurden zunächst die Textstellen nach Hauptkategorien aufgelistet. Anschließend wurden sie nach einer genauen Sichtung in Subkategorien gegliedert.

Für die Kategorie „Thema Umbenennung“ ergaben sich auf diese Weise neue, induktive Kategorien. Hier wurde ausdifferenziert zwischen Textstellen, die „Lueger“ thematisieren, andere „Straßennamen in Wien“ nennen und zentrale „Umbenennungen“ wie beispielsweise die des Dr.-Karl-Lueger-Rings aufzählen. Des Weiteren wurden „Umbenennungspraktiken“ im Allgemeinen dieser Kategorie hinzugefügt.

Die Hauptkategorie „Erinnerungskultur“ wurde zunächst um die Nennungen zu „Lueger“ bereinigt und diese der eben präzisierten Kategorie „Thema Umbenennung“ untergeordnet. Thematisch sollte die Hauptkategorie „Erinnerungskultur“ einen Überblick über Elemente der Erinnerungskultur im Wiener Straßenbild abbilden. Eine Subkategorie umfasst deshalb Straßennamen, die mit „Zusatztafeln“ ausgestattet wurden bzw. Straßennamen, die mit entsprechenden Tafeln ergänzt werden sollen, wobei die Umsetzung allerdings noch fehlt. Des Weiteren wurde die Subkategorie „Historische Belastung“ erstellt. Hier finden sich Textstellen wieder, die das teils belastete kulturelle Erbe Wiens thematisieren. Zudem wurde die Kategorie „Erinnerungen und Ehrungen“ hinzugefügt. Hier wurden Textpassagen zugeordnet, die Denkmäler und Straßennamen im Allgemeinen thematisieren und ebenfalls erinnerungskulturell gewichtig sind.

In die Hauptkategorie „Interessen / Akteure / Sprecherpositionen“ flossen Textstellen ein, die eine aktive Sprecherposition reflektieren. Thematisch können diese aber zum Beispiel auch das Anbringen von Zusatztafeln durch die Stadt beinhalten. Durch die Feinanalyse ergaben sich Subkategorien, die einzelne Akteure ausweisen. Diese sind: Zum einen die „SPÖ / Stadt Wien“, da Letztere als Partei das für Straßennamen zuständige Kulturregister in der Stadtregierung innehat. Zum anderen Stimmen aus der „Jüdischen Gemeinschaft“ und „andere“ Akteure, wie beispielsweise die Universität Wien und die ÖVP.

Neben den unterschiedlichsten Interessensgruppen, die die mögliche Umbenennung von Straßennamen in Wien diskutieren, ist die Bedeutung der Historiker:innen-Kommission, die den besagten Straßennamen-Bericht (s. auch Kapitel 4.2) erstellte, zentral. Da vor allem die historische Einbettung und Aufarbeitung von möglicherweise belasteten Biografien essenziell ist, kommen in Medienberichten immer wieder Mitglieder dieser Kommission zu Wort. Aufgrund der hohen Anzahl dieser Nennungen wurde eine eigene Subkategorie namens „Historiker:innen/ Expert:innen“ erstellt.

Folgende Tabelle stellt das erstellte Kategorie-System dar und soll veranschaulichen, welche Codes zur Zuordnung der einzelnen Textstellen zu den entsprechenden Kategorien führten:

| Kategorien | Codes | Anzahl der Codierungen |
|--|---|-------------------------------|
| Subkategorien | | |
| Thema Umbenennung | | 0 |
| Straßennamen in Wien | kritisch, problematisch, Problemliste, Wien, Konflikte, Renner, Kunschak, Historiker:innen-Bericht, (um)benennen | 10 |
| Umbenennungen | Historiker:innen-Bericht, Umbenennung, Kulturausschuss, Bezirk, <i>konkrete Nennung eines Namens</i> | 5 |
| Umbenennungspraktiken | <i>allgemeine Infos zu Umbenennungspraktiken</i> | 2 |
| Lueger | Karl Lueger, Ring, Umbenennung, Bürgermeister, Wien, „Dr.-Karl-Lueger-Ring“, „Universitätsring“, Denkmal, Umgestaltung, Antisemitismus, Rathkolb, Antisemit, christlich-sozial, innern, Universität | 17 |
| Interessen / Akteure / Sprecherpositionen | | 0 |

| | | |
|---------------------------------|--|----|
| Historiker:innen / Expert:innen | Oliver Rathkolb, Historiker:innen-Bericht, Stadt Wien, Lueger-Denkmal, Umbenennung, Antisemitismus, Erinnerungspolitik, Debatte | 8 |
| andere | ÖVP, Holocaust-Überlebende, <i>Vertreter:innen aus Kunst und Kultur, interviewte Personen</i> | 5 |
| Jüdische Gemeinschaft | Religion, Antisemitismus, Jüdische österreichische Hochschüler:innen (JöH), Forderung, Zusatztafeln, Aktivist:innen | 5 |
| SPÖ / Stadt Wien | Stadt Wien, Kulturstadträtin, Veronika Kaup-Hasler, Zusatztafeln, Dialog, untersuchen | 13 |
| Erinnerungskultur | | 0 |
| Historische Belastung | <i>Nennung von Zahl belasteter Namen, Dringlichkeit, Historiker:innen, Oliver Rathkolb Umbenennung, Diskurs, Zeichen, Politik, intensiver Diskussionsbedarf, Bericht</i> | 13 |
| Erinnerungen und Ehrungen | Macht, Statue, Denkmal, Zusatztafel, Umgang, Vergangenheit, Politik, Stadt Wien, öffentlich, Gesellschaft | 11 |
| Zusatztafeln | <i>Zeitangabe, Umsetzung, Politik, Stadt Wien, Veronica Kaup-Hasler, Diskussionsbedarf</i> | 10 |

Es zeigt sich somit, dass die Inhaltsanalyse nach Kuckartz / Rädiker auch einen explorativen Zugang zulässt, was im Sinne einer qualitativen Forschung naheliegend ist. Die Auswertung erfolgt also in Form eines Wechselspiels aus deduktiven und induktiven Kategorie-Bildungen und anschließender Codierung des Materials.

4.4.3 Auswertung – methodischer Vorgang

Auch die Auswertung des codierten Textkorpus erfolgt anhand der Theorie von Kuckartz. Es handelt sich um eine kategorienbasierte Auswertung. Das Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Auswertung der zentralen (Haupt-)Kategorien, die sich an den Forschungsfragen orientieren und daher auch entsprechend analysiert werden sollen. In einem ersten Schritt werden die den Hauptkategorien untergeordneten Subkategorien entsprechend ihrer thematischen Gliederung deskriptiv ausgewertet.

A. Unterkategorien der Hauptkategorie „Thema Umbenennung“

„Straßennamen in Wien“

In diese Kategorie fallen Namen von Personen, die in den ausgewählten Medienberichten als problematisch erwähnt bzw. deren Ehrung in Form von Straßennamen kritisch gesehen wird. Stichworte wie *problematisch*, *Problemliste*, *kritisch* oder *Konflikte* in Verbindung mit Personennamen bzw. personenbezogenen Straßennamen in Wien bewirkten die Zuordnung in diese Kategorie. Folgende (Straßen-)Namen werden in entsprechenden Textpassagen hinterfragt: Karl Renner (Dr.-Karl-Renner-Ring), Leopold Kunschak (Leopold-Kunschak-Park), Abraham-a-Santa-Clara-Straße, Große und Kleine Mohrengasse, Alma Johanna König, Hans Pfitzner, Herbert von Karajan, Julius Tandler, Ernst-Krenek-Park, Richard-Wagner-Platz, Ludwig von Welden, Wilhelm Neusser. Aus den Textstellen geht hervor, dass nicht alle Straßennamen vor einer Umbenennung stehen. Meist stellt sich in den Medienberichten die Frage, warum nur bestimmte nach (problematischen) Persönlichkeiten benannte Verkehrsflächen umbenannt wurden: „Und was ist mit Kunschak? Und mit Renner? Sie seien nicht sakrosankt, sagt Rathkolb, man müsse sich mit ihnen genauso kritisch auseinandersetzen“ (Narodoslawsky, Falter 2013). Zudem wird die Problematik entsprechender Straßennamen durch biografische Daten ihrer Namensgeber:innen „belegt“:

Dass aber gleich mehrere Opfergeschichten in ein und derselben Person kulminieren und dabei in Konflikt geraten können, zeigt der Fall der Schriftstellerin Alma Johanna König, die als Jüdin 1942 im KZ ermordet wurde. 1977 wurde nach ihr ein Weg im 23. Bezirk benannt. Im Ergänzungsband werden ihr nun aber antiziganistische und antijüdische Ressentiments in ihrer Novelle Schibes (1920) angekreidet, in der eine stehlende „Zigeunerin“ und ein geldgieriger „Jud“ vorkommen (Wurmitzer, der Standard 2021: 26).

Anhand dieses Beispiels zeigt sich auch eine Problematik, die sich nahezu bei allen genannten (umstrittenen) Straßennamen ergibt: Viele der geehrten Persönlichkeiten weisen einen gewissen „Verdienst“ in ihrem Leben auf, der die Ehrung in Form eines Straßennamens rechtfertigt bzw. rechtfertigte. Damit ist das Spannungsfeld, welches die Debatte um die Umbenennung von Straßenbezeichnungen durchzieht, sehr gut sichtbar. Das heißt, die vermeintlich positiven Verdienste der Persönlichkeiten müssen mit den „Schattenseiten“ in den Biografien abgewogen werden und schließlich zu einer Entscheidung führen. Dass diese Entscheidungsfindung ein langer Prozess ist, in welchem unterschiedlichste Interessen abgewogen werden müssen, zeigt sich vor allem in der Debatte um Karl Lueger sehr deutlich.

„Umbenennungen“

In diese Kategorie fallen Textpassagen über Straßen, die eine Umbenennungsgeschichte haben. So wurde beispielsweise der Richard-Kuhn-Weg im Zuge des Historiker:innen-Berichts als Fall „mit intensivem Diskussionsbedarf“ eingestuft und schließlich umbenannt: „Vergangene Woche war es soweit: der Kulturausschuss der Stadt Wien beschloss die Umbenennung des Richard-Kuhn-Wegs. Auf Engagement des 14. Bezirks soll dieser Straßenzug in Stadt-des-Kindest-Weg umbenannt werden“ (Bauer, Kurier 2018: 17). Als zentrale Akteure stellen sich die Stadt Wien bzw. die Bezirke bzw. der Kulturausschuss heraus, die verantwortlich für Umbenennungen sind.

„Umbenennungspraktiken“

In diese Kategorie fallen lediglich drei codierte Textstellen. Diese beschreiben, wie allgemein mit Umbenennungen umgegangen wird. So ist beispielsweise in einem Artikel folgende Frage zu finden: „Sind Zusatztafeln Rathkolbs erste Wahl, um die Erinnerungspolitik zu befördern?“ (Wurmitzer, der Standard 2021: 26). Der Historiker antwortet darauf: „Auch international ist es schick, Geschichte zu entfernen. Mit Umbenennungen bin ich aber sehr zurückhaltend, so einfach kann man es sich angesichts der langen Geschichte des Antisemitismus nicht machen“ (Wurmitzer, der Standard 2021: 26). Anhand dieser Textstelle zeigt sich, dass Umbenennungen stets einer Abwägung unterliegen und es selbst bei Fällen „mit intensivem Diskussionsbedarf“ keine eindeutige bzw. einheitliche Richtlinie zu geben scheint. Der Historiker:innen-Bericht stellt lediglich eine Grundlage zur Einschätzung der Dringlichkeit der Umbenennung dar.

„Lueger“

Diese Kategorie ist der zuvor vorgestellten Subkategorie „(umstrittene) Straßennamen“ sehr ähnlich, mit dem Unterschied, dass sie lediglich auf einen Namen, Karl Lueger, fokussiert. Sie ist auch jene Kategorie, der im Zuge dieser Inhaltsanalyse am meisten Textpassagen zugeordnet wurden. In Medienberichten, welche die Umbenennungsthematik ansprechen, fällt sehr häufig der Name des ehemaligen Wiener Bürgermeisters. So merkt der Historiker Oliver Rathkolb beispielsweise an: „Ich habe in den Diskussionen manchmal den Eindruck, es hätte in Wien einen einzigen Antisemiten gegeben, und das war Karl Lueger. Das ist absurd“ (Wurmitzer, der Standard 2021: 26). Der Name Karl Luegers ist auch deshalb so prominent vertreten, weil der entsprechend benannte Ringabschnitt im Jahr 2012 in „Universitätsring“ umbenannt wurde. Zudem hält sich seit dieser Zeit auch kontinuierlich die Diskussion um die Umgestaltung bzw.

Entfernung des Lueger-Denkmales am gleichnamigen Platz. Doch was unterscheidet *Lueger* von anderen belasteten Namen? Auch diese Einordnung thematisiert der Historiker Rathkolb:

Kunschak sei ein typischer christlich-sozialer Parteisoldat gewesen, der für die Sozialdemokratie als dummer Antisemit galt. Renners Antisemitismus sei nur „punktuell“ gewesen, ihm sei eher sein überbordender Deutschnationalismus vorzuwerfen. Für Lueger war Antisemitismus hingegen ein zentraler Bestandteil einer permanenten, ausgeklügelten, perfiden Strategie (Narodoslawsky, Falter 2013).

Demnach sei der Antisemitismus Luegers in einer ganz anderen Dimension zu werten, was schließlich auch die Umbenennung des Ringabschnitts nach sich zog.

B. Unterkategorien der Hauptkategorie „Interessen / Akteure / Sprecherpositionen“

„Historiker:innen / Expert:innen“

So, wie die historisch belasteten Straßennamen von Wien für diese Masterarbeit eine wichtige Bedeutung haben, so sind sie auch im medialen Diskurs breit vertreten. In nahezu allen Zeitungsberichten, die sich im Korpus vorliegender Arbeit befinden, kommt auch ein/e Historiker:in zu Wort. Allen voran wird die Meinung von Oliver Rathkolb, der auch der verantwortliche Experte des Historiker:innen-Berichts im Auftrag der Stadt Wien ist, sehr geschätzt. Vor allem wird der Historiker hinsichtlich der Umbenennungsdiskussion rund um die Person Karl Lueger befragt. Er äußert sich entsprechend häufig zum Umgang mit dem Lueger-Denkmal. So meint er diesbezüglich beispielsweise:

Luegers Denkmal einfach zu entsorgen wäre das falsche Signal in Richtung scheinbarer politischer Korrektheit in der Gegenwart, ganz im Gegenteil, das wäre der Beginn der Cancel Culture, denn dann ist der nächste Schritt, antisemitische Zitate Luegers in wissenschaftlichen Publikationen zu verbieten und eine heile Welt zu suggerieren, die leider so heil nicht ist – ganz im Gegenteil (Heidegger, orf.at 2022).

Die Einstellung des Historikers bezüglich des umstrittenen Lueger-Denkmales ist demnach eindeutig. Er spricht sich für einen Erhalt, allerdings für eine Umgestaltung des Platzes aus. Es braucht einen kritischen Umgang mit der Vergangenheit, der auch öffentlich sichtbar ist. Auch im Zusammenhang mit Umbenennungen von historisch problematischen Straßennamen positioniert Rathkolb sich klar. Er hält Umbenennungen für den falschen Weg. Die Geschichte aus dem Stadtbild zu streichen, wäre zu einfach (vgl. Heidegger, orf.at 2022).

„andere“

In diese Kategorie fallen alle „anderen“ Sprecherpositionen, die im Medienkorpus vertreten sind. Es handelt sich etwa um Franz Schausberger, einen Vertreter der ÖVP, der die Umbenennung des Lueger-Rings, aber den Verbleib des Renner-Rings kritisiert. So meint er: „Luegers Namen vom Ring zu tilgen, Renner aber nicht anzutasten, ist nicht nur historisch unredlich, sondern bedeutet ein Messen mit zweierlei Maß“ (Narodoslawsky, Falter 2013).

Angesichts der kritischen Einstufung der Schriftstellerin Alma König aufgrund von „antiziganistischen und antijüdischen Ressentiments“ (Weiss, der Standard 2021) in einem Ergänzungsband des Straßennamen-Berichts und einer möglichen Umbenennung ihres Weges im 23. Wiener Gemeindebezirk meldete sich die IG Autorinnen und Autoren zu Wort:

„Wir sind entsetzt, wie schnell und unreflektiert ein Opfer des Nationalsozialismus zur Beschuldigten gemacht werden kann. Wir sind entsetzt, wie schnell das geplante größte Menschheitsverbrechen der Geschichte mit Millionen Ermordeten eine Gleichstellung mit einer einem nicht sympathischen Personendarstellung in einer literarischen Erzählung erfährt“ (Weiss, der Standard 2021).

Vom Historiker Peter Autengruber wird diese kritische Einschätzung verteidigt (vgl. Weiss, der Standard 2021).

Auch eine Gruppe von Holocaust-Überlebenden kritisiert den (fehlenden) Umgang mit dem Lueger-Denkmal. Neun Holocaust-Überlebende, unter ihnen auch Nobelpreisträger Eric Kandel und Schriftsteller Georg Stefan Troller, forderten in einem offenen Brief an den Wiener Bürgermeister zu einer Entscheidung über den Verbleib bzw. die Entfernung des Lueger-Denkmales auf. Das zentrale Argument: Es „schmerzt, dass einer der prouonciertesten Antisemiten des 19. und 20. Jahrhunderts immer noch im Herzen Wiens geehrt“ (Heidegger, orf.at 2022) werde. Historiker Oliver Rathkolb spricht sich allerdings für den Erhalt des Denkmals aus und fordert eine Kontextualisierung, um die Geschichte nicht aus dem Stadtbild zu streichen (vgl. Heidegger, orf.at 2022).

„Jüdische Gemeinschaft“

Auch jüdische Aktivist:innen kommen in der Berichterstattung bezüglich der Umbenennungen von Straßennamen in Wien zu Wort. Sie machten durch eine Aktion auf ihr Anliegen

aufmerksam: So überklebten sie 23 nach Nationalsozialist:innen und Antisemit:innen benannte Straßenschilder mit Namen von Menschen im Widerstand.

„83 Jahre nach den Novemberpogromen, 76 Jahre nach dem Ende der Shoah dürfen wir keine Antisemit:innen und Nazis mehr würdigen, sondern müssen stattdessen Widerstandskämpfer:innen den Platz einzuräumen, den sie verdienen. Wir fordern die Stadt Wien auf, die 23 Straßen auch offiziell umzubenennen“ (orf.at 2021).

Auch von den Jüdischen österreichischen Hochschüler:innen (JöH) wird diese Aktion befürwortet. Ein weiteres Anliegen ist die Stärkung von weiblichen Namen im Stadtbild. Auch im Zusammenhang mit dem Verbleib bzw. der Umgestaltung des Lueger-Denkmales fließen Forderungen von Vertreter:innen der jüdischen Gemeinschaft in die Debatte mit ein (vgl. Heidegger, orf.at 2022).

„SPÖ / Stadt Wien“

Diese Subkategorie ist jene mit den meisten Zuordnungen. Hier fließen Stimmen aus der städtischen Politik bzw. SPÖ Wien ein. Eine zentrale Rolle spielt dabei Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler von der SPÖ, die sich zu Forderungen und Debatten rund um die Umbenennung von Straßennamen und die Umgestaltung des Lueger-Denkmales äußert. Es war auch die Stadt Wien, die vor gut zehn Jahren die Historiker:innen-Kommission mit der Untersuchung der personenbezogenen Straßennamen in Wien beauftragte. An diesem Bericht wollte man sich anschließend orientieren und gegebenenfalls Umbenennungen durchführen (vgl. Narodoslawsky, Falter 2013). Als prioritär wurde angesehen, die Straßennamen mit intensivem Diskussionsbedarf mit informativen Zusatztafeln auszustatten und auch das Lueger-Denkmal kritisch zu beleuchten. „Ich suchte den Dialog und jetzt gibt es die Zustimmung. Wir müssen anders reagieren. Ich lade daher Expertinnen und Experten zu einem runden Tisch ins Rathaus ein, um den adäquaten Umgang mit dem Denkmal zu besprechen“ (Kurier 2021), so die Kulturstadträtin. Umbenennungen gab es bislang nur wenige, die Anbringung der Zusatztafeln ist im Gange, allerdings noch nicht abgeschlossen (vgl. Kurier 2021).

C. Unterkategorien der Hauptkategorie „Erinnerungskultur“

„Historische Belastung“

Diese Subkategorie ist zentral für die Zuordnung der Mehrzahl der Dokumente des Textkorpus. Sie ist in sieben von zehn Texten relevant. Ganz grundsätzlich zielt sie auch auf den Kern des Diskurses – die historische Belastung durch problematische personenbezogene Straßennamen

– ab. Es wird in den entsprechenden Medienberichten im Wesentlichen die Dringlichkeit der Debatte aufgezeigt. Folgendes Zitat fasst die Problematik zusammen:

Rund 6600 Straßen, Wege, Brücken und Plätze gibt es in Wien, knapp 4400 davon tragen die Namen von Persönlichkeiten. 2013 stellte eine Kommission rund um den Historiker Oliver Rathkolb in einem Bericht im Auftrag der Stadt fest, 159 davon seien historisch belastet. In 28 Fällen bestehe sogar „intensiver Diskussionsbedarf“ wegen antisemitischer oder antideokratischer Gesinnung der Namenspatrone – dort wurden inzwischen Zusatztafeln montiert. In den übrigen Fällen ist seither aber nichts passiert, ihre Zahl mittlerweile sogar angewachsen (Wurmitzer, der Standard 2021 [Hervorhebungen im Original]).

Hinterfragt wird zudem, ob jeder belastete Name, welcher im Historiker:innen-Bericht aufscheint, gleich gewichtet werden soll. Einschätzungen dazu werden in den Medien von Expert:innen wie etwa dem Historiker und Mitautor der Studie, Oliver Rathkolb, getroffen. Fakt ist – und das zeigt auch der Tenor der medialen Berichterstattung – „Österreichs Geschichte ist belastet und die der großen Parteien ist es ebenso“ (Narodoslawsky, Falter 2013). Wie mit dieser Erblast umgegangen wird, ist stets Inhalt politischer und gesellschaftlicher Diskurse. Denn „Benennungen, noch mehr aber Umbenennungen von Straßen und Plätzen sind immer Zeichensetzungen“ (Baumgartner, Wiener Zeitung 2023). Die zentrale Fragestellung aber lautet: „Kann man es dulden, wenn Straßen und Plätze auch nach zwar verdienten Personen benannt sind, deren Hemd aber nicht blütenweiß ist?“ (Baumgartner, Wiener Zeitung 2023). Verschiedenste Akteur:innen, Expert:innen und Stimmen aus Politik und Kultur beschäftigen sich damit, und prägen somit auch den Diskurs.

„Erinnerungen und Ehrungen“

Segmente, die dieser Unterkategorie zugeordnet wurden, gehen der Fragestellung nach, auf welche Art und Weise und in welchem Ausmaß Ehrungen von historischen Persönlichkeiten noch zeitgemäß sind. Grundsätzlich zeigt sich folgendes Bild: „Es ist immer auch eine Frage der Meinungsführerschaft in einer Gesellschaft und schlussendlich eine Machtfrage, wie die öffentlichen Plätze und Straßen benannt werden“ (Walser, Vorarlberger Nachrichten 2022). Machtstrukturen und Aushandlungsprozesse prägen die Debatte. So wird beispielsweise von Oliver Rathkolb die Meinung vertreten, dass zu wenige Ehrungen Frauen zuteilwerden, aber ein Übermaß an Erinnerungen aus Zeiten der Monarchie, der Ersten und Zweiten Republik besteht. Zudem sei die NS-Zeit wenig aufgearbeitet, was sich im Stadtbild (durch Straßennamen und Denkmäler) zeige (Walser, Vorarlberger Nachrichten 2022). Der gegenwärtige (mediale) Diskurs zeigt auch, dass ein Umdenken bzw. eine Reflexion der Historie stattfindet.

Unterschiedliche soziale Gruppen vertreten verschiedenste Perspektiven auf die Thematik und Interessenskonflikte finden statt. Wie mit historisch belasteten Namen und Denkmälern in weiterer Folge umgegangen wird, bleibt oft offen. Tatsache ist aber auch, dass das Thema deshalb noch lange Gegenstand von Diskussionen bleiben wird.

„Zusatztafeln“

Zentrales Element der Auseinandersetzung mit historisch belasteten personenbezogenen Straßennamen in Wien sind Zusatztafeln. Diese wurden bereits nach Erscheinen des Historiker:innen-Berichts im Jahr 2013 angekündigt. Generell verweisen die Zusatztafeln auf ein zentrales Argument im Diskurs: „Man finde Zusatztafeln sinnvoller als Umbenennungen, man wolle die Geschichte der Stadt nicht auslöschen“ (Bauer, Kurier 2018). „Wo Tilgungen jede Diskussion auslöschen, lassen Zusatztafeln Raum für komplexe Fälle“ (Weiss, der Standard 2021). Eine Auseinandersetzung mittels Zusatztafel sei „mühsamer, aber fruchtbarer“, so der Historiker Oliver Rathkolb (Wurmitzer, Standard 2021 [Hervorhebung im Original]).

Das in der Auswertung angewandte Kategoriensystem wurde somit in Form einer detaillierten Darstellung der einzelnen Haupt- bzw. Subkategorien referiert und begründet. Im folgenden Abschnitt sollen nun die Ergebnisse, die sich aus der entsprechenden Codierung und anschließenden Auswertung ergaben, dargestellt werden.

4.5 Ergebnisdarstellung

Diesem Kapitel der Ergebnispräsentation ist eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz / Rädiker (2022) vorausgegangen. Im Besonderen wurde dabei der mediale Diskurs hinsichtlich der Umbenennung von historisch belasteten Straßennamen in Wien untersucht.

Die nachstehende *Wortwolke* (erstellt mittels MAXQDA) soll veranschaulichen, welche Wörter /Begriffe die mediale Debatte prägen (s. Abbildung 14).

Es zeigt sich, dass dabei die zentralen Begriffe des Titels dieser Arbeit sowie Aspekte der Forschungsfragen auch im medialen Diskurs – genauer gesagt in jenem, der sich im ausgewählten Medienkorpus widerspiegelt – vertreten sind. *Straßennamen*, *Wien*, *Diskussionsbedarf*, *Umbenennungen*, *Zusatztafeln*, *Lueger* und *Rathkolb* sind anschauliche Beispiele dafür. Zudem wird sichtbar, dass auch die Hauptkategorien des *a-priori*-Kategorien-Systems zielführend gebildet wurden.



Abbildung 14: Wortwolke Medien-Korpus, erstellt mittels MAXQDA.

Betrachtet man die drei Hauptkategorien inklusive der Subkategorien (ersichtlich in der Tabelle auf Seite 52 f.), so zeigt sich, dass die Kategorien „Lueger“ (17 codierte Segmente aus 5 Dokumenten), „SPÖ / Stadt Wien“ (13 aus 6), „Historische Belastung“ (13 aus 7) und „Erinnerungen und Ehrungen“ (11 aus 6) in der Mehrzahl der Korpus-Medienberichte codiert wurden. Diese thematischen Einheiten prägen den fokussierten Diskurs somit mehrheitlich.

In der folgenden thematischen Reflexion wird auf drei Aspekte eingegangen: die Umbenennungen, die Person Karl Lueger und die Erinnerungskultur im Umbenennungsdiskurs.

4.5.1 Umbenennungen – ein Aushandlungsprozess

Die Umbenennung von historisch belasteten Straßennamen in Wien ist zentrales Thema dieser Masterarbeit und damit auch der inhaltsanalytisch bzw. diskursanalytisch untersuchten Medienberichte. Wie bereits erwähnt, wurde eine Historiker:innen-Kommission durch die Stadt Wien beauftragt, alle personenbezogenen Verkehrsflächen-Namen zu untersuchen. „Im Visier haben sie Rassisten und Demokratiefeinde, insbesondere Gestalten aus der Nazizeit“, wird etwa im Falter (Narodoslawsky 2013) über die Straßennamen-Studie im Auftrag der Stadt Wien geschrieben. „Uns geht es nicht um irgendwelche NSDAP- oder SS-Mitgliedsnummern, sondern um die politischen Verhaltensweisen der Menschen“ (Narodoslawsky, Falter 2013), sagt der Mitautor der Studie Rathkolb. Ein Katalog mit historisch bedenklichen Namen wurde in weiterer Folge erstellt. „Das Rathaus will sich an den Empfehlungen des Historikerteams orientieren“ (Narodoslawsky, Falter 2013), wurde medial berichtet. Die geschichtswissenschaftliche Analyse und der anschließend veröffentlichte Bericht zog eine Diskussion um den weiteren Umgang mit der historischen Erblast nach sich. Zahlreiche Stimmen aus Politik, Kunst und

Kultur, Religionsgemeinschaften und Expert:innen mischten in der medialen Debatte mit – wie schließlich auch die im Rahmen vorliegender Masterarbeit durchgeführte Diskursanalyse ergab. Die Meinung der Expert:innen – namentlich ist hier am häufigsten der Historiker und Studienautor Oliver Rathkolb erwähnt – geht in Richtung intensiver Auseinandersetzung mit der belasteten Vergangenheit. Umbenennungen steht man allerdings verhalten gegenüber. „Auch international ist es schick, Geschichte zu entfernen. Mit Umbenennungen bin ich aber sehr zurückhaltend, so einfach kann man es sich angesichts der langen Geschichte des Antisemitismus nicht machen“ (Wurmitzer, der Standard 2021), meint beispielsweise Oliver Rathkolb. Eine Umbenennung hätte zudem auch bedeutenden bürokratischen Aufwand sowie Kosten zur Folge und „würde Gegenwehr hervorrufen“ (Wurmitzer, der Standard 2021). Von Seiten der Stadt Wien bzw. der zuständigen Bezirke würde man daher eher darauf verzichten und lieber mittels Zusatztafeln auf Problematiken hinweisen (vgl. Wumitzer, der Standard 2021). Somit ergab sich schließlich, dass die Stadt die 28 Straßennamen mit intensivem Diskussionsbedarf mit Zusatztafeln ausstattete (vgl. Bauer, Kurier 2018). Wie in späteren Medienberichten zu lesen ist, fehlten die angekündigten 28 Zusatztafeln lange Zeit. 2021 waren erst 23 angebracht, „man wolle sich aber darum kümmern“ (orf.at 2021). Für das Jahr 2021 wurde schließlich festgelegt, alle 150 noch unkommentierten problematischen Tafeln mit einer Zusatztafel zu versehen und Straßennamen zusätzlich auf Kolonialbezüge hin zu untersuchen (vgl. Weiss, der Standard 2021). „Ich suchte den Dialog und jetzt gibt es die Zustimmung“ (Trenkler, Kurier 2021) kommentiert die zuständige Kulturstadträtin Kaup-Hasler den Prozess.

Neben der Anbringung der Zusatztafeln und einigen wenigen Umbenennungen war vor allem das Lueger-Denkmal am Stubentor zentrales Thema medialer Berichterstattung, was sich auch in der Diskursanalyse dieser Masterarbeit zeigt.

Die Ergebnisse der inhaltsanalytischen Diskursanalyse zeigen also, dass Umbenennungsdiskussionen hinsichtlich historisch belasteter Straßennamen auch in Wien stets Aushandlungsprozessen unterliegen.

Während Standbilder relativ leicht vom Sockel gestoßen oder künstlerisch bearbeitet werden können, stellt sich ein adäquater Umgang mit fragwürdig gewordenen Heroen in gemalter oder verschriftlichter Form beträchtlich schwieriger dar. Was soll man etwa mit den zahllosen Historienbildern des 19. Jahrhunderts machen, die heute geschmähte Persönlichkeiten in Heldenpose darstellen? Oder mit den vielen Straßennamen, die zu Ehren von Kriegstreibern und Nazi-Dichtern vergeben wurden? (Giesser, der Standard 2020).

Umbenennungen können aufgrund der vielen Interessen und Positionen jahrelange (mediale) Debatten nach sich ziehen. Wissenschaftliche Studien bzw. Expert:innen-Meinungen stellen dabei noch keine allgemeingültige Grundlage dar – zumindest werden diese in politischen Debatten häufig ignoriert.

Im Folgenden soll allerdings auf eine historische Persönlichkeit – die den einschlägigen medialen und politischen Diskurs in Wien weitgehend prägt – eingegangen werden. Anhand des Beispiels „Karl Lueger“ soll gezeigt werden, wie divers der mediale Diskurs geführt wird und wie mit Luegers problematischem Erbe schließlich umgegangen wurde. Im Fall des nach ihm benannten Ring-Abschnitts kam man zum Entschluss, dass eine einfache Zusatztafel – im Gegensatz zu vielen anderen als problematisch eingestuften Fällen – nicht reichen würde. Denn (zu) viele Stimmen sprachen sich dagegen aus.

4.5.2 Die Person Karl Lueger

Anhand der Person Karl Lueger zeigt sich, welchen Diskussionsbedarf es in Wien hinsichtlich historisch belasteter Straßennamen gibt und welche Tragweite das hat. Lueger ist in nahezu allen vorliegend analysierten Medienberichten die zentrale Person und zieht die Aufmerksamkeit einerseits durch die Umbenennung des nach ihm benannten Ring-Abschnitts, andererseits auch durch das Lueger-Denkmal auf sich. Darum wird in diesem Kapitel die Person Karl Lueger aus der langen Liste der Personen im Zusammenhang mit historisch belasteten Straßennamen herausgegriffen und genauer betrachtet.

Die Person Karl Lueger wird zum Politikum. Das zeigt sich auch daran, dass sie Teil politischer Argumentationen ist, wenn es zur Umbenennungsthematik kommt. So zieht beispielsweise Franz Schausberger, ehemaliger Salzburger Landeshauptmann (ÖVP), folgenden Vergleich: „Luegers Namen vom Ring zu tilgen, Renner aber nicht anzutasten, ist nicht nur historisch unredlich, sondern bedeutet ein Messen mit zweierlei Maß“ (Narodoslawsky, Falter 2023). Die Umbenennungsthematik verfehlt in politischen Diskussionen damit häufig den zentralen Punkt, nämlich die Auseinandersetzung mit belasteter Erinnerungskultur. Anstatt die Person Karl Lueger kritisch zu beleuchten, wird auf andere umstrittene Persönlichkeiten gezeigt. Dass auch diese Personen genauer betrachtet werden müssen, steht dabei außer Frage. *Whataboutism*, wie er in diesem Fall gelebt wird, ist aber für das Anliegen der Umbenennungsthematik wenig förderlich.

Wichtige Aspekte der Erinnerungskultur schreiben sich also durch die Erinnerung an den ehemaligen Bürgermeister von Wien in das Stadtbild ein. So wird heute unter anderem noch durch das Dr.-Karl-Lueger-Denkmal am Stubentor (s. auch Kapitel 3.3.2) an ihn erinnert. Im Bericht der Historiker:innen-Kommission wurde die Biografie und die belasteten Details seines Lebens herausgearbeitet. Da Karl Lueger sowohl in diesem Bericht als auch – wie bereits in der Analyse der Medienberichte ersichtlich – im gesamtgesellschaftlichen Diskurs präsent ist, wird im Folgenden auf die kritischen Aspekte seines Lebenswerkes eingegangen. Dieses Beispiel soll exemplarisch für die belasteten Straßenbezeichnungen und Ehrungen kritisch zu betrachtender Persönlichkeiten in Wien stehen und veranschaulichen, inwiefern diese Arten des Gedenkens die Erinnerungskultur (negativ) prägen.

Die Historiker:innen-Kommission, welche die Person Karl Lueger hinsichtlich zeitgeschichtlich problematischer Hintergründe bewertete, kam in ihrem Bericht (2013) zum Schluss, dass seine populistisch-antisemitische Politik durchaus problematisch einzustufen ist. Denn Luegers Rhetorik war zutiefst antijüdisch und deutschnational geprägt und beeinflusste durch ihre Öffentlichkeitswirksamkeit die Gesellschaft und Politik seiner Zeit (vgl. geschichtewiki.wien.gv.at, *Karl Lueger*). Der Stadtpolitiker Karl Lueger wird im Bericht der Untersuchungskommission darum auch als „Fall mit intensivem Diskussionsbedarf“ (Gruppe A) geführt. Das bedeutet, dass er durch seine politische Funktion Antisemitismus sowie Rassismus kommunizierte und damit aktiv in die Gesellschaft einbrachte (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013: 14).

Der im Jahr 1844 geborene Rechtsanwalt und spätere Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Karl Lueger, gilt heute als eine sehr umstrittene Persönlichkeit der Stadtgeschichte. Bereits in jungen Jahren engagierte sich Lueger politisch. Ursprünglich stand er liberalen Bewegungen nahe. Später verfolgte er immer intensiver ideologisch und wirtschaftspolitisch bürgerliche Ziele. 1893 gründete er die Christlichsoziale Partei. Durchsetzen konnte er sich als Politiker vor allem aufgrund seiner Wortgewandtheit. Seine politische Rhetorik war geprägt von antisemitischen sowie deutschnationalen Parolen (vgl. geschichtewiki.wien.gv.at, *Karl Lueger*).

Auch in den in vorliegender Masterarbeit ausgewählten Medienberichten ist vom Werdegang Luegers die Rede. Die Einordnung seiner Person erfolgt überwiegend kritisch, wenn auch seine „Errungenschaften“ für Wien nicht ausgeblendet bleiben. So ist in der Wiener Zeitung vom 27. Jänner 2023 zu lesen:

Lueger ist der Vater des modernen Wiens. Er war ein begnadeter Kommunalpolitiker, der sich um soziale Einrichtungen ebenso kümmerte wie um eine leistbare Infrastruktur, die er mit

sicherem Gespür kommunalisiert und dem rücksichtslosen Kapitalismus entzogen hat. Derselbe Lueger war allerdings ein rabiater Antisemit. Das war kein ‚Salonantisemitismus‘, wie ihm viele seiner Zeitgenossen verwerflicherweise anhingen. Bei Lueger ging das tiefer. So extrem war das bei ihm, dass ihm Kaiser Franz Joseph mehrfach die Ernennung zum Wiener Bürgermeister verweigerte. Erst nachdem Papst Leo XIII. dem Kaiser ins Gewissen geredet hatte, unterzeichnete Franz Joseph das Ernennungsdekret. Es war Luegers fünfter Anlauf (Baumgartner, Wiener Zeitung 2023).

Karl Lueger konnte trotz der frühen Kritik schließlich von 1897 bis 1910 das politische Amt des Wiener Bürgermeisters ausüben. In seiner Amtszeit baute er die Infrastruktur der Stadt aus, er errichtete eine moderne Verwaltung und setzte sich zum Ziel, die Stadt Wien zu einer bedeutenden Großstadt zu machen. Wien war in dieser Epoche die Hauptstadt der Habsburgermonarchie. Wirtschaftliche und nationalstaatliche Konflikte sorgten für eine hohe Zuwanderung in die Metropole. Als konservativer Politiker war Lueger allerdings nicht bereit, die Nationalitätenkonflikte auf offene Art und Weise zu lösen. Er vertrat stark antisemitische und nationalistische Ansichten und führte populistische Kampagnen gegen Zuwanderer, das liberale Judentum und die nicht-deutschsprachige Bevölkerung (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013: 58–59). Der Historiker Oliver Rathkolb gibt zum Wirken Luegers auch in zahlreichen Medienberichten seine Einschätzung ab: „Für Lueger war Antisemitismus hingegen ein zentraler Bestandteil einer permanenten, ausgeklügelten, perfiden Strategie“ (Narodoslawsky, Falter 2013). Damit begründet Rathkolb auch die notwendige Umbenennung des Ringabschnitts.

Aus Luegers Biografie wird also ersichtlich, dass er ein Politiker war, der polarisierte. Bereits zu Lebzeiten wurde sein Wirken gefeiert und ein Mythos um seine Person kreiert. Er galt als „erster bürgerlicher“ Politiker, welcher die Bevölkerung durch populistische Kampagnen zu lenken wusste. Bis heute wird darüber diskutiert, ob er sich die antisemitischen Tendenzen seiner Zeit nur politisch zu Nutzen machte, oder ob er tatsächlich überzeugter Antisemit war. Grundsätzlich ist diese Unterscheidung aber nebensächlich, denn sicher ist, dass er den Antisemitismus in der Bevölkerung durch seine Politik verstärkte und weiterverbreitete (vgl. geschichtewiki.wien.at, Karl Lueger). Als bürgerlicher Politiker, welcher die Metropole Wien durch seine Sozial- und Wirtschaftspolitik vorantrieb, jedoch auch antisemitisches Gedanken- gut für politische Absichten benutzte, war er nach seinem Ableben Vorbild für Politiker, im negativen wie auch im positiven Sinne.

Mit der Aufarbeitung der historischen Belastung von Wiener Straßennamen ging auch die Debatte um die Umbenennung des „Dr.-Karl-Lueger-Rings“ einher, welche im Jahr 2012 schließlich umgesetzt wurde. „Die Universität sei wegen ihrer Adresse am Lueger-Ring international unter Druck gekommen“ (Narodoslawsky, Falter 2013), erklärt der Historiker Rathkolb. Bereits im Jahr 2013 wurde in einem Artikel im Falter auch über die Umgestaltung des Denkmals berichtet. Immer wieder äußerten sich über Jahre hinweg kritische Stimmen zum Verbleib der Statue. „Wir müssen anders reagieren. Ich lade daher Expertinnen und Experten zu einem runden Tisch ins Rathaus ein, um den adäquaten Umgang mit dem Denkmal zu besprechen“ (Trenkler, Kurier 2021), so Stadträtin Kaup-Hasler in einem Interview. erst vor kurzem wurde schließlich eine finale Entscheidung über die Umgestaltung des Lueger-Denkmales getroffen (s. Kapitel 3.3.2).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Person Karl Lueger auch heute noch polarisiert und Teil gesellschaftlicher sowie politischer Debatten ist. Das zeigt sich sehr gut an den Ergebnissen der vorliegend durchgeführten Diskursanalyse. Historiker:innen oder etwa Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft befürworteten die Umbenennung des Lueger-Rings, während beispielsweise ÖVP-Politiker sich dagegen aussprachen bzw. versuchten, in Medienberichten das antisemitische Wirken Luegers zu relativieren bzw. zu schmälern versuchten. Teil politischer sowie gesellschaftlicher Debatten und damit einhergehend öffentlicher Diskussion bleibt das Lueger-Denkmal am Stubentor. Dieses stellt eine Chance dar, „mit einer Kontextualisierung seine Politik permanent [zu] thematisieren“, so Rathkolb (Narodoslawsky, Falter 2013). Bis 2024 soll nun eine Umgestaltung des Denkmals umgesetzt werden.

4.5.3 Erinnerungskultur im Umbenennungsdiskurs

Rund 6600 Straßen, Wege, Brücken und Plätze gibt es in Wien, knapp 4400 davon tragen die Namen von Persönlichkeiten. [...] 159 davon seien historisch belastet. In 28 Fällen bestehে sogar ‚intensiver Diskussionsbedarf‘ wegen antisemitischer oder antideokratischer Gesinnung der Namenspatrone (Wurmitzer, der Standard 2021 [Hervorhebung im Original]).

Wie mit der österreichischen Erblast – die im Straßennamenbericht analysiert wurde – umgegangen wird, ist regelmäßig Inhalt politischer und gesellschaftlicher Debatten. Expert:innen kommen zum Schluss: „Benennungen, noch mehr aber Umbenennungen von Straßen und Plätzen sind immer Zeichensetzungen“ (Baumgartner, Wiener Zeitung 2023). Dabei ist zu beachten, dass nicht alle historisch belasteten Namen von der entsprechenden Historiker:innen-

Kommission als unbedingt umbenennungswürdig eingestuft wurden. Welche Namen schließlich aus dem Stadtbild weichen sollen, ist ein Aushandlungsprozess, der unter Einbeziehung verschiedenster Meinungen stattfindet und daher auch einige Zeit benötigt. „Benennungen nach Personen sind Ehrungen. Die Straße oder der Platz wird zum Denkmal. Damit lassen sich auch politische Inhalte transportieren“ (Baumgartner, Wiener Zeitung 2023). Zentral ist, dass Erinnerungskultur Aushandlungsprozessen unterliegt und damit Machtstrukturen erkennbar macht. Das zeigt sich auch an den verschiedenen Meinungen und Stimmen in den vorliegend analysierten Medienberichten. So wird darin häufig die Kritik aufgeworfen, dass nicht einmal Zusatztafeln an historisch belasteten Straßennamen-Schildern angebracht wurden, um auf die Erb- last aufmerksam zu machen. Schließlich konnte man sich in den Bezirken aber auf eine Lösung einigen und Tafeln wurden angebracht. Im Raum stand dabei das Argument, dass es „ja einen Grund, warum jemand einmal mit einem Straßennamen geehrt wurde“ (Wurmitzer, der Standard 2021), gebe. Wie im theoretischen Teil dieser Masterarbeit bereits verdeutlicht wurde, ist der öffentliche Raum geprägt durch Erinnerungen an Ereignisse der Vergangenheit. Eine historische Aufarbeitung, anschließende Reflexion und schließlich eine Umgestaltung dieses Raumes ist im Idealfall die Folge. Eine zentrale Frage kann dabei sein, welche historischen „Vorbilder“ im öffentlichen Raum sichtbar sein sollen (vgl. Walser, Vorarlberger Nachrichten 2022). Eine bloße Streichung problematischer Geschichte ist aber auch keine Lösung, wie die Debatte zeigt. Denn Straßen umzutaufen, würde bedeuten, eine „klinisch reine Geschichte“ (Bauer, Kurier 2018) zu kreieren, so Oliver Rathkolb, der sich für die Anbringung von informativen Zusatztafeln ausspricht (vgl. Bauer, Kurier 2018).

Der umstrittene Fall Alma Königs sei ein Beispiel, das zeigt,

wie schwierig es sein kann, historisch-politische Korrektheit und Opfergedenken in Einklang zu halten. Die einen hätten zur Kenntnis zu nehmen, dass es auch an Verehrungswürdigen problematische Seiten geben kann. Die Historiker wiederum täten gut daran, literarische Figuren sensibler im Lichte ihrer Zeit und von der Biografie möglichst getrennt zu sehen (Weiss, der Standard 2021).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der gegenwärtige (mediale) Diskurs sichtbar macht, dass die belastete Vergangenheit Österreichs reflektiert betrachtet wird. Unterschiedliche soziale Gruppen vertreten zwar verschiedenste Perspektiven auf die Thematik und Interessenskonflikte sind die Folge. Ob es den Diskussionen an Problembewusstsein mangelt oder Zurückhaltung aufgrund von bürokratischen oder politischen Gründen gegeben war, lässt sich nicht sagen.

Es kam bzw. kommt schließlich aber zur Anbringung von Zusatztafeln, einigen wenigen (wenn auch polarisierenden) Umbenennungen – siehe „Dr.-Karl-Lueger-Ring“ – und zur Umgestaltung des Lueger-Denkmales. Nicht nur im Stadtbild zeigt sich das veränderte Bewusstsein hinsichtlich der historischen Erblast Österreichs. Die Ergebnisse der Historiker:innen-Kommission wurden in weiterer Folge auch in das Online-Lexikon der Stadt (Wien Geschichte Wiki) eingearbeitet (vgl. Trenkler, Kurier 2021).

4.6 Interpretation

An den Ergebnissen der inhaltsanalytischen Diskursanalyse lässt sich erkennen, dass die Rolle der Expert:innen von entscheidender Bedeutung für den Diskurs um die Umbenennung von personenbezogenen Straßennamen in Wien ist. Auf ihrer Meinung baut auch der Diskurs in den Medien auf. Das zeigt sich daran, dass nahezu alle Medienberichte des Analysekorpus ein Zitat des Studienautors Oliver Rathkolb einfließen lassen. Seine Meinung zieht sich vom ersten vorliegend fokussierten Bericht im Falter 2013 (vgl. Narodoslawsky 2013) bis zum aktuellen Bericht in der Wiener Zeitung (vgl. Baumgartner 2023) aus dem Jahr 2023 wie ein roter Faden durch den Diskurs. Inwiefern und inwieweit die wissenschaftliche Meinung schließlich in politischen Debatten zur Umbenennung Gehör findet, bleibt jedoch offen. Anhand der langen Aushandlungsgeschichte zeigt sich aber, dass eine große Bandbreite an Perspektiven und Interessen im gesamtgesellschaftlichen Diskurs um die Umbenennung von Straßennamen mitspielt.

Des Weiteren zeigt sich, dass die Person des Karl Lueger eine zentrale Stellung in der vorliegend untersuchten Umbenennungsthematik einnimmt. Zuerst sorgte die Umbenennung des Lueger-Rings für Aufsehen in den Medien. Dann prägt(e) der Diskurs um die Umgestaltung seines Denkmals die Medienberichte – und das bis heute. Hierbei stellt sich die Frage, ob es gut ist, eine „Politikum“, wie Lueger eines ist, zu schaffen, um den Diskurs am Laufen zu halten. Denn gleichzeitig könnte die polarisierende Persönlichkeit des ehemaligen Wiener Bürgermeisters auch von anderen, weniger bekannten, aber ebenso kritisch zu betrachtenden Namen ablenken.

Zu sehen ist auch, dass die Stadt Wien stets als zentraler Akteur gesehen wird, wenn es zu Handlungen kommen soll. Das liegt auch daran, dass Umbenennungen durch die Stadt Wien bzw. die Bezirke erfolgen. Damit wird die Rolle der Stadt als handelnder Akteur, wie bereits im *top-down*-Ansatz der Linguistic Landscape (s. Kapitel 2.2.2) aufgezeigt wurde, auch in Medienberichten entsprechend transportiert und reflektiert. Der Umgang mit Erinnerungskultur bleibt damit ein Aushandlungsprozess verschiedenster Interessensgruppen, über welchen

schließlich die Politik als oberste Machtinstanz entscheidet. Medial ausgetragen Debatten geben allerdings die Bandbreite an Meinungen und ein Stimmungsbild wieder.

5 Résumé und Ausblick

Straßennamen – und hier vor allem personenbezogene Straßennamen – sind mehr als bloße Orientierungshilfen in der Stadt. Sie haben stets auch eine soziolinguistische, historische und kulturwissenschaftliche Bedeutung (vgl. Autengruber / Nemec 2019: 347 ff.). Im ersten Kapitel der vorliegenden Masterarbeit wurde untersucht, inwiefern die Gesellschaft und der von ihren Individuen geprägte Raum einander beeinflussen. Die Interaktion bzw. die Interdependenzen zwischen sozialem Raum, Gesellschaft und Sprache standen dabei im Mittelpunkt der theoretischen Betrachtung. Der urbane Raum wurde in diesem Zusammenhang vor allem auch als Kommunikationsraum wahrgenommen. Die Grundlage für diesen Zugang lieferten sprachwissenschaftliche Ansätze aus dem Bereich der Linguistic Landscape sowie kulturwissenschaftliche Paradigmen der Erforschung des „sozialen Raumes“, wie er in der Theorie der „Raummodi“ von Warnke (2011) aufgefasst wird. Die Rolle der Sprache weist bei der sozialen Konstruktion von Räumen über die im engeren Sinn linguistische Funktion hinaus. Denn Räume haben auch eine extensive symbolische Dimension. So sind es Plätze, Straßen oder Denkmäler, die in gewisser Weise eine Gesellschaft repräsentieren bzw. symbolisieren (vgl. Lefebvre 2016: 102 ff.). Ersichtlich wird dies auch, weil soziale Räume durch Machtprozesse geprägt werden. Der Soziologe Lefebvre liefert diesbezüglich mit seinem Werk „La production de l'espace“ (1974) eine theoretische Grundlage.

Demnach spielen – ausgehend von der linguistischen Perspektive auf die Funktion der Sprache im sozialen Raum – auch zeitgeschichtliche und soziologische Zugänge zum öffentlichen, urbanen und sozialen Raum eine wichtige Rolle in dieser Masterarbeit. Orte werden als Ausdruck und Träger von Erinnerung gesehen. In weiterer Folge konstituiert die Stadt als Lebensraum nicht nur einen Kontext für soziales und damit auch kommunikatives Handeln, sondern auch einen Ort, wo Werte (re-)produziert werden. Diese Einsicht zeigt, dass Orte zutiefst mit Bedeutungen aufgeladen sind. Sehr ausdrucksstark kommt das durch Straßennamen zum Ausdruck, personenbezogene Straßennamen bilden dabei eine besondere Form.

Die kulturwissenschaftlichen Werke von Aleida und Jan Assmann bzw. deren Theorien zum „kollektiven und kulturellen Gedächtnis“ bilden eine weitere wichtige Grundlage für diese Masterarbeit. Denn Straßennamen als schriftliche „Denkmäler“ stellen einen wichtigen Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses einer Gesellschaft dar. Reflexionsprozesse über die eigene Vergangenheit, die im Zuge eines sozialen Wandels erfolgen, stellen die Zeitgemäßheit

von personenbezogenen Straßennamen infrage und führen zu neuen Bewertungen. Immer wieder kommt es daher auch zu Umbenennungen von Verkehrsflächen.

Auch in Wien führ(t)en Reflexionsprozesse im Kontext erinnerungskultureller Diskussionen zur Neubewertung personenbezogener Straßennamen. Das Thema wird damit Teil gesamtgesellschaftlicher Diskurse. Dies zeigt sich unter anderem in medial ausgetragenen Debatten um die Umbenennung von Straßennamen und Umgestaltung von Denkmälern (vgl. Kronsteiner 2022; vgl. religion.orf.at 2021).

So ist auch der öffentliche Raum in der Stadt Wien stark von sogenannten „Erinnerungsorten“ – und hier vor allem von der Person des Karl Luegers – geprägt. Von der Stadt Wien wurde eine Historiker:innen-Kommission beauftragt, eine Studie durchzuführen, um die Wiener Straßennamen kritisch zu beleuchten (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013). Das Ergebnis zeigt, dass von den 4.379 personenbezogenen Wiener Ortsbezeichnungen 159 einen erheblichen Änderungsbedarf aufgrund historisch belasteter Biografien der Namensgeber:innen aufweisen. Im vierten Kapitel dieser Masterarbeit wurden jene Namen, die laut Bericht einer Historiker:innen-Kommission als „Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf“ (Gruppe A) gelten (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013), einer empirischen Analyse unterzogen.

Dabei sind diese Straßennamen, die auch in der medialen Berichterstattung thematisiert werden, als Teil des Umbenennungs-Diskurses diskursanalytisch untersucht worden. An den Ergebnissen der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) eines Korpus einschlägiger Medienberichte ist ersichtlich, dass die Rolle der Expert:innen (wie die von Studienautor Oliver Rathkolb) von entscheidender Bedeutung für den Diskurs um die Umbenennung von personenbezogenen Straßennamen in Wien ist. Auf einschlägigen Expertisen baut auch der Diskurs in den Medien auf. Inwiefern die wissenschaftliche Beurteilung schließlich in Prozessen politischer Umbenennungs-Entscheidungen gehört wird, bleibt offen. Zudem ist ersichtlich, dass die Stadt Wien stets als zentraler Akteur in dieser Diskussion gesehen wird. Das liegt in erster Linie auch daran, dass amtliche Umbenennungen durch die Stadt Wien erfolgen (müssen). Des Weiteren zeigt sich, dass die Person des ehemaligen Wiener Bürgermeisters Karl Lueger eine zentrale Rolle in der untersuchten Umbenennungsthematik einnimmt. Zuerst sorgte die Umbenennung des Lueger-Rings für Aufsehen in den Medien. Und bis heute prägt die Umgestaltung des Lueger- Denkmals den medialen Umbenennungs-Diskurs.

Der Umgang mit einer Erinnerungskultur bleibt damit ein Aushandlungsprozess verschiedenster Interessensgruppen, schlussendlich bleiben aber politische Akteure die oberste

Machtinstanz. Medial ausgetragene Debatten geben allerdings die Fülle an Meinungen und ein gesellschaftliches Stimmungsbild wieder.

Zukünftige Forschungsarbeiten könnten sich mit der Rolle der Kunst im Zusammenhang mit der vorliegend behandelten Thematik auseinandersetzen. Diese ist stets sowohl Akteur als auch Medium gesamtgesellschaftlicher Diskurse. So wurde beispielsweise auch das Karl-Lueger-Denkmal künstlerisch umgestaltet und auf diese Weise die Kritik am einstigen Bürgermeister der Stadt Wien sichtbar gemacht. In weitere Folge stellt sich auch die Frage, inwiefern eine *bottom-up*-Perspektive den Diskurs um die Umbenennung von historisch belasteten Straßennamen bereichern kann, ist dieser – wie auch durch die Ergebnisse vorliegender Arbeit ersichtlich wird – doch überwiegend im Sinne einer *top-down* Perspektive geprägt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich gesellschaftliche Verantwortung immer auch auf die Vergangenheit ausdehnt, wie Assmann in ihren Arbeiten zum kulturellen Gedächtnis stets anmerkt (vgl. Assmann 2020: f.) und wie nicht zuletzt auch der politische und gesamtgesellschaftliche Diskurs in Österreich ersichtlich macht. Fest steht damit auch, dass es mit der kritischen Reflexion der aktuellen Straßennamen in Wien nicht getan ist, sondern im Zuge eines kontinuierlichen sozialen (Werte-)Wandels fortwährende Reflexionsprozesse über (Straßen-)Namen als schriftliche Denkmäler im Stadtbild erforderlich sind bzw. eingefordert werden müssen.

6 Quellen, Abbildungen, Korpus

6.1 Printquellen

Assmann, Aleida (2020): „Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention“, 3., erweiterte und aktualisierte Auflage, München: Verlag C.H.Beck oHG.

Assmann, Aleida (2016): „Memory in the City – The future of the past”, in: Dreidemy [u. a.] (Hrsg.): Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien: Böhlau Verlag, 926–938.

Assmann, Jan (1988): „Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität“, in: Assmann, Jan und Tonio Hölscher (Hrsg.): Kultur und Gedächtnis, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9–19.

Autengruber, Peter (2013): „Kurze Geschichte der Benennungsgrundsätze in Wien“, in: Forschungsprojektbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> [Zugriff: 06.03.2023], 17–22.

Autengruber, Peter (2014): Lexikon der Wiener Straßennamen. Bedeutung, Herkunft, frühere Bezeichnungen. 9. Auflage. Wien / Graz / Klagenfurt: Pichler Verlag.

Autengruber, Peter (2016): „Politische Zäsuren und Erinnerungskultur am Beispiel von Straßennamen, Denkmälern, Wohnbauten und Parks“, in: Dreidemy [u. a.] (Hrsg.): Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert, Wien: Böhlau Verlag, 859–873.

Autengruber, Peter und Nemec, Birgit (2019): „Benennung von Straßennamen und Parks nach Wissenschaftlern in Wien mit Diskussionsbedarf. Eine historische Spurenlese“, in: Koll [u. a.] (Hrsg.): Zuviel der Ehre? Interdisziplinäre Perspektiven auf akademische Ehrungen in Deutschland und Österreich, Wien: Böhlau Verlag, 347–382.

Christmann, Gabriela B. (2016): „Einleitung: Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen“, in: Christmann, Gabriela B. (Hrsg.): Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen. Theoretische Konzepte und empirische Analysen, Wiesbaden: Springer VS, 7–28.

Glauninger, Manfred Michael (2017): „Zur Bedeutung von Sprache als Zeichen. Aspekte einer Soziologie des linguistischen (Sprach-)Wissens“, in: Lazarescu, Ioan und Doris Sava (Hrsg.): Konstanz und Variation. Die deutsche Sprache in Mittel-, Ost- und Südosteuropa, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 145–153.

Hamedinger, Alexander (1998): *Raum, Struktur und Handlung als Kategorien der Entwicklungstheorie. Eine Auseinandersetzung mit Giddens, Foucault und Lefebvre*, Frankfurt/ Main; New York: Campus Verlag.

Johnstone, Barbara (2010): „Language and geographical space“, in: Wiegand, Herbert Ernst (Hrsg.): Language and Space: Theories and Methods, Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Band 30.1, Berlin/ New York: Walter de Gruyter, 1–17.

Keller, Reiner (2016): „Die symbolische Konstruktion von Räumen. Sozialkonstruktivistisch-diskursanalytische Perspektiven“, in: Christmann, Gabriela B. (Hrsg.): Zur kommunikativen Konstruktion von Räumen. Theoretische Konzepte und empirische Analysen, Wiesbaden: Springer VS, 55–78.

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, 4. Auflage, Wiesbaden: Springer Verlag.

Kuckartz, Udo und Stefan Rädiker (2022): „Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundgentexte Methoden, 5. Auflage, Weinheim: Beltz Juventa.

Lefebvre, Henri (1974): „La production de l'espace“, in: L'Homme et la société, N. 31–32, 1974. Sociologie de la connaissance marxisme et anthropologie, 15–32.

Lefebvre, Henri (2016): Das Recht auf Stadt, Orig.: Le droit à la ville (1968), Deutsche Erstausgabe 2016, Hamburg: Edition Nautilus.

Mæhlum, Brit (2010): „Language and social space“, in: Wiegand, Herbert Ernst (Hrsg.): Language and Space: Theories and Methods, Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Band 30.1, Berlin/ New York: Walter de Gruyter, 18–32.

Müller, Annemarie (2015): Die Seestadt ist weiblich. Biographien der Namenspatroninnen, Herausgeber: Wien 3420 Aspern Development AG, URL: <https://www.aspern->

seestadt.at/jart/prj3/aspern/data/downloads/Die_Seestadt_ist_weiblich_2017-07-10_1507780.pdf [Zugriff: 09.12.2022].

Nemec, Birgit (2013): „Straßenumbenennungen als Medien von Vergangenheitspolitik“, in: Forschungsprojektbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> [Zugriff: 06.03.2023].

Rathkolb, Oliver [u. a.] (2013): Forschungsprojektbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> [Zugriff: 06.03.2023].

Reblin, Eva (2012): Die Straße, die Dinge und die Zeichen. Zur Semiotik des materiellen Stadtraums, Bielefeld: transcript Verlag.

Schmid, Christian (2010): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes, 2. Auflage, Sozialgeographische Bibliothek, Werlen, Benno (Hrsg.), Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Spitzmüller, Jürgen/ Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/ Boston: De Gruyter.

Tacha, Stefan (2013): „Statistischer Anhang“, in: Forschungsprojektbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> (Zugriff: 06.03.2023).

Warnke, Ingo H. (2011): „Die Stadt als Kommunikationsraum und Linguistische Landschaft“, in: Hofmann, Wilhelm (Hg.) (2011): Stadt als Erfahrungsraum der Politik. Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik. Berlin: Lit Verlag. (Studien zur visuellen Politik. Band 7), 343-364.

6.2 Online-Quellen

die Presse (08.09.2021): „Weitere Wiener Straßennamen als kritisch eingestuft“, URL: <https://www.diepresse.com/6031323/weitere-wiener-strassennamen-als-kritisch-eingestuft> [Zugriff: 05.03.2023].

Fink, Anna Giulia und Oona Kroisleitner (28.10.2022): „Geplante Stadt: Wie eine Stadtentwicklungsgebiet entsteht“, in: derstandard.at, URL: <https://www.derstandard.at/story/2000140108729/geplante-stadt-wie-ein-stadtentwicklungsgebiet-entsteht> [Zugriff: 09.12.2022].

genderatlas.at, *Straßennamen in Wien*, URL: <https://genderatlas.at/articles/strassennamen.html> [Zugriff: 09.12.2022].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Friedrich-Schmidt-Platz*, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Friedrich-Schmidt-Platz> [Zugriff: 27.03.2023].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Karl Lueger*, URL: https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Karl_Lueger [Zugriff: 08.06.2023].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Richard-Kuhn-Weg*, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Richard-Kuhn-Weg> [Zugriff: 05.03.2023].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Rooseveltplatz*, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Rooseveltplatz> [Zugriff: 27.03.2023].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Schwarzenbergplatz*, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Schwarzenbergplatz> [Zugriff: 27.03.2023].

geschichtewiki.wien.gv.at, *Wilhelm-Neusser-Park*, URL: <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Wilhelm-Neusser-Park> [Zugriff: 05.03.2023].

Kronsteiner, Olga (12.10.2022): Temporäre Installation vor umstrittenem Lueger-Denkmal in Wien errichtet. In: derstandard.at. URL: <https://www.derstandard.at/story/2000139901572/temporaere-installation-vor-umstrittenen-lueger-denkmal-in-wien-errichtet> [Zugriff: 12.11.2022].

Kunst im öffentlichen Raum, *LuegerTemporär*, URL: <https://www.koer.or.at/projekte/lueger-temporaer/> [Zugriff: 27.03.2023].

Mersch, Dieter (2001): Semiotik und Grundlagen der Wissenschaft, URL: <http://www.semiotik.eu/Semiotik-und-Grundlagen-der-Wissenschaft.o326.html> [Zugriff: 02.02.2023].

religion.orf.at (09.11.2021): Jüdische Aktivisten fordern Straßen-Umbenennungen. In: orf.at. URL: <https://religion.orf.at/stories/3209724/> [Zugriff: 06.07.2022].

Schrenk, Julia (31.05.2023): Rechtsruck am Dr.-Karl-Lueger-Platz: Denkmal wird um 3,5 Grad gekippt“, in: *Kurier*, URL: <https://kurier.at/chronik/wien/lueger-in-schieflage-denkmal-wird-um-35-grad-gekippt/402469196> [Zugriff: 06.06.2023].

Stanford Encyclopedia of Philosophy (2010): *Peirce's Theory of Signs*, URL: <https://plato.stanford.edu/entries/peirce-semiotics/> [Zugriff: 02.02.2023].

Statistik Austria (2023): *Bücher und Presse*, URL: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/kultur/buecher-und-presse> [Zugriff: 08.06.2023].

Weiss, Stefan (31.05.2023): „Karl-Lueger-Denkmal wird um 3,5 Grad nach rechts gekippt“, in: *derStandard*, URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000172519/kunst-kulturpolitik-siegerentwurf-permanente-kuenstlerischen-kontextualisierung-lueger-denkmal-httpslidostandardatpderstandardarticles172519editcanvascomponentdoc-1h1oohfm50> [Zugriff: 06.06.2023].

wien.orf.at, *Dr.-Karl-Lueger-Ring wird umbenannt*, URL: <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2529607/> [Zugriff: 27.03.2023].

wien.gv.at, *HistorikerInnen-Bericht über Wiens Straßennamen*, URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/strassennamenpruefung.html> [Zugriff: 5.3.2023].

wien.gv.at, *Neue Straßennamen*, URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/strassennamen/neuenamen.html> [Zugriff: 28.3.2023].

wien.orf.at, *Umbenennung Lueger-Ring: Gemischte Reaktionen*, URL: <https://wien.orf.at/v2/news/stories/2529617/index.html> [Zugriff: 27.03.2023].

wien.gv.at, *Zusatztafeln für historisch belastete Straßennamen*, URL: <https://www.wien.gv.at/kultur-freizeit/zusatztafeln-strassenamen.html> [Zugriff: 27.03.2023].

6.3 Abbildungen

| | |
|--|----|
| ABBILDUNG 1: RAUMMODI NACH WARNKE 2011: 350..... | 8 |
| ABBILDUNG 2: PERSONENBEZOGENE VERKEHRSFLÄCHEN NACH BERUFSGRUPPEN, EIGENE GRAFIK..... | 30 |
| ABBILDUNG 3: ANZAHL DER UMBENENNUNGEN, RATHKOLB [U. A.] 2013: 30..... | 31 |
| ABBILDUNG 4: ROOSEVELT PLATZ IM LAUFE DER ZEIT, EIGENE AUFNAHME..... | 34 |
| ABBILDUNG 5 „LUEGERTEMPORÄR“ KUNSTINSTALLATION 2023..... | 37 |
| ABBILDUNG 6: MONTAGE DES ENTWURFS ZUR UMGESTALTUNG..... | 38 |
| ABBILDUNG 7:KRITISCHE STRAßENNAMEN IN WIEN, KARTE ERSTELLT MIT GOOGLE MAPS.... | 41 |
| ABBILDUNG 8: ZUSATZTAFELN KRITISCHE STRAßENNAMEN..... | 42 |
| ABBILDUNG 9: SUCHEINSTELLUNGEN, AOM..... | 46 |
| ABBILDUNG 10: ZEITLICHE VERTEILUNG, AOM | 47 |
| ABBILDUNG 11: QUELLEN, AOM..... | 47 |
| ABBILDUNG 12: THEMENGRUPPEN, AOM | 48 |
| ABBILDUNG 13: PERSONEN, AOM..... | 48 |
| ABBILDUNG 14: WORTWOLKE MEDIEN-KORPUS, ERSTELLT MITTELS MAXQDA..... | 61 |

Abbildung 1: *Raummodi nach Warnke*: Warnke, Ingo H. (2011): „Die Stadt als Kommunikationsraum und Linguistische Landschaft“, in: Hofmann, Wilhelm (Hg.) (2011): Stadt als Erfahrungsraum der Politik. Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik. Berlin: Lit Verlag. (Studien zur visuellen Politik. Band 7), 343–364, 350.

Abbildung 2: personenbezogene Verkehrsflächen nach Berufsgruppen, eigene Grafik, Daten von: Tacha, Stefan (2013): „Statistischer Anhang“, in: Forschungsprojektendbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> [Zugriff: 06.03.2023], 23 f.

Abbildung 3: *Anzahl der Umbenennungen*, Rathkolb, Oliver [u. a.] (2013): Forschungsprojektendbericht: Straßennamen Wien seit 1860 als „politische Erinnerungsorte“. Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7). URL: <https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf> [Zugriff: 05.02.2022], 30.

Abbildung 4: *Rooseveltplatz im Laufe der Zeit*, eigene Aufnahme.

Abbildung 5: „*LuegerTemporär*“ Kunstinstallation 2023, Kunst im öffentlichen Raum, *LuegerTemporär*, URL: <https://www.koer.or.at/projekte/lueger-temporaer/> [Zugriff: 27.03.2023].

Abbildung 6: *Montage des Entwurfs zur Umgestaltung*, Weiss, Stefan (31.05.2023): “Karl-Lueger-Denkmal wird um 3,5 Grad nach rechts gekippt“, in: derStandard, URL: <https://www.derstandard.at/story/3000000172519/kunst-kulturpolitik-siegerentwurf-permanente-kuenstlerischen-kontextualisierung-lueger-denkmal-httpslidostandardatpderstandardarticles172519editcanvascomponentdoc-1h1oohfm50> [Zugriff: 06.06.2023].

Abbildung 7: *Kritische Straßennamen in Wien*, Karte erstellt via Google Maps, am 05.03.2023.

Abbildung 8: *Zusatztafeln kritische Straßennamen*, URL: <https://magazin.wienmuseum.at/dirk-rupnow-ueber-das-lueger-denkmal> [Zugriff: 24.09.2023].

Abbildung 9: *Scheinstellungen, AOM*, URL: aomweb.apa.at [Zugriff: 07.06.2023].

Abbildung 10: *Zeitliche Verteilung, AOM*, URL: aomweb.apa.at [Zugriff: 07.06.2023].

Abbildung 11: *Quellen, AOM*, URL: aomweb.apa.at [Zugriff: 07.06.2023].

Abbildung 12: *Themengruppen, AOM*, URL: aomweb.apa.at [Zugriff: 07.06.2023].

Abbildung 13: *Personen, AOM*, URL: aomweb.apa.at [Zugriff: 07.06.2023].

Abbildung 14: *Wortwolke Medien-Korpus, erstellt mittels MAXQDA*.

6.4 Textkorpus (Medienberichte)

Bauer, Anna-Maria (11.12.2018): Belastete Namen: Es ist noch viel zu tun. In: Kurier, 17.

Baumgartner, Edwin (27.01.2023): Die Straße, ein Denkmal. In: Wiener Zeitung (online).

Giesser, Doris (22.07.2020): Ehre, wem Ehre gebührt?. In: der Standard.

Heidegger, Gerald (02.07.2022): „Lueger-Denkmal nicht einfach entsorgen“. In: orf.at.

Narodoslawsky, Benedikt (08.05.2013): Heimat bist du großer Sühne. In: Falter 19/2013.

orf.at (09.11.2021): Jüdische Aktivisten fordern Straßen-Umbenennungen.

Trenkler, Thomas (07.04.2021): Gedenkkultur in Wien: Neuer Umgang mit der „Schande“. In: Kurier, 19.

Walser, Harald (17.10.2022): Straßen umbenennen?. In: Vorarlberger Nachrichten (online).

Weiss, Stefan (12.09.2021): Bedenkliche Wiener Straßennamen: Streitfall zu Antiziganismus. In: der Standard (online).

Wurmitzer, Michael (16.04.2021): Stachel im Fleisch der Stadt. In: der Standard, 26.

Zusammenfassung

In der vorliegenden Masterarbeit erfolgt eine kulturwissenschaftlich kontextualisierte linguistische Analyse der Umbenennung von Wiener Straßennamen. Ausgehend von einer soziolinguistischen Perspektive auf die Funktion der Sprache im urbanen Raum, finden zeitgeschichtliche und soziologische Modellierungen des öffentlichen, urbanen und sozialen Raumes eine entsprechende Berücksichtigung. Denn Orte können nicht zuletzt als Träger der Erinnerung einer Gesellschaft an die Vergangenheit gesehen werden. So ist auch der öffentliche Raum in der Stadt Wien stark von sogenannten „Erinnerungsorten“ geprägt. Straßennamen – und hier vor allem personenbezogene Straßennamen – übermitteln als schriftliche Denkmäler einen Teil der Geschichte einer Gesellschaft, die stets kritisch reflektiert werden sollte. Den theoretischen Rahmen dieser Masterarbeit bilden namentheoretische und soziolinguistische Ansätze, kulturwissenschaftliche Theorien zum „Kulturellen Gedächtnis“ sowie soziologisch-philosophische Konzepte des sozialen Raumes. Im empirischen Teil der Arbeit erfolgt einerseits eine Analyse der im Bericht einer Historiker:innen-Kommission (vgl. Rathkolb [u. a.] 2013) unter „Fälle mit intensivem Diskussionsbedarf“ zusammengefassten Straßennamen nach sozioonomastischen Gesichtspunkten. Auf Basis der anschließenden inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) von ausgewählten einschlägigen, online verfügbaren Medienberichten werden die Diskurse um Umbenennungen historisch belasteter Straßennamen in Wien untersucht.

Abstract

This master thesis aims to explore a linguistic analysis of the renaming of Viennese street names contextualized by cultural studies. Based on the linguistic perspective of the function of language in an urban setting, contemporary historical and sociological modeling of public, urban and social space plays an important role, since places can be seen as carriers of memories of a society's past. Therefore, the public space in the city of Vienna is also characterized by "places of memory". In addition, street names - especially street names being directly linked to people - transmit a part of the history which should always be reflected critically. The theoretical framework of this master thesis includes name-theoretical, sociolinguistic approaches and cultural-scientific theories of "cultural memory". In the empirical part of the work, street names summarized in a report by a commission of historians (cf. Rathkolb [et al.] 2013) labelled as "cases with intensive need for discussion" are analyzed by means of socio-onomastic aspects. Subsequently, the renaming discussions of historically controversial street names in Vienna are examined by conducting a qualitative discourse-linguistic analysis of selected media reports.